

# Entwicklung und Politik der trotzkistischen Linksopposition in Leipzig ab 1924

Magisterarbeit  
(überarbeitete Version)

an der

Technischen Universität Chemnitz

Philosophische Fakultät

Fachbereich Politikwissenschaften

Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte

Vorgelegt von: Falk Engelhardt  
Ulmenstr. 31  
09112 Chemnitz

Matrikel-Nr: 26283

Erstprüfer: Prof. Dr. Alfons Söllner  
Zweitprüfer: Prof. Dr. Helmut Dahmer

Diese Arbeit entspricht inhaltlich der Magisterarbeit, welche am 20.10.2005 der Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Chemnitz vorgelegt wurde. Änderungen betreffen Details im Format der Arbeit sowie rechtschreibliche und grammatikalische Anpassungen.

Chemnitz, den 15.11.2007

Falk Engelhardt

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
1.1.	Problemstellung	5
1.2.	Aufbau und Vorgehensweise	7
1.3.	Forschungsstand	9
<b>2.</b>	<b>Trotzkismus vs. Stalinismus: Theoretisch-ideologische Konfrontations- und Trennungslinien im Kommunismus</b>	<b>13</b>
2.1.	Permanente Revolution vs. Sozialismus in einem Land	13
2.2.	Trotzkis Faschismustheorie vs. Sozialfaschismuskonzeption	18
2.3.	Leninistische Einheitsfront vs. Einheitsfront „von unten“	24
<b>3.</b>	<b>Von der Opposition zum Trotzkismus: Genese und Entwicklung der deutschen kommunistischen Linksopposition im Prozess der Stalinisierung der KPD 1924-1930</b>	<b>28</b>
3.1.	Gesamtdeutsche Entwicklung	28
3.2.	Linke Opposition in Leipzig	37
<b>4.</b>	<b>Entwicklung der trotzkistischen Linksopposition bis 1933</b>	<b>45</b>
4.1.	Die Gründung der VLO	45
4.2.	Stagnation und Fraktionskämpfe bis 1931	49
4.2.1.	Machtkampf zwischen Berlin und Leipzig	49
4.2.2.	„Agents provocateurs“ in Leipzig? Die Rolle der sächsischen GPU-Agenten zur Spaltung der VLO	57
4.3.	Entwicklung der LO von 1931 bis 1933	64
4.3.1.	Politik und Geschichte der LO bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung	64
4.3.2.	Entwicklung der LO in Leipzig	69
4.3.3.	Von der Zersetzungstaktik zur Kapitulation: Die Leipziger GPU-Agenten in der Endphase der Weimarer Republik	74
<b>5.</b>	<b>Entwicklung des Trotzkismus nach 1933</b>	<b>81</b>
5.1.	Das Ende der Illusion: Von der LO zur IKD	81
5.2.	Aufbau und Entwicklung der Auslandsorganisationen	85
5.3.	Widerstand in der Illegalität	91
5.4.	Die Zerschlagung der Leipziger Gruppe	95
<b>6.</b>	<b>Spurensuche: Das weitere Schicksal der Leipziger Trotzkisten</b>	<b>100</b>
<b>7.</b>	<b>Schlussbetrachtung</b>	<b>105</b>

<b>8.</b>	<b>Quellenangaben</b>	<b>110</b>
<b>9.</b>	<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>115</b>

## **1. Einleitung**

### **1.1. Problemstellung**

„In das soeben behandelte Kapitel von Instinktenthüllung, Gangstertum, geistiger und moralischer Korruption gehört die noch nie so starke Rolle, die die Renegaten in der Bekämpfung des Kommunismus führen.“<sup>1</sup> Mit diesen auf die Person Leo Trotzki bezogenen Worten gab Georg Lukács seiner Verachtung gegenüber dem „Auswurf der kommunistischen Bewegung“<sup>2</sup> Ausdruck, welchen der russische Marxist und Revolutionär für ihn verkörperte. Der anerkannte ungarische Philosoph repräsentierte damit jene Kontinuität im Denksystem der revolutionären Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, die Trotzki und seiner internationalen Anhängerschaft das charakteristische Wesen des Renegatentums zuschrieb und damit ihre „kleinbürgerliche Abweichung vom Leninismus“<sup>3</sup> sowie ihre angebliche konterrevolutionäre Rolle verstand. Der Trotzkiismus, der sich selbst als ein Teil dieser Bewegung begriff, konnte trotz der hohen moralischen und intellektuellen Autorität seiner Führungspersonlichkeit dieser Haltung im historischen Machtkampf gegen den Stalinismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nichts entgegenbringen und wurde so in eine Außenseiterstellung innerhalb der Arbeiterbewegung gedrängt, in welcher er bis heute verharrt.

In Deutschland entstand die Strömung des Trotzkiismus als Resultat eines umfassenden ideologischen und strukturellen Wandels des internationalen Kommunismus. Diese in der Wissenschaft als Prozess der Stalinisierung bezeichnete Entwicklung vollzog sich ab Mitte der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts und führte zur Formierung von einer durch interne Fraktionskämpfe zerrissenen KPD zu einer einheitlichen Organisation mit zentralisierter Befehlsgewalt. In zunehmendem Maße wurden ideologische Ausrichtung und Politik der Partei durch die Weisungen der Stalinschen KPdSU bestimmt.<sup>4</sup> Als Ergebnis dieser in Deutschland 1929 abgeschlossenen Entwicklung entstanden verschiedene linke wie rechte oppositionelle Gruppierungen inner- und außerhalb der KPD. Aus einem langwierigen Prozess der Ausdifferenzierung der linkskommunistischen Strömungen ging schließlich unter anderem die trotzistische Bewegung hervor, die sich jedoch im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich erst sehr spät herausbildete. Ihre Anhänger bejahten die Kritik der

---

<sup>1</sup> Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling bis Hitler, Berlin 1984 (3. Auflage), S. 648

<sup>2</sup> Ebd., S. 648

<sup>3</sup> Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkiisten ab 1930, Köln 1994 (2. Auflage), S. 4-5

<sup>4</sup> Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S. 8

russischen linken Opposition an der bürokratischen Entartung, dem Abbau innerparteilicher Demokratie sowie den wirtschaftlichen Maßnahmen der Parteiführung in der Sowjetunion und orientierten sich an dem von Trotzki in seiner Theorie der permanenten Revolution vertretenen proletarischen Internationalismus. In der hegemonialen Strömung der kommunistischen Arbeiterbewegung, dem Stalinismus, gewahrten sie eine grundlegende Abkehr von den Theorien Marx' und Lenins und richteten ihre Politik bis zur Zäsur der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die „Gesundung“ der KPD sowie der Komintern, als deren integraler Bestandteil sie sich begriffen. Als innerparteiliche Opposition versuchten die titulierten Renegaten, die in ihrer Wahrnehmung fatale Entwicklung im Kommunismus „von links“ zu revidieren. Erst die Machtergreifung Hitlers und die darauf folgenden Analysen Trozki zur Frage der Verantwortung der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung führte zur Abkehr von der bis dahin vertretenen Reformorientierung und zur Hinwendung zu einem organisatorisch selbständigen Trotzismus.

In dieser Arbeit sollen Geschichte und Politik der trotzkistischen Bewegung in Leipzig von ihrer Entstehungsgeschichte während der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges beschrieben werden. Als eine der ersten lokalen Organisationen und später als ein Teil der gesamtdeutschen Linksopposition nahm die zu behandelnde westsächsische Gruppe einen besonderen Stellenwert ein. So verkörperte sie nicht nur eine der quantitativ stärksten lokalen Zusammenschlüsse im deutschen Trotzismus, auch gingen aus ihr führende Theoretiker und Persönlichkeiten der nationalen wie internationalen Bewegung hervor. Einen weiteren interessanten Gesichtspunkt bildet die aus bisherigen Forschungen nachvollziehbare Tatsache, dass die Leipziger Gruppierung von stalinistischen Geheimagenten unterwandert und teilweise geführt wurde. Die in mehreren Etappen mit unterschiedlichen Strategien vollzogene geheimdienstliche Zersetzung dieser „agents provocateurs“, in deren Zusammenhang die westsächsische Lokalorganisation wiederholt im Zentrum interner Konflikte lag, soll ebenfalls untersucht werden.

Ziel der Arbeit ist dennoch keine rein organisationsgeschichtliche Darstellung der Entwicklung der Gruppierung in Leipzig. So soll die Behandlung der theoretisch-ideologischen Implikationen der Politik der Trozisten in ihrer Auseinandersetzung mit dem Stalinismus sowie der heranwachsenden Gefahr des Faschismus während der Weimarer Republik die historische Abhandlung nicht nur ergänzen, sondern erklären und sie in den Zusammenhang mit den grundlegenden theoretischen Voraussetzungen beider Strömungen der Arbeiterbewegung stellen. Ein wichtiges Augenmerk soll

ebenfalls auf die taktische Ausrichtung der trotzkistischen Linksopposition vor 1933 gelegt werden. Obwohl die meisten ihrer Mitglieder bereits aus der KPD ausgeschlossen waren und der Parteiapparat ihnen mit andauernden Diffamierungen und der Anwendung physischer Gewalt gegenübertrat, richteten die deutschen Anhänger Trotzki ihre Politik im Selbstverständnis einer innerparteilichen Fraktion auf die Hoffnung, die kommunistische Bewegung von dieser Position aus grundlegend ändern zu können. Dieser vom österreichischen Kommunismusforscher Hans Schafranek benannte Fetisch des „Partepatriotismus“<sup>5</sup> der Aktivisten der Linksopposition führt schließlich zur Frage, inwieweit diese taktische Orientierung selbst die Ursache des Scheiterns ihrer großen Zielstellung beinhaltete. Hierbei soll die grundlegende These diskutiert werden, dass die „defensive Frontstellung“<sup>6</sup> der Trotzkisten innerhalb der Partei sowie ihr Deutungskampf um die wahre Lehre im Kommunismus kaum strategische Handlungsalternativen offen hielt und auf einem Kampffeld stattfand, in dem ihre Niederlage bereits vorgezeichnet war.

Anspruch der Arbeit ist also keinesfalls die bloße Abhandlung der Geschichte einer lokalen Gruppierung innerhalb einer der Randerscheinungen der Arbeiterbewegung. Mag die Betrachtung des Trotzkismus in Deutschland von seiner Genese bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges aufgrund seiner organisatorischen und quantitativen Schwäche als marginal erscheinen, so impliziert seine ideologische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus eine Behandlung wichtiger Grundsatzfragen der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert und beschreibt somit einen zu beachtenden Teil ihrer Gesamthistorie.

### **1.2. Aufbau und Vorgehensweise**

Ziel der Arbeit ist es, die geschichtswissenschaftliche Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung des Trotzkismus in Leipzig bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Darstellung der theoretischen und ideologischen Grundlagen dieser Strömung der Arbeiterbewegung zu verbinden. Da sich der Hauptteil der Abhandlung auf die Zeit vor der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland bezieht, innerhalb derer die Linksopposition auf die Auseinandersetzung mit dem den internationalen Kommunismus dominierenden Stalinismus abzielte und auf die Reformierung der kommunistischen Bewegung orientierte, sollen im ersten Hauptkapitel die wichtigsten Theorien

---

<sup>5</sup> Schafranek, Hans: Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988, S. 217

<sup>6</sup> Ebd., S. 4

und Ideologien beider Strömungen gegenübergestellt und verglichen werden. Leo Trotzki's Lehre von der permanenten Revolution und Stalins Doktrin vom Sozialismus in einem Land verkörpern den grundlegenden Ursprung der Divergenz zwischen den beiden Schulen des Marxismus, aus denen die unterschiedlichen Ausrichtungen am proletarischen Internationalismus auf der einen sowie am Primat eines national orientierten Sozialismus auf der anderen Seite resultieren. Darauf folgend sollen die unterschiedlichen Faschismustheorien und die daraus ableitbaren Einheitsfrontkonzeptionen beider Strömungen analysiert werden. Anhand dieser Form der Gegenüberstellung der theoretisch-ideologischen Leitgedanken soll die im Mittelpunkt der Arbeit stehende Betrachtung der Politik und Geschichte der westsächsischen Trotzkiisten und ihre Auseinandersetzung mit dem Stalinismus im Kontext ihres Denksystems plausibel dargestellt werden.

Die historische Abhandlung findet ihren Anfang mit der ab 1924 einsetzenden Stalinisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands, als deren Resultat der Trotzkiismus als eine der sich herausbildenden Oppositionsströmungen entstand. Dabei soll auf die auch in den späteren Kapiteln verwendete Form der Darstellung der nationalen wie auch lokalgeschichtlichen Entwicklung der linken Opposition zurückgegriffen werden. So erweist es sich für die Analyse einer der Ortsgruppen der trotzkiistischen Organisation als ungünstig, den Bezug auf die Betrachtung ihrer gesamtdeutschen Entwicklung zu vernachlässigen.

Nach der Darstellung der Entstehung der deutschen linken Opposition soll im darauf folgenden Kapitel deren Geschichte von 1930 bis 1933 betrachtet werden. Die 1930 vollzogene Konstituierung der VLO wird als die eigentliche Geburtsstunde des organisierten Trotzkiismus in Deutschland angesehen. Dessen weitere Entwicklung wird in zwei Phasen unterteilt: Bis 1931 prägten Stagnation und interne Fraktionskämpfe das innere Leben der noch jungen Gruppierung. Aus diesen Auseinandersetzungen resultierte eine Abspaltung, welche die VLO auf den organisatorischen Stand ihrer Gründungsperiode zurückwarf. Die Zeit von 1931 bis 1933 war dagegen von einem relativen strukturellen und politischen Aufschwung des deutschen Trotzkiismus geprägt. In beiden Etappen soll die zweiteilige Form der Betrachtung der gesamtdeutschen sowie westsächsischen Geschichte der Linksopposition beibehalten und durch die Analyse der geheimdienstlichen Aktivitäten der Leipziger GPU-Agenten ergänzt werden. Ihre Provokations- und Zersetzungstätigkeiten unterlagen analog zu den benannten Etappen einem entsprechenden Wandel der Wahl der Methoden sowie Strategien und spiegeln einen wichtigen Teil der Gesamtgeschichte der Linksopposition bis 1933 wider.



Die für die weitere Entwicklung des Trotzismus prägende Zäsur der nationalsozialistischen Machtergreifung leitet das folgende Kapitel ein. Die bedeutendste Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und die Analyse der Schuldfrage führten schließlich zur Abkehr von der illusorischen Hoffnung der Reformierbarkeit der kommunistischen Bewegung. Ab diesem Zeitpunkt entwickelte die linkskommunistische Strömung ein neues Selbstverständnis von einer innerparteilichen Opposition zu der bis heute vorhandenen, selbständigen organisatorischen Ausformung. Im Anschluss an die Betrachtung dieses grundlegenden Wandels sollen die Widerstandsaktivitäten der entsprechend ihrer geänderten Grundhaltung unter neuem Namen agierenden trotzkistischen Organisation sowie der Aufbau und die Entwicklung der deutschen Auslandsgruppierungen dargestellt werden. Ein weiteres Unterkapitel beschreibt die Zerschlagung der Leipziger Gruppe. Im letzten Teil der Arbeit sollen die weiteren Schicksale zumindest der wichtigsten Persönlichkeiten der westsächsischen Trotzisten nachvollzogen werden.

### 1.3. Forschungsstand

Die Trotzismusforschung in Deutschland steht im Bezug auf die lokalgeschichtliche Aufarbeitung der Bewegung in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus erst am Anfang ihrer Bemühungen. So stehen dieser Arbeit einige Abhandlungen über die gesamtdeutsche Entwicklung der linkskommunistischen Strömung als Grundlage zur Verfügung; jedoch existieren keine Veröffentlichungen, welche die Historie der Leipziger trotzkistischen Gruppierung thematisieren. Aus diesem Grund basiert ein bedeutender Teil dieses Vorhabens auf eigenen Archivrecherchen und Analysen von Zeitschriften aus dem genannten Zeitraum.

Die an das einführende Theoriekapitel anschließende Darstellung der Genese und Entwicklung der linkskommunistischen Opposition innerhalb des Prozesses der Stalinisierung der KPD ist in der wissenschaftlichen Bearbeitung weitgehend ausgeschöpft. Hervorzuheben sind hier vor allem die beiden „Klassiker“ der westdeutschen Kommunismusforschung von Hermann Weber<sup>7</sup> und Ossip K. Flechtheim<sup>8</sup>, die bereits ein sehr vollständiges Bild der Wandlung der deutschen kommunistischen Partei sowie der daraus resultierenden Herausbildung der verschiedenen Oppositionsströmungen zeichnen konnten. Als eine der zahlreichen jüngeren Veröffentlichungen, denen nach der Wieder-

---

<sup>7</sup> Weber, Hermann (FN 4)

<sup>8</sup> Flechtheim, K. Ossip: Die KPD in der Weimarer Republik: Mit einer Einleitung von Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969

vereinigung Deutschlands und der Öffnung der ostdeutschen Archive ein umfangreicherer Bestand an Originaldokumenten zugrunde lag, sei Klaus Kinner's Auseinandersetzung über die Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus<sup>9</sup> benannt. Ergänzt wird die Analyse dieser Zeitperiode durch die Arbeit von Pierre Broué<sup>10</sup> über das Verhältnis der deutschen kommunistischen Linken zur russischen Opposition sowie die Erinnerungsberichte von Ruth Fischer<sup>11</sup> und Karl Retzlaw<sup>12</sup>, die als Zeitzeugen und Beteiligte des Wandels des deutschen Kommunismus ihre persönlichen Erfahrungen und Analysen darlegten. Schwieriger gestaltete sich dagegen die lokalgeschichtliche Darstellung dieser Periode in Leipzig. Neben einer umfangreichen Publikation von Norman La Porte<sup>13</sup> über die Geschichte der KPD in Sachsen und einigen peripheren Betrachtungen bei Kinner musste hier bereits auf Archivrecherchen sowie Veröffentlichungen der DDR-Geschichtsschreibung zurückgegriffen werden, deren Analyse aufgrund ihrer ideologischen Prägung unter Vorsicht zu behandeln war.

Der im Hauptteil der Arbeit zu behandelnden Betrachtung des Trotzismus in Leipzig liegen einige Arbeiten und Publikationen zugrunde, die jedoch im wesentlichen dessen gesamtdeutsche Entwicklung nachzeichnen und die Geschichte der westsächsischen Gruppe nur am Rande berühren. Dies gilt für die Veröffentlichung von Wolfgang Alles, der mit seiner Diplomarbeit<sup>14</sup> die wohl vollständigste Auseinandersetzung zu benannter Thematik lieferte. Annegret Schüle konzentrierte ihre Darstellung<sup>15</sup> auf die Untersuchung der strategischen Konzeption der Trotzisten sowie deren versuchten Umsetzung im Kampf gegen die heranwachsende Gefahr des Nationalsozialismus während der Weimarer Republik. Rüdiger Zimmermann beschäftigte sich in seiner Dissertationsschrift<sup>16</sup> mit der Geschichte des Leninbundes, welcher als Sammlungsbewegung der deutschen linkskommunistischen Strömungen ab 1928 einem Teil der späteren Mitglieder der trotzkistischen Organisation vorübergehend eine Heimat bot. Deren weitere Historie von der Abspaltung vom Leninbund über die Gründung der VLO sowie einige Details zu den ideologischen Auseinandersetzungen mit ihrer frü-

---

<sup>9</sup> Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1. Die Weimarer Zeit, Berlin 1999

<sup>10</sup> Schüle, Annegret: Trotzismus in Deutschland bis 1933. „Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehr des Faschismus“; und Broué, Pierre: Die deutsche Linke und die russische Opposition 1926-1928, Köln (Selbstverlag) 1989

<sup>11</sup> Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Band 2. Die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus ab 1925, Berlin 1991

<sup>12</sup> Retzlaw, Karl: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt/M. 1971

<sup>13</sup> La Porte, Norman: The German Communist Party in Saxony, 1924-1933, Bern 2003

<sup>14</sup> Alles, Wolfgang (FN 3)

<sup>15</sup> Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10)

<sup>16</sup> Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Darmstadt 1975

heren Organisation werden von Zimmermann ebenfalls beleuchtet. Die Dissertation von Jan Foitzik<sup>17</sup> gilt als eine der bedeutendsten organisationssoziologischen Betrachtungen über Politik und Geschichte linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Anhand dieser Arbeit konnten wichtige Erkenntnisse für die Periode nach 1933 im deutschen Trotzkismus gewonnen werden.

Die genannten Veröffentlichungen bilden die literarische Grundlage für die Darstellung der Entwicklung des Trotzkismus in Leipzig. Einige wenige Details können durch die Darstellungen der Geschichte der Komintern<sup>18</sup> und der IV. Internationale<sup>19</sup> von Pierre Frank sowie die Trotzki-Biographien von Victor Serge<sup>20</sup> und Isaac Deutscher<sup>21</sup> ergänzt werden. Den aufgeführten Publikationen ist jedoch gemeinsam, dass diese aus den jeweiligen forschungsspezifischen Perspektiven hauptsächlich die Historie der gesamtdeutschen trotzkistischen Organisation betrachten und die lokalgeschichtliche Entwicklung der Leipziger Gruppe allenfalls am Rande behandelt wird. Dieses Defizit wird innerhalb der bekannten Publikationen allein durch die biographische Darstellung von Hans Schafranek über das Leben des österreichischen Kommunisten Kurt Landau<sup>22</sup> kompensiert. Unter der Nutzung eines in diesem Forschungsbereich sicherlich als einmalig zu bewertenden Quellenumfangs aus Archivadokumenten, Interviews, Korrespondenzen mit Zeitzeugen und Forschern sowie zeitgenössischen Zeitschriften zeichnete der Autor ein umfangreiches Bild der Tätigkeiten Landaus in der deutschen trotzkistischen Organisation. Die detailliert dargestellte Konfliktaustragung des Österreicherers mit den westsächsischen GPU-Agenten sowie der gesamten Leipziger Gruppierung steht im Zentrum der biographischen Arbeit Schafraneks und bildet somit die wichtigste literarische Quellengrundlage zu dieser Abhandlung.

Das benannte Defizit an vorhandener Literatur musste somit durch eigene Archivrecherchen und die Suche nach weiteren Primärquellen ausgeglichen werden. Im Einzelnen umfasst dies die Analyse der trotzkistischen Zeitschriften „Der Kommunist“ (1930-1933), „Permanente Revolution“ (1931-

---

<sup>17</sup> Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986

<sup>18</sup> Frank Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943). Band I u. II, Frankfurt/M. 1981

<sup>19</sup> Frank, Pierre: Die Geschichte der IV. Internationale, Hamburg o.J.

<sup>20</sup> Serge, Victor: Leo Trotzki. Leben und Tod, München 1981

<sup>21</sup> Deutscher, Isaac: Trotzki Bd. I. Der bewaffnete Prophet 1879-1921 / Trotzki Bd. II. Der unbewaffnete Prophet 1921-1929 / Trotzki Bd. III. Der verstoßene Prophet 1929-1940, Stuttgart 1972 (2. Auflage)

<sup>22</sup> Schafranek, Hans (FN 5)

1933) und „Unser Wort“ (1933-1940) sowie des sächsischen KPD-Organs „Sächsische Arbeiterzeitung“ (1920-1933). Die verwendeten Archivadokumente stammen aus den Beständen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/Berlin, des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam sowie des Instituts für Zeitgeschichte in München, das unter dem Titel „Widerstand als Hochverrat 1933-1945“ eine Reihe von Anklage- und Urteilschriften deutscher Widerstandskämpfer aus erhaltenen Dokumenten der nationalsozialistischen Justizbehörden zur Verfügung stellte.

## **2. Trotzismus vs. Stalinismus: Theoretisch-ideologische Konfrontations- und Trennungslinien im Kommunismus**

### **2.1. Permanente Revolution vs. Sozialismus in einem Land**

Die Theorie der permanenten Revolution und die Doktrin vom Sozialismus in einem Land begründen den Ausgangspunkt für den über Jahrzehnte geführten, theoretisch-ideologischen Kampf zwischen Trotzismus und Stalinismus. Die jeweiligen Ausrichtungen am revolutionären Internationalismus auf der einen bzw. am Primat eines nationalen Sozialismus auf der anderen Seite resultierten aus der Gegensätzlichkeit der hier formulierten, politischen Ideen. Die Grundzüge dieser Auseinandersetzung sollen deshalb zunächst näher beleuchtet werden.

Ansätze der Permanenzidee bestanden in der marxistischen Theorie bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. In der 1850 verfassten Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten formulierten Marx und Engels bereits den Gedanken der Permanenznotwendigkeit der Revolution: „...ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind.“<sup>23</sup> Ausgehend von den Erfahrungen der Ereignisse in Deutschland von 1848 sei - so Marx und Engels - ein Bündnis der revolutionären Arbeiterpartei mit der Kleinbourgeoisie in der Auseinandersetzung gegen die feudalen und großbürgerlichen Kräfte notwendig. Das Interesse der eigenen Bündnispartner bestehe jedoch darin, die Revolution in ihren bürgerlichen Grenzen zu belassen. Die Aufgabe der Arbeiterschaft sei es deshalb, die Entwicklung in Permanenz bis zum eigentlichen Ziel, der proletarischen Diktatur, fortzuführen.<sup>24</sup> Diese Leitidee des Hinüberwachsens der demokratischen in die proletarische Revolution sollte zu einem wichtigen Aspekt der Lehre Trotzis werden. Erstmals formulierte er die Kerngedanken seiner Permanenztheorie in Zusammenarbeit mit seinem damaligen Freund Parvus (d.i. Alexander Helphand) im 1905/1906 veröffentlichten Aufsatz „Ergebnisse und Perspektiven“. Die offensichtlich internationalistische Ausrichtung seiner Ideen resultiert dabei aus der Einsicht der Abhängigkeit der russischen Revolution vom europäischen Proletariat, ohne dessen Hilfe die Wandlung der Herrschaft der einheimischen Arbeiterschaft in eine permanente sozialistische Ordnung unmöglich wäre.<sup>25</sup> Diese Kopplung der Perspektive einer sozialistischen Entwicklung

---

<sup>23</sup> Engels, Friedrich/ Marx, Karl: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, in: Engels, Friedrich/ Marx, Karl: Ausgewählte Schriften, Band I, Berlin 1955, S. 97

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 95-97

<sup>25</sup> Vgl. Bahne, Siegfried: Der „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 15. Jahrgang, 1967, Heft 1, S. 62-64

oder einer bürgerlichen Restauration in Russland mit dem Erfolg oder Misserfolg einer proletarischen Revolution in Europa stellt den Kern der Theorie Trotzki dar. Er stand somit konträr zur dominierenden, geschichtsteleologischen Haltung im internationalen Marxismus, welche die Möglichkeit einer sozialistischen Perspektive in einem ökonomisch rückständigen Land verneinte.<sup>26</sup> Der später von Stalin konstruierte Vorwurf der Permanenzthese als unleninistisch kann jedoch als unwahr bezeichnet werden. Lenin bekannte sich nach seiner Rückkehr nach Russland 1917 zu Trotzki's Leitgedanken; dieser wiederum revidierte seine Kritik an der Leninschen Organisationstheorie der Avantgardepartei.<sup>27</sup>

Mit dem 1929 veröffentlichten Werk „Die permanente Revolution“ vervollständigte Trotzki seine Theorie zu einer umfangreichen Systematik, indem er eine Dreiteilung des Permanenzaspekts konzipierte. Der erste Teil dieser Gedankenreihe umfasst die schon in der historischen Entstehung thematisierte Problematik des Übergangs der demokratischen in die proletarische Revolution. Entgegen dem Denken im „vulgären Marxismus“<sup>28</sup>, welches bürgerliche Nation und Sozialismus als getrennte und voneinander weit entfernte Entwicklungsstadien der Gesellschaft betrachtet, wird die demokratische Periode für Russland nicht bloß als historische Voraussetzung, sondern als Beginn und Impuls der sozialistischen Revolution verstanden: „Lautet die traditionelle Meinung, daß der Weg zur Diktatur des Proletariats über eine lange Periode der Demokratie führe, so stellt die Theorie der permanenten Revolution fest, daß für die zurückgebliebenen Länder der Weg zur Demokratie über die Diktatur des Proletariats gehe. Dadurch allein wird die Demokratie kein in sich selbst auf Jahrzehnte hin verankertes Regime, sondern eine unmittelbare Einleitung zur sozialistischen Revolution.“<sup>29</sup> Diese Permanenz der revolutionären Entwicklung zwischen Demokratie und sozialistischer Umwälzung kennzeichnet den ersten Aspekt in Trotzki's Theorie. Der zweite umfasst bereits die sozialistische Revolution als solche und bezeichnet den ständigen Prozess der hier stattfindenden Veränderung der sozialen Beziehungen. Diese Wandlung resultiert aus den innerhalb dieser Entwicklung unausweichlichen Auseinandersetzungen von Interessengruppen sowie der Umwäl-

---

<sup>26</sup> Diese Haltung wird im Trotzismus als Resultat eines vereinfachten ökonomischen Materialismus interpretiert. In der Theorie Trotzki's war jedoch nicht ausschließlich die ökonomische Entwicklung als vielmehr der Stand der Klassengegensätze das entscheidende Moment einer möglichen sozialistischen Entwicklung. Vgl. Moneta, Jakob: Leo Trotzki. Unbewaffneter, bewaffneter, ermordeter Prophet, Berlin 1997, S. 14

<sup>27</sup> Vgl. Bahne, Siegfried (FN 25), S. 68-69

<sup>28</sup> Trotzki, Leo: Die permanente Revolution, Frankfurt/M. 1969, S. 27. Trotzki fasste darunter sowohl die Anschauungen in der reformistischen Sozialdemokratie als auch die Haltung in großen Teilen der revolutionären Arbeiterbewegung sowie vor allem der führenden Bolschewisten und Menschewisten zusammen.

<sup>29</sup> Ebd., S. 28 (Schreibweise lt. Original)

zung von Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Familie sowie Normen und Werten und führt somit zu stetigen gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb dieser Periode. Der dritte Teil der Permanenztheorie bezieht sich auf den internationalen Charakter der proletarischen Revolution. Dieser leitet sich nicht aus einem abstrakten Prinzip ab, sondern aus dem globalen Wesen der Ökonomie und der daraus resultierenden Weltentwicklung der Produktivkräfte und der Klassenkämpfe.<sup>30</sup> Obwohl die sozialistische Erhebung auf nationalem Boden beginnt, könne sie somit nicht auf dessen Grenzen beschränkt bleiben: „Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist eine nationale Revolution kein in sich selbst verankertes Ganzes: Sie ist nur ein Glied einer internationalen Kette. Die internationale Revolution stellt einen permanenten Prozess dar, trotz aller zeitlichen Auf- und Abstiege.“<sup>31</sup>

Trotsky betrachtete die drei Teilaspekte seiner Lehre als „untrennbar verbundene Teile eines Ganzen“<sup>32</sup>. Seine internationalistische Sichtweise findet ihr Finale in dem von ihm oft gebrauchten Terminus der Weltrevolution. Dennoch ist es grundlegend falsch, die Permanenztheorie allein auf diesen utopischen Aspekt zu reduzieren. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, rückständigen Nationen wie Russland die Perspektive einer sozialistischen Entwicklung aufzuzeigen und die Voraussetzungen für die Zukunft der Revolution im internationalen Maßstab festzulegen.

Stalin eröffnete den ideologischen Kampf gegen den Trotzismus im Jahre 1924. Nach dem Ausbleiben der proletarischen Revolutionen in Europa, v.a. nach der Oktoberniederlage der deutschen Kommunisten 1923, benötigte die bolschewistische Partei dringend einen Ausgleich für ihre enttäuschten internationalistischen Hoffnungen. Die Doktrin vom Sozialismus in einem Land war als Antithese zur bis dahin anerkannten Permanenztheorie bestens geeignet, diese Funktion zu erfüllen und somit die Selbstzufriedenheit des russischen Bolschewismus und das Ruhebedürfnis der Bevölkerung zu bedienen.<sup>33</sup> Damit sollte sich der revolutionäre Kampf hauptsächlich innerhalb der nationalen Grenzen ausrichten: „Das bedeutet die Möglichkeit, die Gegensätze zwischen Proletariat und Bauernschaft mit den inneren Kräften unseres Landes zu überwinden[...], gestützt auf die Sympathien und die Unterstützung der Proletarier der anderen Länder, aber ohne vorhergehenden Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern.“<sup>34</sup> Stalin ging von der Möglichkeit des Sieges der

---

<sup>30</sup> Vgl. Trotsky, Leo (FN 28), S. 28-29

<sup>31</sup> Ebd., S. 29

<sup>32</sup> Ebd., S. 29

<sup>33</sup> Vgl. Deutscher, Isaac: Trotsky. Der unbewaffnete Prophet 1921-1929. Bd. II, Stuttgart 1962, S. 159

<sup>34</sup> Stalin, Josef W.: Zu den Fragen des Leninismus, in: Stalin, Josef W.: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 173

Revolution in nur einem Land unter Bezugnahme auf Lenins Theorie von der ungleichmäßigen kapitalistischen Entwicklung unter den Verhältnissen des Imperialismus aus. Diese finale Stufe des Kapitalismus mit den sich fortwährend entwickelnden Widersprüchen wäre demnach die Ausgangslage für den Sieg des Proletariats in einzelnen Ländern. Die Chance hierfür macht Stalin lediglich - erneut unter Berufung auf Lenin - vom Vorhandensein der hier notwendigen Voraussetzungen fest, die sich wiederum aus den spezifischen nationalen Bedingungen ergeben. In Russland wäre diese Entwicklung möglich gewesen, weil eine große Volksrevolution des Proletariats und der Bauernschaft einer ausgewiesenen Schwachstelle des Imperialismus, dem Zarismus, überlegen war.<sup>35</sup>

Die Formulierung dieser Antithese zur Permanenztheorie stellte jedoch erst den Anfang der Auseinandersetzung mit dem Trotzismus dar. In einer Vielzahl von Aufsätzen und Reden polemisierte Stalin gegen die Lehre Trotzki und ihren angeblichen antileninistischen und menschewistischen Charakter. Die Hauptkritik lautete, dieser würde nicht nur die Rolle der russischen Bauernschaft unterschätzen, sondern vor allem die Kräfte und Fähigkeiten sowie die Idee der Hegemonie des russischen Proletariats.<sup>36</sup> In der Frage der Bauernschaft nutzte Stalin in seiner Polemik geschickt kleine theoretische Differenzen in den Konzeptionen seines Kontrahenten mit Lenin: Während letzterer eine Koalition von Arbeiterschaft und unterdrückter ländlicher Bevölkerung im revolutionären Kampf befürwortete, betonte der „Permanenzler“ die „politische Unselbständigkeit [...] und ihre tiefgehende innere Differenzierung“<sup>37</sup> der Bauernmassen, die reaktionäre und konterrevolutionäre Tendenzen impliziere. Ein Bündnis sei deshalb nur unter der Führungsrolle des Proletariats möglich.<sup>38</sup> In Anbetracht der Entwicklung Russlands (ab 1922 Sowjetunion) in den zwanziger Jahren ist Trotzki's These als realistisch einzuschätzen. Die tiefe Kluft zwischen Stadt und Land sollte sich in den Jahren nach 1917 weiter vergrößern und die revolutionäre Entwicklung entscheidend lähmen. Aber die Geschichte sollte auch die entscheidende Schwäche der Permanenzthese offenbaren: das Ausbleiben der proletarischen Revolution außerhalb der Sowjetunion. Der anerkannte Theoretiker konnte vom Standpunkt seiner Lehre in diesem Fall keine positive Antwort liefern. Dies stärkte nach dem Abflauen der revolutionären Tendenzen in Europa Stalins Argumentation des ungenügenden Vertrauens seines Gegners in die russische Arbeiterschaft.

---

<sup>35</sup> Vgl. Stalin, Josef W.: Über die Grundlagen des Leninismus, in: Stalin, Josef W.: Werke Bd. 6, Berlin 1952, S. 86-87

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 93

<sup>37</sup> Trotzki Leo (FN 28), S. 150

<sup>38</sup> Vgl. ebd., S.150



Welchen Standpunkt vertrat aber Trotzki gegenüber der Theorie vom Sozialismus in einem Land? Nach dem verlorenen Machtkampf gegen das Führungstriumvirat der KPR (Stalin-Kamenjew-Sinowjew) und der daraus resultierenden Oppositionsrolle fasste er eine systematische Darstellung seiner Kritik nach seiner Ausweisung im Exil in Prinkipo (Türkei) 1929 zusammen. Analog zur Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1914 betrachtete er die Stalinsche Lehre als eine Abkehr vom marxistischen Internationalismus. Die globale Struktur des Weltkapitalismus mache die Zukunft einer nationalen sozialistischen Gesellschaft unmöglich, da gerade das Ziel dieser neuen Gesellschaftsordnung in produktionstechnischer Hinsicht ein höheres Stadium darstellen müsste: „Der Versuch, unabhängig von den geographischen, kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung des Landes, das einen Teil der Weltgesamtheit darstellt, eine in sich selbst abgeschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige im nationalen Rahmen zu verwirklichen, bedeutet, einer reaktionären Utopie nachzujagen.“<sup>39</sup> Der Aufbau einer selbständigen, nationalen sozialistischen Gesellschaft bewege sich damit außerhalb jeglicher Möglichkeiten. Die Konsequenz dieser Abkehr vom Internationalismus sei die Durchsetzung eines „nationalen Messianismus“<sup>40</sup>, welcher die eigenen Besonderheiten gegenüber den allgemeinen Eigenschaften anderer Länder und der Weltwirtschaft hervorhebe und überbetone.<sup>41</sup>

Die untersuchten Theorien von Trotzki und Stalin stehen in einem absolut gegensätzlichen Verhältnis zueinander. Die Grunddifferenzen dieser theoretischen Feindschaft sollten sich aber auch auf dem Gebiet der Realpolitik fortsetzen. Die in den zwanziger Jahren erwachsene Hegemonie der sowjetischen Führung über die internationale kommunistische Bewegung und ihre Organisationen diene vor allem der Durchsetzung der außenpolitischen Interessen der Sowjetunion. Die von Trotzki bereits 1929 kritisierte „Degradierung der Kommunistischen Internationale zur Rolle eines Hilfskorps“<sup>42</sup> ist Ausdruck dieser am Primat des Sozialismus in einem Land orientierten Politik. Die 1941 von Arkadij Maslow getroffene Aussage, der internationale Kommunismus fordere von seinen Anhängern, „Nationalisten zu sein - nämlich russische Nationalisten“<sup>43</sup> trifft den Charakter dieser Instrumentalisierung wohl am deutlichsten. Auf der anderen Seite entstand in vielen Ländern eine

---

<sup>39</sup> Trotzki, Leo (FN 28), S. 9

<sup>40</sup> Ebd., S. 152

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 12

<sup>42</sup> Ebd., S. 153

<sup>43</sup> Fischer, Ruth/ Maslow, Arkadij: Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 420

kommunistische Linksoption, die sich weitgehend an in der Permanenztheorie manifestierten Internationalismus ausrichteten sollte.

## **2.2. Trotzis Faschismustheorie vs. Sozialfaschismuskonzeption**

Die theoretische Auseinandersetzung der kommunistischen Bewegung mit dem Faschismus begann bereits mit dessen Aufstieg in Italien und Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. In der Zeit bis 1928 sind durchaus mit Realitätssinn und theoretischer Schärfe verbundene Leistungen in der kommunistischen Analyse dieses neuen Phänomens feststellbar, welche auch Erkenntnisse der modernen Faschismusforschung vorwegnehmen sollten und unter dem Begriff v.a. die rechtsextremen Massenbewegungen in diesen Ländern zusammenfassten. Erst mit der stalinistischen Gleichschaltung der Komintern setzte sich die folgenschwere und undifferenzierte Haltung durch, die fast alle nichtkommunistischen Kräfte und Gruppierungen sowie die bürgerliche Gesellschaft der späten Weimarer Republik als faschistisch begriff.<sup>44</sup> Von diesem Zeitpunkt an waren es vor allem außerhalb der Komintern stehende, oppositionelle Kommunisten wie August Thalheimer oder Leo Trotzki, welche die theoretischen Leistungen der Jahre 1921-1928 fortsetzen sollten.

Trotzki widmete sich der Analyse des neuen Massenphänomens ebenfalls zu Beginn der zwanziger Jahre. In einzelnen Arbeiten entwickelte er bereits Fragmente einer umfassenden Theorie, die er ab 1930 in der Auseinandersetzung mit dem aufstrebenden Nationalsozialismus in einer Reihe von Schriften erweiterte und zusammenfasste.<sup>45</sup> Die Fokussierung auf die nationalsozialistische Bewegung resultiert dabei aus einer erwarteten Schlüsselrolle Deutschlands für die weitere internationale Entwicklung und ist durchaus im Zusammenhang mit der Permanenztheorie zu werten. Die Zuspitzung der ökonomischen und politischen Widersprüche ließe hier eine Krisensituation entstehen, die sowohl in eine Revolution als auch in eine Konterrevolution umschlagen könne: „In welcher Richtung sich die Lösung der deutschen Krise entwickeln wird, davon wird auf viele Jahre hinaus nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern das Schicksal der ganzen Welt abhängen.“<sup>46</sup>

---

<sup>44</sup> Vgl. Luks, Leonid: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1985, S. 14

<sup>45</sup> Vgl. Behrend, Manfred: Trotzki zum Faschismus, in: Inprekorr Nr. 386/387, 2004, S. 21

<sup>46</sup> Trotzki, Leo: Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland - der Schlüssel zur internationalen Lage. 26. November 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt /M. 1971, S. 43

Trotzki sah den dramatischen Aufstieg des Faschismus in Deutschland in zwei Faktoren begründet: in einer gesellschaftlichen Krisenerscheinung des Kapitalismus sowie in der hervortretenden Schwäche des Proletariats. Der im imperialistischen Stadium im europäischen Maßstab fortgeschrittenste Kapitalismus stoße demnach in Verbindung seiner inneren Dynamik und seines expansiven Charakters auf Grenzen im nationalen europäischen Staatensystem, die seine weitere Entwicklung verhindern. Die daraus resultierende soziale Krise bringe vor allem die kleinbürgerlichen Schichten aus dem Gleichgewicht und treibe sie in ihrer „konterrevolutionären Verzweiflung“<sup>47</sup> der neuen Bewegung in die Arme. Kleinbürgertum sowie neuer Mittelstand, von Trotzki verächtlich als „menschlicher Staub“<sup>48</sup> bezeichnet, bilden demnach die soziale Basis des Faschismus. Trotzki-Biograph Isaac Deutscher wertete diesen Aspekt als das entscheidende Moment in dessen Konzeption. Während in anderen reaktionären und konterrevolutionären Parteien die entscheidenden Kräfte zum Erhalt der bürgerlichen Ordnung von oben, von der Spitze der Gesellschaftspyramide aus agieren, formiere sich in dieser Theorie die neue Bewegung als eine Konterrevolution der plebejischen Schichten von unten. Diese werden durch die ökonomische Krisensituation sowie eine anwachsend feindseligen Haltung zum Großkapital, aber auch zur organisierten Arbeiterbewegung vorangetrieben.<sup>49</sup> Entgegen der sowjetmarxistischen Analyse, welche die reaktionären Kräfte des Monopolkapitals als Träger des Faschismus begriff, orientiert sich diese Konzeption also vielmehr an den vorgefundenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sowie dem dynamischen Charakter der neuen Massenbewegung. Obwohl auch Trotzki den Faschismus als Herrschaftssystem des Kapitalismus und somit der bürgerlichen Klasse begreift, versteht er die mittelständigen Schichten als eine autonome politische Kraft, die keineswegs vollständig den Interessen des Monopolkapitals untersteht. Erst nach dem Aufstieg zu einer Massenbewegung bedürfe das Kleinbürgertum zum Zwecke der Machtergreifung die politische und finanzielle Unterstützung der Großbourgeoisie und verliere somit seine Autonomie.<sup>50</sup> Der Faschismus wird somit ab diesem Stadium als besonderes Mittel verstanden, die Mittelschichten im Sinne des Finanzkapitals zu mobilisieren und zu organisieren.

---

<sup>47</sup> Trotzki, Leo: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland. 26. September 1930, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 17

<sup>48</sup> Trotzki, Leo (FN 46), S. 50

<sup>49</sup> Vgl. Deutscher, Isaac: Trotzki. Der verstoßene Prophet 1929-1940, Bd. III, Stuttgart 1963, S. 133-134

<sup>50</sup> Vgl. Mandel, Ernest: Trotzki's Faschismustheorie, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 8

Den zweiten Grund für den dramatischen Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland sah Trotzki in der Schwäche des Proletariats verursacht. Diese setze sich aus zwei Elementen zusammen: Der historischen Funktion der SPD und der Unfähigkeit der zentristischen Führung der KPD.<sup>51</sup> Die Sozialdemokratie, die „allmächtige kapitalistische Agentur in den Reihen des Proletariats“<sup>52</sup> habe demnach ihre revolutionären Ziele zugunsten des Reformismus und diesen wiederum in der aufkommenden wirtschaftlichen und politischen Krisensituation der späten Weimarer Republik durch eine bloße Verteidigungshaltung für die bürgerliche Gesellschaft ersetzt. Somit habe sie sich vollends von ihren Wurzeln entfernt.<sup>53</sup> Diesem objektiven Hindernis steht der subjektive Faktor der falschen Politik der KPD gegenüber. Ob Sozialfaschismusthese, die Annäherung der Partei an nationalistische Positionen, Gewerkschaftsfrage oder die Volksentscheidbeteiligung gegen die preußische Regierung 1931 - immer wieder kritisierte Trotzki die politischen Fehler der kommunistischen Führung und verband seine Analysen mit praktisch-politischen Forderungen an die Partei. In ihrem Fehlverhalten erkannte er die Hauptursache für die Schwäche des revolutionären Flügels der Arbeiterklasse. Als verhängnisvoll nahm er die undifferenzierte Gleichsetzung von bürgerlicher Gesellschaftsform und Faschismus zum Ende der Weimarer Republik durch die KPD wahr. Beide würden verschiedene Herrschaftssysteme der monopolistischen Großbourgeoisie kennzeichnen, stellten also unterschiedliche Formationen kapitalistischer Herrschaft dar. Während sich das parlamentarisch-demokratische System stark auf die Sozialdemokratie und somit auf die Arbeiterschaft stütze, besitze der Nationalsozialismus im Kleinbürgertum seine Basis. Für die Großbourgeoisie gelten beide Formationen als Mittel des Erhalts des kapitalistischen Status Quo in Abhängigkeit von den bestehenden historischen Bedingungen. Der entscheidende Unterschied für das Proletariat bestehe vor allem in der Möglichkeit der Bildung eigener Organisationsformen wie Parteien, Genossenschaften und Gewerkschaften in einer parlamentarischen Demokratie.<sup>54</sup> Reichen jedoch die herkömmlichen Mittel bürgerlicher Herrschaft zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Gleichgewichts in diesem System nicht mehr aus, beginne der Übergang zu einem faschistischen Regime: „Der Sieg des Faschismus führt dazu, daß das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Orga-

---

<sup>51</sup> Unter Zentrismus fasste Trotzki alle Strömungen im Proletariat zusammen, die sich theoretisch zwischen Marxismus und Reformismus bewegen und unterschiedliche Entwicklungsetappen vom Reformismus zum Marxismus oder umgekehrt repräsentieren; Vgl. Was nun? - Schicksalsfragen des deutschen Proletariats. 27. Februar 1932, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 142

<sup>52</sup> Trotzki, Leo (FN 46), S. 44

<sup>53</sup> Vgl. Trotzki, Leo (FN 51), S. 68

<sup>54</sup> Vgl. ebd., S. 80-81

ne und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung, Erziehung bemächtigt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltungen, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften.”<sup>55</sup> Die eigentliche historische Mission dieser totalitären Herrschaftsform bestand für Trotzki jedoch in der vollständigen Zerschlagung der Arbeiterbewegung: „Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. [...] Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionären Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten.”<sup>56</sup> Zugleich warnte Trotzki im Falle der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland vor der Möglichkeit eines Krieges gegen die SU. Der deutsche Faschismus würde nicht bei der Vernichtung der nationalen Arbeiterbewegung haltmachen, sondern als „Vollstreckungsorgan des gesamten Weltkapitalismus”<sup>57</sup> einen „Kampf um Leben und Tod”<sup>58</sup> gegen den ersten Arbeiterstaat entfachen.

Aufgrund der undifferenzierten Haltung der Komintern und der KPD-Führung, welche die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher bereits als faschistisch verstand, verwies Trotzki vehement auf die Unterschiede und Übergangsformen gegenüber der demokratischen Herrschaftsform. Hierbei orientierte er sich ebenso wie der führende Theoretiker der rechten kommunistischen Opposition, August Thalheimer, an den Bonapartismusschriften von Karl Marx.<sup>59</sup> Trotz einer weitgehenden Übereinstimmung in der Definition des Bonapartismus ging Thalheimer jedoch von einer wesentlichen Übereinstimmung dessen mit dem Faschismus aus, während Trotzki vor allem die Unterschiede betonte. Er definierte diese Form der Herrschaft als ein labiles diktatorisches Regime, dass sich auf den militärisch-polizeilichen Apparat stütze: „Sobald der Kampf zweier sozialer Lager - der Besitzenden und der Besitzlosen, der Ausbeuter und Ausgebeuteten - höchste Spannung erreicht, sind die Bedingungen für die Herrschaft von Bürokratie, Polizei, Soldateska gegeben. Die Regierung wird ‘unabhängig’ von der Gesellschaft.”<sup>60</sup> Die Herausbildung dieser Übergangsform zum

---

<sup>55</sup> Trotzki, Leo (FN 51), S. 81 (Schreibweise lt. Original)

<sup>56</sup> Trotzki, Leo (FN 46), S. 69

<sup>57</sup> Ebd., S. 48

<sup>58</sup> Ebd., S. 49

<sup>59</sup> Vgl. hierzu Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, S. 104-221; Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, S. 222-318 sowie Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich, S. 446-518, in: Engels, Friedrich/Marx, Karl: Ausgewählte Schriften, Bd. I, Berlin 1955

<sup>60</sup> Trotzki, Leo: Der einzige Weg. 13./14. September 1932, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki, Wie wird der

Faschismus steht in engem Zusammenhang mit der Krise des parlamentarischen Systems. In der Situation der Zuspitzung der Klassenkämpfe und der zeitweiligen Neutralisation der feindlichen Lager erhebe sich die Exekutive zur Rettung der Einheit der Nation über Parlament und Demokratie: „Die Regierung tritt nicht auf als Vollzugsorgan der Parlamentsmehrheit, sondern als Schiedsrichter zwischen den beiden kämpfenden Lagern.“<sup>61</sup> Im sozialen Sinne galt für Trotzki der Bonapartismus trotz dieser relativ eigenständigen Rolle der Regierung als Instrument der ökonomischen und politischen Interessen der Bourgeoisie.

Im Gegensatz zur Herausstellung und Betonung der Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischem System sowie deren Übergangsformen steht die Sozialfaschismuskonzeption der Komintern. Die These, welche diesen beiden Herrschaftsformen eine Wesensnähe unterstellte und vor allem die Sozialdemokratie als faschistisch begriff, gewann in der kommunistischen Bewegung bereits zu Beginn der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts an Bedeutung. Allerdings wurde diese Verbindung zunächst auf die Unterstellung einer prokapitalistischen und konterrevolutionären Funktion beschränkt. Erst auf dem V. Weltkongress der Komintern 1924 wurde eine Politik sanktioniert, die alle bürgerlichen Parteien und vor allem die Sozialdemokratie unter dem Begriff des Faschismus subsumierte.<sup>62</sup> Stalin leistete dieser Theorie Vorschub, indem er im gleichen Jahr in der Schrift „Zur internationalen Lage“ im Bezug auf die Sozialdemokratie herausstellte, dass diese „objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus“<sup>63</sup> sei. Diese faktische Gleichstellung resultierte aus der Annahme, dass der Faschismus als Kampforganisation der Bourgeoisie sowie die Sozialdemokratie in ihrer Unterstützerfunktion für die bürgerliche Ordnung den Interessen der gleichen Klasse diene.<sup>64</sup> Die folgenschwere Sichtweise der weitgehenden Parallelisierung von SPD und Faschismus durch die KPD in der Spätphase der Weimarer Republik trägt hier ihre Wurzeln.

Nachdem diese Konzeption im Zuge der Gleichschaltung der Komintern spätestens nach 1928 zur allgemeinen Doktrin im internationalen Kommunismus wurde, galt die SPD in Deutschland als Hauptfeind der Kommunistischen Partei. Sie galt als Träger der verhassten Ordnung, die es zu

---

Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 208

<sup>61</sup> Trotzki, Leo: Bonapartismus und Faschismus. Zur Charakterisierung der heutigen Lage in Europa, in: Trotzki, Leo: Porträt des Nationalsozialismus, Essen 1999, S. 338

<sup>62</sup> Vgl. Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1995 (6. Auflage), S. 12-17

<sup>63</sup> Stalin, Josef W.: Zur internationalen Lage, in: Stalin, Josef W.: Werke Bd. 6, Berlin 1952, S. 253

<sup>64</sup> Vgl. ebd., S. 253

überwinden galt. Trotzki stimmte in der Einschätzung der Sozialdemokratie als bürgerliche Partei sowie in der Annahme, dass diese durch ihre bloße Verteidigungshaltung zur parlamentarischen Demokratie den Aufschwung der rechtsextremen Massenbewegung mit zu verantworten habe, überein.<sup>65</sup> Jedoch ging er davon aus, dass der Faschismus für diese ebenso eine tödliche Bedrohung darstelle wie für den revolutionären Flügel des Proletariats: „Die Sozialdemokratie kann ohne Arbeiter-Massenorganisationen keinen Einfluss ausüben. Der Faschismus seine Macht nicht anders befestigen als durch Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Hauptarena der Sozialdemokratie ist das Parlament. Das System des Faschismus fußt auf der Vernichtung des Parlamentarismus.“<sup>66</sup> In der Hervorhebung dieser fundamentalen Unterschiede offenbarte Trotzki die Fehlerhaftigkeit der Sozialfaschismusthese. Seine Appelle an die KPD blieben jedoch ohne größere Wirkung. Die kommunistische Führung hielt bis 1933 an der Konzeption fest und trug somit zur Aufrechterhaltung der Unversöhnlichkeit der beiden deutschen Arbeiterparteien bei. Somit bildete diese starre Haltung eine wichtige Grundlage für die Niederlage des Proletariats und die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland.

Es ist unbestritten, dass Trotzki wesentliche Elemente des Faschismus richtig erkannte. Im Gegensatz zur formalen Definition der Dimitroff-Formel, welche diese neue Form des Extremismus auf eine „Agenturrolle“ des Monopolkapitals reduzierte, verwies seine Analyse auf die realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie den dynamischen Charakter der politischen Prozesse, die von einer mittelständigen Massenbewegung ausgingen. Gleichzeitig unterschied er klar zwischen den bonapartistischen Präsidialkabinetten und dem Faschismus als zwei verschiedene Herrschaftsformen der kapitalistischen Gesellschaft. Auch erkannte er den Eigenwert eines parlamentarischen Systems, welches für das Proletariat demokratische Freiräume zur Aufrechterhaltung eigener Organisationsformen garantiert. Trotz einer Verbreitung von Trotzki's Schriften weit über die Grenzen der linken Opposition hinaus konnten diese keine wirkliche Wirkung erzielen. Für die kommunistische Führung belegten diese lediglich die Bestätigung seines Weges „zum plumpen Handlangertum der Großbourgeoisie“<sup>67</sup>. Der Hauptadressat seiner Appelle blieb gegen die realistische Analyse der nationalsozialistischen Gefahr immun.

---

<sup>65</sup> Vgl. Trotzki, Leo (FN 47), S. 30

<sup>66</sup> Trotzki, Leo (FN 51), S. 81

<sup>67</sup> Sächsische Arbeiterzeitung v. 23.11.1931 (11. Jg.), „Brüning, Trotzki und Co. Historische Wurzeln der Großbourgeoisie“, S. 2653. Als Reaktion auf den Vorschlag Trotzki's an die KPD, diese solle Brüning als das geringere Übel gegen Hitler unterstützen, betonte der polemische Artikel die kapitalistische und konterrevolutionäre Rolle des „Renegaten“ Trotzki.

### 2.3. Leninistische Einheitsfront vs. Einheitsfront „von unten“

Resultierend aus den unterschiedlichen Sichtweisen in der Definition des Faschismus in der Komintern und der trotzkistischen Opposition ergaben sich divergierende Strategien zu dessen Bekämpfung. In seinen zahlreichen Schriften zur Analyse der Situation in Deutschland trat Trotzki vehement für die Realisierung einer Einheitsfront zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie im Leninschen Sinne ein. Dieser vertrat zu Beginn der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts eine Politik, durch welche die proletarische Weltbewegung im Zusammenschluss im Kampf gegen Kapital sowie politische Reaktion agieren müsse: „Ziel und Sinn der Einheitsfrontpolitik bestehen darin immer breitere Arbeitermassen in den Kampf gegen das Kapital einzubeziehen. Dabei darf man nicht davor zurückschrecken, sich immer wieder sogar an die Führer der II. und zweieinhalften Internationale zu wenden mit dem Vorschlag, diesen Kampf gemeinsam zu führen.“<sup>68</sup> Die Funktion dieser Taktik beruhte für Lenin darin, dass die Kräfte der Arbeiterbewegung für die dringlichsten und unmittelbaren praktischen Erfordernisse des Klassenkampfes konzentriert würden. Somit sollten alle Schichten des Proletariats, einschließlich der Sozialdemokratie, in gemeinsame Aktionen einbezogen werden. Das unmittelbare klassenkämpferische Ziel sollte dabei mit der revolutionären Erziehung der nichtkommunistischen Massen verbunden werden und eine Stärkung des revolutionären Flügels erwirken. Diese pädagogische Leistung konnte nach Meinung Lenins jedoch nur im Zusammenhang eines gemeinsamen Vorgehens Erfolg verzeichnen. Obwohl dies keinesfalls den Verzicht auf eine ideologische Auseinandersetzung mit dem Reformismus bedeuten sollte, lehnte Lenin eine künstliche Zuspitzung der Konfrontation mit den sozialdemokratischen Organisationen innerhalb dieser gemeinsamen Aktionen ab.<sup>69</sup> Somit betonte er die prinzipielle Unvereinbarkeit der Propagierung einer Einheitsfront bei gleichzeitiger Diffamierung der Politik des Bündnispartners, wie sie einige Jahre später von der KPD zum Ende der Weimarer Republik vollzogen wurde.

Die Appelle Leo Trotzki und seiner deutschen Anhänger an die KPD zur Herstellung einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr beruhten auf dieser konzeptionellen Grundlage: „Man muß von den leeren, bürokratischen Phrasen der Einheitsfront zur Politik der Einheitsfront zurückkehren, wie sie von Lenin formuliert und von den Bol-

---

<sup>68</sup> Lenin, Wladimir I.: Vorschlag für den Entwurf zum Bericht der Delegation der KPR (B) in der Komintern, in: Lenin, Wladimir I.: Gesammelte Werke Ergänzungsband 2, Berlin 1973, S. 431

<sup>69</sup> Vgl. Firsow, Fridrich: Lenins Prinzipien der Einheitsfront, in: Godemann, Viola: Tödliche Umarmung. Einheitsfront - ein stalinistisches Manöver?, Berlin 1991, S. 98-99



schewiki beständig angewandt worden ist...“<sup>70</sup> Die Ausrichtung dieser Taktik sollte dabei klar auf der Herstellung der Abwehrbereitschaft gegen den gemeinsamen Feind beruhen. Aufgrund der prinzipiellen Differenzen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus sei es unsinnig, ein Abkommen für das Ziel einer sozialistischen Revolution zu schließen. Im Falle des Kampfes gegen den Faschismus müssten jedoch Vorbedingungen geschaffen werden, die ein gemeinsames Agieren ermöglichen. Diese Grundlage sei die Herstellung politischer und organisatorischer Klarheit, die „mit einem konkreten Vorschlag über gemeinsame Maßnahmen gegen die drohende Zertrümmerung der proletarischen Demokratie“<sup>71</sup> geschaffen würde. Auf der Grundlage eines solchen Aktionsprogramms sollte die Kampfkraft der Arbeiterschaft vereint, die jeweilige politische Unabhängigkeit der Bündnispartner jedoch bewahrt werden: „Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsame Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen!“<sup>72</sup> In diesen Worten wird deutlich, dass Trotzki die prinzipiellen Gegensätze der beiden großen Arbeiterparteien realistisch einschätzte und die Möglichkeit des vereinigten Abwehrkampfes in der geringen, jedoch immens wichtigen Gemeinsamkeit - der grundlegenden Gegnerschaft zum Faschismus - erblickte. Die von ihm vertretene Einheitsfrontkonzeption „von oben und unten“<sup>73</sup> blieb jedoch eine Illusion. Die gemeinsame Gefahr vor dem Nationalsozialismus konnte das feindselige Verhältnis der beiden deutschen Arbeiterparteien nicht überwinden.

Diese Gegensätzlichkeit und die zunehmend feindliche Haltung zwischen KPD und SPD resultierte nicht zuletzt aus der diffamierenden Sozialfaschismusthese der Kommunisten und der damit verbundenen Strategie im Umgang mit der reformistischen Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie galt als Hauptfeind und als parlamentarischer Flügel des Faschismus. Eine Einheitsfront im Sinne einer gleichberechtigten Zusammenarbeit, wie Trotzki sie vorschlug, war so unmöglich. Stattdessen wurde von der Komintern-Spitze die so genannte „Einheitsfront von unten“ propagiert, die sich nur

---

<sup>70</sup> Trotzki, Leo (FN 47), S. 31 (Schreibweise lt. Original)

<sup>71</sup> Trotzki, Leo: Vor der Entscheidung. 5. Februar 1933, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 274

<sup>72</sup> Trotzki, Leo: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? 8. Dezember 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 63

<sup>73</sup> Einheitsfront von oben und unten bedeutet die Realisierung der Konzeption im Leninschen Sinne, wobei eine grundlegende Einigung und Verständigung in den Parteispitzen zur Zusammenarbeit der proletarischen Massen führen soll.

unter der Führung der KPD vollziehen sollte. Spitzenverhandlungen mit anderen Arbeiterorganisationen, die Grundvoraussetzung für gemeinsame Massenaktionen gegen die faschistische Gefahr, wurden damit durch das Bestreben ersetzt, die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Partei zu lösen und in die eigenen Reihen zu überführen. Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit gegen die Nationalsozialisten wurde somit von Seiten der KPD-Führung faktisch verworfen.<sup>74</sup> Losungen wie „Einheitsfront erwächst im Kampf gegen die SPD“<sup>75</sup> waren kaum dazu geeignet, ihr Ziel in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erreichen und trugen damit eher zur weiteren Forcierung der Spaltung im deutschen Proletariat bei. Der Begriff der Einheitsfront ist somit völlig sinnentfremdet worden: Das Ziel der Loslösung der Massen von ihrer reformistischen Führung, indirekt verbunden mit der Forderung nach Aufgabe der eigenen politischen Identität, wurde über das Ziel des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus gestellt. Ihren traurigen Höhepunkt erreichte diese Politik mit der Denunzierung linker Sozialdemokraten, die in den meisten Fällen eine Einheitsfront beider Strömungen der Arbeiterschaft bejahten, als gefährlichste Feinde innerhalb der reformistischen Arbeiterschaft.<sup>76</sup> Obwohl besonders in den Jahren 1931 bis 1933 in der Basis der Kommunistischen Partei vermehrt der Drang nach gemeinsamen Aktionen gegen den immer mehr als Hauptfeind verstandenen Nationalsozialismus entstand und die Führung der KPD im Augenschein der dramatischen Machtverschiebungen ihre Generallinie partiell mit dem Übergang in eine flexiblere Einheitsfrontpolitik relativierte, blieb die Sozialfaschismusthese ein entscheidendes Element in der Beziehung der beiden Arbeiterparteien. Die sporadischen und zumeist halbherzigen Angebote zur Zusammenarbeit erzielten kaum Wirkung: „Da diese Politik jedoch nicht einherging mit einer Abkehr und kritischen Revision der bisherigen Linie und auch in den eigenen Reihen umstritten war, konnte sie nicht die notwendige Wirkung erzielen.“<sup>77</sup>

Die Politik der Führung der Kommunistischen Partei erwies sich so als ein entscheidendes Hindernis zur Schaffung der antifaschistischen Einheit innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Summierung theoretischer Fehleinschätzungen, wie die undifferenzierte Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie bzw. bürgerlich-parlamentarischer Ordnung oder die irriige Annahme, durch eine verschärfte Auseinandersetzung mit der SPD-Spitze die Massen zum Übertritt in die KPD bewegen

---

<sup>74</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4) S. 241

<sup>75</sup> Sächsische Arbeiterzeitung v 19.07.1932 (12. Jg.), Nr. 164, „Einheitsfront erwächst im Kampf gegen die SPD!“, S. 2093

<sup>76</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 241

<sup>77</sup> Kinner, Klaus (FN 9), S. 217

zu können, verhinderten nicht nur jenes Zustandekommen, sondern führten die Partei zusehends in die politische Isolierung. Die Einheitsfrontkonzeption, wie Trotzki sie vertrat, wurde dafür in das Reich der Konterrevolution propagiert und einer gnadenlosen Polemik ausgesetzt: „Entweder wird die kommunistische Partei mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen einen Block bilden oder die deutsche Arbeiterklasse ist auf 10 oder 20 Jahre verloren. Diese Theorie ist die schlimmste, gefährlichste und verbrecherischste Theorie, die Trotzki in den letzten Jahren [...] aufgestellt hat.“<sup>78</sup>

Die Auseinandersetzungen um die richtige Taktik im Kampf gegen den Faschismus fanden auch nach 1933 im Rahmen der Propagierung der Volksfrontstrategie, jedoch nunmehr unter veränderten realpolitischen Prämissen, ihre Fortsetzung. Der aus den Lehren der deutschen Erfahrungen abgeleitete und auf dem VII. Kongress der Komintern 1935 sanktionierte Beschluss, der die Bekämpfung des Faschismus im Zusammengehen der Kommunisten mit der Sozialdemokratie sowie Teilen der Bourgeoisie vorsah, fand in Trotzki einen seiner vehementesten Kritiker.<sup>79</sup> In seinem Selbstverständnis als Marxist verstand er die Volksfront als Verkörperung der Abkehr von grundlegenden, revolutionären Prinzipien, aus welcher nur eine Schwächung des Proletariats hervorgehen könne. Die von ihm vertretene Einheitsfront der Arbeiterklasse erwirke dagegen eine Bündelung der Kräfte auf der Basis gemeinsamer Interessen. Ein gemeinsamer Block mit Teilen der bürgerlichen Klasse forcieren jedoch den gegenteiligen Effekt: „Hingegen ist ein politisches Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie, deren Interessen in der heutigen Epoche in den Grundfragen um 180 Grad auseinander klaffen, in der Regel nur imstande, die revolutionäre Kraft des Proletariats zu paralysieren.“<sup>80</sup>

Die Volksfrontstrategie der Komintern stellte im Grunde genommen die Übersteigerung dessen dar, was Trotzki und andere Kritiker Stalins einige Jahre zuvor im Bezug auf die Bekämpfung des Nationalsozialismus gefordert hatten. Insofern kann diese Konzeption durchaus als radikale Wende in der Geschichte der Dritten Internationale verstanden werden. Den zeitweiligen Erfolgen dieser Bündnispolitik in Frankreich sollte jedoch der Zusammenbruch der Volksfront 1940 folgen, die Trotzki's Kritik zumindest teilweise rechtfertigen sollte. Seine Einheitsfrontaufforderungen, die auf eine Zusammenarbeit der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien orientierten, blieben dagegen – wie in Deutschland – ohne größere Wirkung.

---

<sup>78</sup> Artikel von Willi Münzenberg im Roten Aufbau v. 15.02.1932, hier zitiert nach: Frank, Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943), Bd. II, Frankfurt/ M. 1981, S. 573

<sup>79</sup> Vgl. Luks, Leonid (FN 44), S. 176-177

<sup>80</sup> Trotzki, Leo: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-1939, Bd. II 1936-39, Frankfurt/ M. 1976, S. 297

### **3. Von der Opposition zum Trotzismus: Genese und Entwicklung der deutschen kommunistischen Linksopposition im Prozess der Stalinisierung der KPD 1924 – 1930**

#### **3.1. Gesamtdeutsche Entwicklung**

Nach dem Aufstandsversuch der KPD im Oktober 1923 in Deutschland, der in einer Niederlage mündete, blieb die Partei bis zum 1. März 1924 verboten.<sup>81</sup> Mit der Wiedenzulassung begannen sofort Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über den „Deutschen Oktober“, aus welchen deutliche Verschiebungen der innerparteilichen Machtkonstellationen resultierten. Innerhalb der KPD verbreitete sich die Meinung, dass die alte Parteiführung um die „Rechten“ August Thalheimer und Heinrich Brandler während der Zeit des erhofften Aufstandes versagt habe. Diese wurde auf dem IX. Parteitag durch eine neue Zentrale unter der Mehrheit der Linken um Arkadij Maslow und Ruth Fischer ersetzt.<sup>82</sup> Gleichmaßen beeinflusste die Auseinandersetzung um die Niederlage die nach dem Tode Lenins Anfang 1924 immer offener ausgetragenen Machtkämpfe in der KPR.<sup>83</sup> Trotzki beschuldigte Stalin, der vom Aufstand abgeraten hatte, sowie den Kominternvorsitzenden Sinowjew ebenso der Mitverantwortung an der Niederlage der KPD wie der Brandler-Gruppierung. Sinowjew, der sich die Unterstützung der neuen KPD-Spitze für seine gemeinsame Politik mit Stalin erhoffte, konstruierte dagegen aufgrund der bedeutenden Rolle des Trotzki-Anhängers Karl Radek am deutschen Aufstand die Verbindung des Anführers der sowjetischen Linksopposition mit der deutschen Parteirechten.<sup>84</sup> Die Wahrnehmung Trotzkis als „Rechter“ in der KPD, die schon in theoretischen Differenzen dessen mit der deutschen Parteilinken auf dem III. Weltkongress der Komintern 1921 in Fragen der Einheitsfront und der Haltung zur Offensiv-Theorie ihre Wurzeln trug, sollte sich als ein entscheidender Grund erweisen, warum im deutschen Kommunismus lange Zeit keine spezifisch trotzkistische Strömung existierte.<sup>85</sup>

Nach der Machtübernahme der KPD-Linken verfolgte diese zunächst einen Kurs der inneren Konsolidierung und erreichte vor allem durch eine gezielte Personalpolitik, dass der Parteiapparat bald geschlossen hinter der neuen Führung stand. Insgesamt wurden ca. 60 bis 70% der hauptamtlichen

---

<sup>81</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 53

<sup>82</sup> Vgl. ebd., S. 73

<sup>83</sup> Trotzki stand ab 1923 dem verbündeten Triumvirat Stalin-Sinowjew-Kamenjew gegenüber. Die Hauptintention der Troika bestand zunächst in der Absicht, eine Mehrheitsbildung in der Partei unter Trotzki zu verhindern. Vgl. Deutscher, Isaac (FN 33), S. 84. Ab Ende 1923 nahm Trotzki den Kampf für den „Neuen Kurs“ gegen die Bürokratisierung der Partei auf, was den Konflikt weiter verstärken sollte. Vgl. ebd., S. 124-125

<sup>84</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 6

<sup>85</sup> Vgl. ebd., S. 6

Funktionäre ausgewechselt.<sup>86</sup> Dies war ein erster Schritt der Mitte 1924 auf dem V. Kongress der Komintern aufgestellten Losung der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. Das bedeutete in der offiziellen Rhetorik die Übernahme der „organisatorischen und taktischen Prinzipien, deren Richtigkeit durch die lange revolutionäre Erfahrung der russischen Partei bestätigt worden sei“<sup>87</sup>. Der Kommunismusforscher Hermann Weber stellte heraus, was diese Losung im Selbstverständnis der linken Parteiführung vor allem verkörperte, nämlich „die Vereinheitlichung der Partei, die Ausschaltung aller Fraktionen und Richtungen, die innerparteiliche Gleichschaltung in ihrem Sinne“<sup>88</sup>. Innerhalb dieses Prozesses nahm die ideologische Auseinandersetzung mit dem Luxemburgismus sowie Trotzkismus große Bedeutung ein. Die Auseinandersetzung mit den politischen Ideen Rosa Luxemburgs, die in Teilen der Partei noch immer einen breiten Raum einnahmen, forcierte mit deren Diffamierung einen wichtigen Schritt zur Auflösung der eigenständigen Traditionen im deutschen Kommunismus. Von nun an galten ihre Imperialismus- sowie Spontaneitätstheorie genauso wie ihre Einstellung zur Nationalitätenfrage und die Ablehnung des Terrors in der proletarischen Revolution als antileninistische Abweichungen, die es zu bekämpfen galt.<sup>89</sup> Gleiches galt für den Trotzkismus, obwohl dieser keine eigene Tradition in der KPD besaß. Die Wahrnehmung Troztkis als „Rechter“ in großen Teilen der Partei stieß innerhalb dieses Diffamierungsprozesses auf fruchtbaren Boden. Das inzwischen mit Sinowjew verbundene ZK um Fischer und Maslow unterschätzte dabei die grundlegenden Differenzen in der sowjetischen Parteiführung und stärkte somit indirekt die Politik Stalins. Die von der KPD-Führung vorangetriebene Bolschewisierung erwies sich somit immer mehr als ein bedeutender Schritt zur geistigen Uniformierung und Dogmatisierung und sollte den „demokratischen Grundtenor“<sup>90</sup> der Lehren Troztkis und Luxemburgs aus den Reihen der Partei verdrängen. Gleichzeitig wurden die Grundlagen des Funktionswandels der KPD von einer (teilweise) selbständigen, mit eigener Tradition und Identität behafteten Organisation zu einer monolithischen Apparatpartei unter der immer offener eintretenden Anleitung Moskaus geschaffen.

Bei der Reichspräsidentenwahl 1925 stellte die Parteispitze entgegen den Forderungen der Komintern einen eigenen Kandidaten, Ernst Thälmann, auf und unterstützte somit indirekt die Wahl Hin-

---

<sup>86</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 74

<sup>87</sup> Flechtheim, Ossip K. (FN 8), S. 216

<sup>88</sup> Weber, Hermann (FN 4), S. 86

<sup>89</sup> Vgl. ebd., S. 91

<sup>90</sup> Ebd., S. 97

denburgs und die Niederlage des von der SPD unterstützten Zentrums kandidaten Marx. Der Eigensinn dieser linken Politik brachte die Fischer-Maslow-Gruppe gegenüber Moskau unter Druck und verursachte die Veränderung ihres bisherigen Kurses. Verbunden war diese von der Kominternführung geforderte Rechtswendung mit der Einleitung einer moderateren Politik gegenüber der Sozialdemokratie und den bürgerlich-demokratischen Parteien sowie der Abgrenzung gegenüber ultralinken Strömungen innerhalb der KPD.<sup>91</sup> Die daraus resultierende Auseinandersetzung führte zur Formierung einer ultralinken Opposition<sup>92</sup> um Werner Scholem, Arthur Rosenberg und Ivan Katz. Die bis dahin weitgehend geschlossene Linke war somit gespalten. Das Einlenken der Fischer-Maslow-Gruppe konnte jedoch die grundlegenden Differenzen mit der Kominternspitze nicht mehr beseitigen. Neben unterschiedlichen Vorstellungen in personalpolitischen Entscheidungen und in der Gewerkschaftstaktik war es vor allem der seit der Wiedezulassung der Partei ständig sinkende Masseneinfluss der KPD, der auf die falsche Politik des deutschen ZK zurückgeführt wurde. Zudem wurde Fischer und Maslow der Vorwurf einer eigenständigen Politik gegenüber Moskau<sup>93</sup> im Sinne der Etablierung eines eigenständigen, spezifisch westeuropäischen Kommunismus<sup>94</sup> unterstellt. Über einen „Offenen Brief“ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, der die Politik des deutschen ZK schonungslos kritisierte, brachte die sowjetische Führung die Mehrheit der Führungskader der KPD hinter diesen Standpunkt. Hieraus wird deutlich, dass die Komintern bereits Mitte der zwanziger Jahre ein Mittel der Durchsetzung der Interessen stalinistischer Politik verkörperte. Das Ergebnis dieser Disziplinierungsmaßnahme war die Enthebung der Gruppe um Fischer und Maslow von leitenden Parteipositionen. Die eigentliche Führung ging nun auf die moskautreue Linke um Ernst Thälmann über.<sup>95</sup> Die unterlegene Ruth Fischer wertete diese Maßnahme später als die „erste stalinistische Intervention in die deutsche kommunistische Bewegung“<sup>96</sup>, die ein Muster für viele später folgende Eingriffe in nationale kommunistische Parteien und die Internationale bilden sollte: „Die Personifizierung von Parteiirrtümern erhöht die Autorität der obersten Führung, deren letzte Weisheit nur in dem Sinne fehlbar sein kann, daß unfähige oder unzuverlässige Genossen sie durchkreuzen. Dieses Einschüchterungssystem kann seiner eigenen inneren Logik

---

<sup>91</sup> Vgl. Flechtheim, Ossip K. (FN 8), S. 219-220

<sup>92</sup> Die Ultralinke entstand aus der Rechtswendung der Fischer-Maslow-Führung. Sie beharrte auf den alten, radikalen Positionen im Umgang mit der Sozialdemokratie, der Haltung zum Parlamentarismus, in der Ablehnung von Übergangsforderungen und der positiven Haltung zum gewaltsamen Aufstand. Vgl. Weber, Hermann (FN 4) S. 18-19

<sup>93</sup> Vgl. Kinner, Klaus (FN 9), S. 85

<sup>94</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 125

<sup>95</sup> Vgl. ebd., S. 126-127

<sup>96</sup> Fischer, Ruth (FN 11), S. 90

nach nur zu permanentem, immer zunehmendem Terror führen.“<sup>97</sup> Obwohl die Fischer-Maslow-Zentrale nun selber zusammen mit der ultralinken Strömung in die parteiinterne Opposition gedrängt wurde, nahm sie innerhalb des beschriebenen Prozesses eine entscheidende Rolle ein. Das Ende ihrer Ära bedeutete gleichzeitig den Abschluss der von ihnen vorangetriebenen Bolschewisierung der KPD, die als „erste Periode der Stalinisierung“<sup>98</sup> die Wandlung zu einer „Partei neuen Typus“ forcierte.

In der Zeit von 1925 bis 1927 wurde die innerparteiliche Entwicklung der KPD in hohem Maße durch die Bekämpfung und Ausgrenzung der linken und ultralinken Opposition bestimmt. Die moskautreue Führung unter Thälmann bediente sich dabei ebenso der Methode der einheitlichen Ausrichtung des Funktionärsapparates wie das Vorgänger-ZK. Dabei standen ihr zu Beginn dieses Prozesses linke wie rechte Parteikritiker gegenüber, was die anfängliche Position schwächte.<sup>99</sup> Im Kampf gegen die Opposition konnte die neue Führung aber einen entscheidenden Vorteil nutzen: den aufgrund divergierender theoretischer Ansichten fortschreitenden Zerfall der KPD-Linken in „eine Anzahl untereinander rivalisierender oder sich offen bekämpfender Gruppen“<sup>100</sup>. So hatten sich bis Anfang des Jahres 1927 zehn fraktionelle kommunistische Gruppierungen im Umfeld der KPD herausgebildet, wovon allein sechs der linken und ultralinken Opposition zuzuordnen waren.<sup>101</sup> Diese Fragmentierung ermöglichte es dem neuen ZK, die Abweichler Schritt für Schritt aus der Partei zu verdrängen.<sup>102</sup> Bis Ende 1927 war diese Entwicklung weitgehend abgeschlossen. Hermann Weber konstatierte, dass 1928 die linke Opposition innerhalb der KPD als „tot“<sup>103</sup> anzusehen war. Von diesem Zeitpunkt an sollte der deutsche Linkskommunismus hauptsächlich außerhalb der Partei wirken. Der Zustand der Ausdifferenzierung in eine Vielzahl von Klein- und Splittergruppierungen blieb jedoch erhalten und erwies sich somit als ein wesentlicher Grund der geringen politischen Wirksamkeit der linken Opposition in der Spätphase der Weimarer Republik.

---

<sup>97</sup> Fischer, Ruth (FN 11), S. 91 (Schreibweise lt. Original)

<sup>98</sup> Weber, Hermann (FN 4), S. 119

<sup>99</sup> Vgl. ebd., S. 137

<sup>100</sup> Bahne, Siegfried: Zwischen Luxemburgismus und Stalinismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., 1961, S.363

<sup>101</sup> Vgl. ebd., S. 363

<sup>102</sup> Zunächst wurden bis Mai 1926 die einzelnen ultralinken Gruppen ausgeschlossen, bevor ab Mitte desselben Jahres der offene Kampf gegen die linke Opposition forciert wurde. Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 23

<sup>103</sup> Weber, Hermann (FN 4), S. 182

Innerhalb dieses Ausgrenzungsprozesses nahm in den parteiinternen Auseinandersetzungen die russische Frage eine immer bedeutendere Rolle ein. Nach dem Bruch mit Stalin hatten sich Sinowjew und Kamenjew 1926 mit Trotzki zur „Vereinten Opposition“ zusammengeschlossen.<sup>104</sup> Große Teile der KPD-Linken sympathisierten mit dem vereinten Block. In einer als „Brief der 700“ bekannt gewordenen Resolution erklärten die linken Kommunisten ihre Solidarität mit der russischen Opposition und forderten die KPD zur Rückkehr zum wahren Leninismus auf.<sup>105</sup> Die Parteiführung reagierte mit zahlreichen Ausschlüssen und Funktionsenthebungen auf das eigentlich als Diskussionsgrundlage gedachte Papier. Jedoch erwirkte die Solidarisierung mit der russischen Opposition eine Änderung im Grundverständnis in Teilen des deutschen Linkskommunismus. Die trotzkistische Bewegung wurde nun als integraler Bestandteil des vereinten Blocks in der SU wahrgenommen und anerkannt. Dies bedeutete den Beginn eines Wandels im Verhältnis deutscher Kommunisten zum Trotzkismus.<sup>106</sup> Einen weiteren wichtigen Impuls erhielt diese Annäherung durch die Entsendung sowjetischer Oppositioneller für diplomatische und wirtschaftliche Aufgaben ins Ausland ab 1926. Stalin verstand die Entfernung nichtkonformer Parteimitglieder aus ihrem eigentlichen Wirkungskreis als Mittel der Bekämpfung und Schwächung der Opposition in der SU.<sup>107</sup> Der damit verbundene Einfluss von außen trug nicht unwesentlich dazu bei, dass sich die deutsche Linke zu diesem Zeitpunkt zu einem „wahren Treibhaus“<sup>108</sup> der politischen Diskussion entwickelte. Die sich vor allem auf Berlin konzentrierenden Verbindungen mit sowjetischen Diplomaten und Wirtschaftsvertretern begründeten somit neue Impulse für den deutschen Linkskommunismus und eine weitere Annäherung an trotzkistische Positionen.

Nach der Zerschlagung der „Vereinten Opposition“ in der Sowjetunion, die durch die Kapitulation Sinowjews und Kamenjews 1927 besiegelt wurde, begann sich in der Komintern die Einleitung eines neuen Linkskurses abzuzeichnen. Die 1928 auf dem VI. Weltkongress sanktionierte These der „dritten Periode“ stützte diese Politik. Demnach würde die nach der revolutionären Phase von 1923 folgende, durch eine weitgehende Stabilisierung des Kapitalismus gekennzeichnete „zweite Periode“ ab 1928 durch eine Etappe der erwarteten Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalis-

---

<sup>104</sup> Vgl. Deutscher, Isaac (FN 33), S. 256 ff.

<sup>105</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 162

<sup>106</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 9

<sup>107</sup> Vgl. Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10) S. 17

<sup>108</sup> Ebd., S. 17



mus und dem Aufschwung der Revolution außerhalb der SU abgelöst.<sup>109</sup> Für die KPD war dieser erneute Kurswechsel mit einer verstärkten Bekämpfung der rechten Abweichungen in der eigenen Partei sowie einer radikalen Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie verbunden. Damit gelangte die Sozialfaschismusthese endgültig zur offiziellen Parteidoktrin. Die Auseinandersetzung mit der rechten Strömung um Brandler und Thalheimer wurde bis März 1929 abgeschlossen. Insgesamt wurden dabei ca. 6000 Mitglieder ausgeschlossen - sie sollten die Basis der KPO, der rechten Opposition im deutschen Kommunismus bilden.<sup>110</sup> Damit war die Stalinisierung der KPD weitgehend abgeschlossen. Sie verwirklichte „den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß an innerer Demokratie, die zugleich von inneren Fraktionskämpfen zerrissen ist, in eine Partei mit zentralisierter Befehlsgewalt“<sup>111</sup>. Diese Veränderung der inneren Struktur vollzog sich parallel mit dem zusehends von Moskau gesteuerten Funktionswandel der Partei, deren Politik innerhalb dieses Prozesses immer offener durch die Weisungen der KPdSU bestimmt war.

Die linke Opposition in Deutschland begann nach ihrer weitgehenden Verdrängung aus der Partei ab 1927, Strukturen außerhalb der KPD aufzubauen. So fand bereits im Oktober desselben Jahres eine eigene Reichskonferenz statt, die als wichtigste Aufgabe die Forcierung der Zusammenarbeit der linken Kommunisten im internationalen Maßstab beschloss.<sup>112</sup> Ab 1928 sollte die Bildung einer eigenständigen Organisation konkrete Formen annehmen. Diese Absicht stellt jedoch einen klaren Bruch mit dem bis dahin im deutschen Kommunismus fest etablierten Legitimationsanspruch des bolschewistischen Machtmonopols dar. Die Leninsche Grundthese, dass eine Avantgarde von Berufsrevolutionären als Kern einer Partei das Klassenbewusstsein in die Arbeiterschaft hineinzutragen habe, schloss das Nebeneinander zweier kommunistischer Parteien praktisch aus. Dennoch kam es im März 1928 zur Gründung einer neuen Organisation - dem Leninbund. Er fasste mehrere Strömungen des deutschen Linkskommunismus zusammen. Als Vorsitzender fungierte Hugo Urbahns, ein norddeutscher Kommunist, der beim Hamburger Aufstand 1923 eine bedeutende Rolle einnahm, bis 1925 inhaftiert wurde und sich nach seiner Freilassung der linken Opposition anschloss.<sup>113</sup> Zum Zeitpunkt der Gründung konnte der Leninbund eine geschätzte Mitgliederzahl von

---

<sup>109</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 198

<sup>110</sup> Vgl. ebd., S. 220

<sup>111</sup> Ebd., S. 8

<sup>112</sup> Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 82

<sup>113</sup> Vgl. Herbst, Andreas/ Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004, S. 811-812

5000 bis 6000 aufweisen.<sup>114</sup> Im Selbstverständnis sah sich die Organisation allerdings nicht als neue Partei, sondern als Sammlungsbewegung der linken Opposition, die auf der Grundlage des Leninismus eine Wiedervereinigung des Kommunismus anstrebte.<sup>115</sup> Das bedeutete, „...organisatorisch die Liquidation der kommunistischen Parteien mit allen Kräften zu verhindern, solche organisatorischen Maßnahmen zu treffen, dass kommunistische Organisationen bestehen bleiben, auch wenn die Stalinisten zur Liquidation der von ihnen abhängigen Parteien schreiten...“<sup>116</sup>. Somit war das Hauptaugenmerk der politischen Ziele des Leninbundes auf das Erreichen einer Gesundung der kommunistischen Bewegung gelegt. Allerdings bestand schon von Anfang an in Teilen der Mitgliederschaft die Tendenz zur Bereitschaft, im Falle des Scheiterns der genannten Zielstellung die Organisation als Gerüst einer zukünftigen Partei zu führen.<sup>117</sup>

Im Selbstverständnis sah sich der Leninbund seit seiner Gründung als „legitimer Sachverwalter des Trockijischen Gedankenguts“<sup>118</sup> in Deutschland. Jedoch entwickelten sich schon sehr schnell grundlegende politische und taktische Differenzen zwischen Trotzki und der Reichsleitung, welche dieses Verhältnis in Frage stellen sollten. Der Hauptstreitpunkt fußte auf unterschiedlichen Ansichten über den sozialen Charakter der SU und die Frage der Reformierbarkeit der kommunistischen Bewegung. Nach der Ausweisung Trotzki nach Prinkipo (Türkei) 1929 benannte eine Resolution des Leninbundes den Sowjetstaat offen als „Thermidor“. Dies ging weit über Trotzki's damalige Einschätzung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaates hinaus. Die Grundlagen der Klassenherrschaft des Proletariats sah er zu diesem Zeitpunkt nicht angetastet. Der „Thermidor“ bedeutete für ihn den Machtübergang von einer Klasse zur anderen im Sinne einer bürgerlichen Konterrevolution, die notwendigerweise aus einem Bürgerkrieg hervorgeht.<sup>119</sup> Die Führung des Leninbundes um Urbahns ging jedoch nicht von einem engen Gebrauch des Begriffs aus und formulierte die These, dass die offene Konterrevolution noch nicht gesiegt habe und forderte das russische Proletariat zum Kampf um den Erhalt seiner Freiheitsrechte auf. Trotzki, der die internationale Linksopposition auf eine einheitliche Linie bringen wollte, kritisierte die theoretische Zweideutigkeit in der

---

<sup>114</sup> Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 102

<sup>115</sup> Vgl. ebd., S. 94

<sup>116</sup> SAPMO RY5/I6/10/83, „Über die Aufgaben der Linken Kommunisten“, Entwurf einer Resolution v. Januar 1928, S.2

<sup>117</sup> Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 95

<sup>118</sup> Ebd., S. 155 (Schreibweise lt. Original)

<sup>119</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 20

Haltung der Reichsführung sowie die politischen Schwankungen innerhalb des Leninbundes.<sup>120</sup> Der Konflikt um die Deutung des Charakters des Sowjetstaates verschärfte sich weiter im Sommer 1929 in der Diskussion um die militärischen Auseinandersetzungen um die Ostchinesische Eisenbahn. China erhob damals Anspruch auf die von der Sowjetregierung in Konzession betriebenen Bahn, die während der zaristischen Herrschaft in der Mandschurei erbaut wurde. Einige europäische linksoppositionelle Gruppen sowie die Mehrheit des Leninbundes vertraten die Ansicht, dass die SU die Bahn abgeben müsse. Die Weigerung Stalins verstanden sie als Beweis des imperialistischen Charakters seiner Politik. Zur Überraschung vieler Mitstreiter und Sympathisanten verteidigte Trotzki das prinzipielle Vorgehen der Sowjetregierung.<sup>121</sup> Da die SU für ihn trotz der immer wieder kritisierten bürokratischen Entartung noch immer einen Arbeiterstaat verkörperte, sah er als Kommunist keine andere Wahl, als die wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Landes, auf das er nach wie vor seine Hoffnung als Ausgangspunkt der Internationalisierung der Revolution setzte, zu verteidigen.

Die Auseinandersetzungen mit dem Leninbund sollten sich weiter zuspitzen, als sich die Führung um Urbahns in der Frage der Gewerkschaftstaktik der rechten Opposition der KPD, der KPO, annäherte. Trotzki, seit 1923 entschiedener Gegner und Kritiker der Strömung um Brandler und Thalheimer, verurteilte dieses Vorgehen. Obwohl sich die politischen Ansichten der Trotzkiisten und der KPO in einer Reihe von Fragen ähnelten<sup>122</sup>, war das Verhältnis beider Gruppierungen unversöhnlich.<sup>123</sup> Auch die Kritik des Leninbundes an der Kapitulation einer Gruppe sowjetischer Trotzkiisten um Christian Rakowsky vor der KPdSU 1929, die Trotzki „unter dem Eindruck der damaligen Krise in der Sowjetunion“<sup>124</sup> unter Vorbehalt billigte, bezeugte die Tendenz einer wachsenden Entfremdung. Diese aufgrund theoretischer Differenzen entstehende Auseinanderentwicklung war im Kern auf eine entscheidende Frage zurückzuführen: Reformierbarkeit der KPD/Komintern oder Gründung einer neuen Partei. Im Leninbund begann sich zunehmend die Auffassung durchzusetzen, als Sammlungsbewegung ausgeschlossener Kommunisten die Grundlage zur Schaffung einer neuen

---

<sup>120</sup> Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 156-157

<sup>121</sup> Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 63 ff.

<sup>122</sup> So kritisierten KPO und LO gemeinsam die bürokratische Erstarrung der KPD, traten für deren Reform ein und lehnten die Forderung nach Schaffung einer neuen Kommunistischen Partei ab. Beide Organisationen forderten eine Einheitsfront gegen die Bedrohung der Arbeiterklasse durch den Nationalsozialismus. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 115

<sup>123</sup> Zum Verhältnis und den Auseinandersetzungen Trotzki mit der KPO vgl. ebd., S. 115 ff.

<sup>124</sup> Ebd., S. 22

KP zu schaffen.<sup>125</sup> Damit war der Bruch mit Trotzki faktisch vollzogen. Die Ausrichtung der von ihm organisierten, internationalen Linksoption lag klar auf dem Grundsatz der Reformierung der Komintern und der nationalen kommunistischen Parteien. Die trotzkistische Minderheit in der Reichsleitung<sup>126</sup> wurde Ende 1929 aus der Führungsstruktur<sup>127</sup> und Anfang 1930 aus der Gesamtorganisation<sup>128</sup> ausgeschlossen. Interessanterweise spielte bei dieser Trennung neben den sicherlich entscheidenden, taktischen Differenzen ein weiterer Aspekt eine Rolle, der als „Vorgesmack“ der Art der Bekämpfung der linken Opposition nicht den letzten Versuch der Unterwanderung durch Geheimagenten im deutschen Trotzismus darstellen sollte. Wolfgang Alles erwähnt, dass der damalige Sekretär Trotzki, Jakob Frank<sup>129</sup>, als stalinistischer GPU-Agent in der Bewegung aktiv war und seine Position nutzte, auf die Trennung vom Leninbund zu drängen.<sup>130</sup> Er sollte später auch Verbindung zu jenen „agents provocateurs“ unterhalten, die als Mitglieder der Leipziger Sektion der VLO die Entwicklung der trotzkistischen Organisation in Deutschland nachhaltig beeinflussen sollten.<sup>131</sup>

Die Trennung vom Leninbund bildete die Voraussetzung zur Bildung einer eigenen Organisation. Trotzki, der von Prinkipo aus die Bildung einer internationalen Linksoption auf der Grundlage seiner Konzeptionen zu organisieren versuchte, entsandte im Sommer 1929 einen Anhänger aus Frankreich sowie Kurt Landau, einen österreichischen Linkskommunisten, nach Deutschland, um Kontakt mit dem Leninbund sowie Restgruppen der sog. Weddinger Opposition aufzunehmen.<sup>132</sup> Diese „ultralinke Arbeitergruppe“<sup>133</sup> entstand auf dem V. Weltkongress der Komintern 1924 aus der Distanzierung zur damaligen Fischer-Maslow-Führung, in deren Politik die Ursache für die Isolierung der Partei von der Arbeiterschaft gesehen wurde. Teile der Weddinger Opposition initiierten die „Erklärung der 700“ vom September 1926, die einen wesentlichen Grund der Annäherung zwi-

---

<sup>125</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 22-23

<sup>126</sup> Das waren Anton Grylewicz und Joko (d.i. Joseph Kohn). Vgl. ebd., S. 18

<sup>127</sup> Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 175

<sup>128</sup> Vgl. ebd., S. 177

<sup>129</sup> J. Frank (alias Max Gräf): Der gebürtige Litauer gelangte über die KPÖ in die trotzkistische Bewegung und war 1929 bei Trotzki auf Prinkipo als Sekretär tätig. Es besteht der Verdacht, dass Frank durch Verrat an der Festnahme von Jakob Blumkind nach einem Treffen dessen mit Trotzki auf Prinkipo 1929 beteiligt war. Blumkind wurde nach seiner Festnahme als erster Oppositioneller trotzkistischer Tendenz in der SU ermordet. Vgl. hierzu Schafranek, Hans (FN 5), S. 135 ff.

<sup>130</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 20-21

<sup>131</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 145

<sup>132</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 24-25

<sup>133</sup> Weber, Hermann (FN 4), S. 19

schen Trotzki und der deutschen Linken bildete.<sup>134</sup> Zusammen mit der aus dem Leninbund ausgeschlossenen Minderheit um Joko und Grylewicz sollte sie das Grundgerüst der ersten trotzkistischen Organisation in Deutschland bilden.

### 3.2. Linke Opposition in Leipzig

Die im letzten Unterkapitel beschriebene Entstehung und Ausdifferenzierung der linken Opposition der KPD verlief in den einzelnen Parteibezirken nach den gleichen Grundmustern und Entwicklungsstadien. Dennoch sind bei Betrachtung der Geschichte des Linkskommunismus die spezifischen Voraussetzungen und Bedingungen auf lokaler Ebene zu beachten, welche als günstige oder hemmende Faktoren der Herausbildung innerparteilicher Fraktionen festzustellen sind und die durchaus differenzierte Entwicklung der linken Opposition in einzelnen Städten oder Bezirken erklären. So soll dargestellt werden, dass die Entstehung einer der wichtigsten trotzkistischen Gruppierungen Deutschlands in Leipzig aus den dortigen spezifischen Bedingungen und der innerparteilichen Entwicklung im Bezirk Westsachsen zu erklären ist.

Leipzig war traditionell eine Hochburg der SPD. In der westsächsischen Industrie- und Handelsmetropole verkörperte die fest im etablierten sozialdemokratischen Milieu verankerte Arbeiterbewegung im nationalen Maßstab eine der stabilsten und zahlenstärksten Mitgliederschaften der Partei.<sup>135</sup> Dieses subkulturelle Milieu bestand aus einem umfangreichen und alle Lebensbereiche und Lebensabschnitte umfassendem Netzwerk von Organisationen.<sup>136</sup> Im Gegensatz dazu konnten die Kommunisten nur einen geringen Teil der organisierten Arbeiterschaft an sich binden. So überstieg die Mitgliederzahl der SPD in Leipzig das mit sechs- bis siebentausend Parteizugehörigen angegebene Potential der KPD um das Fünffache. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter war zu Beginn der zwanziger Jahre über die USPD den Weg zurück zu ihrer alten Partei gegangen. Dies erklärt die Dominanz der Linken in der Leipziger Sozialdemokratie, die sich theoretisch dem Austromarxismus verbunden sah.<sup>137</sup> Die Hinwendung der von den Kommunisten umworbenen USPD-Mitgliederschaft zur SPD sowie die ungewöhnlich starke Ausprägung eines sozialdemokratisch geprägten, subkulturellen Arbeitermilieus limitierten die Chancen der KPD zur Erreichung

---

<sup>134</sup> Vgl. Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 61-62

<sup>135</sup> Vgl. La Porte, Norman (FN 13), S. 73

<sup>136</sup> Zur Beschreibung des sozialdemokratischen Arbeitermilieus in Leipzig siehe Adam, Thomas: Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871-1933, Köln 1999

<sup>137</sup> Vgl. Kinner, Klaus (FN 9), S. 135-136

eines bedeutenden Masseneinflusses. Diese spezielle Konstellation, aber auch die Erfahrungen der Niederlage der sächsischen Arbeiterregierung 1923 bildeten die Grundlage für die starke Stellung der Ultralinken in der kommunistischen Arbeiterschaft in Leipzig. Die Hegemonie der lokalen Sozialdemokratie sowie die starke Ausprägung ihres linken Flügels bildete den „Nährboden für die Tendenz“<sup>138</sup>, die gegnerische Arbeiterpartei „links überholen zu wollen“<sup>139</sup>: „So war es nicht zufällig, dass Westsachsen seit Ende 1923 eine Hochburg der ‚Ultralinken‘ wurde und es als eine ihrer letzten Bastionen bis 1927 blieb.“<sup>140</sup> Ähnlich argumentiert Norman La Porte, der die Etablierung dieser ultralinken Strömungen als eine Konsequenz der lokalen Stärke der Sozialdemokratie wertet: “It will be argued that where the Saxon KPD was unable to exert any significant political influence within the SPD-dominated workers movement, an ultra-left variant of German communism developed which aimed to achieve its political goals independently of and in outright hostility to the SPD. This was the case in the party district of West Saxony.”<sup>141</sup>

In Leipzig und den umgebenden Ortschaften war diese ultralinke Strömung durch die Vogt-Gruppe vertreten. Als ein Bestandteil der Weddinger Opposition konnte sich diese Gruppierung auf eine breite Basis in der kommunistisch orientierten Arbeiterschaft stützen und beherrschte Mitte der zwanziger Jahre weitgehend den KPD-Bezirk Westsachsen.<sup>142</sup> Die besondere Stellung der Ultralinken in der Leipziger Partei war nicht zuletzt auf die herausragende Persönlichkeit ihres Sprechers, Arthur Vogt, zurückzuführen. Er gelangte, wie auch weitere führende Vertreter dieser Strömung in Westsachsen<sup>143</sup>, über die USPD in die Kommunistische Partei und schloss sich Mitte der zwanziger Jahre den Ultralinken an.<sup>144</sup> Seine Fähigkeiten und ein politisches Gespür, sich anbahnende Konflikte innerhalb der Opposition geschickt lösen zu können und durch eine anpassungsfähige und gegebenenfalls gemäßigte Politik viele Funktionäre in die eigenen Reihen integrieren zu können, ermöglichte die Erreichung eines bedeutenden Einflusses unter den Kommunisten.<sup>145</sup> Wie offensichtlich die herausragende Position dieser Strömung im Raum Westsachsen in den Jahren

---

<sup>138</sup> Kinner, Klaus (FN 9), S. 136

<sup>139</sup> Ebd., S. 136

<sup>140</sup> Ebd., S. 136

<sup>141</sup> La Porte, Norman (FN 13), S. 39-40

<sup>142</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 156

<sup>143</sup> So kamen beispielsweise Otto Albert Voigt und William Zipperer, wichtige Vertreter der Leipziger Ultralinken, ebenfalls über die USPD in die KPD. Vgl. Herbst, Andreas/ Weber, Hermann (FN 113), S. 821 und S. 899

<sup>144</sup> Vgl. ebd., S. 819-820

<sup>145</sup> Vgl. La Porte, Norman (FN 13), S. 144

1925 und 1926 war, belegen nicht nur überlieferte Dokumente der KPD<sup>146</sup> sowie Quellen über parteiinterne Abstimmungen<sup>147</sup>, sondern auch die Tatsache, dass die oftmals ideologisch geprägte, offizielle DDR-Geschichtsschreibung den Stellenwert und den Einfluss der Ultralinken in Leipzig nicht verschweigen konnte.<sup>148</sup> Die Vogt-Gruppe dominierte jedoch nicht nur den lokalen Parteiapparat, sondern auch die der KPD nahe stehenden Organisationen wie die Rote Hilfe oder den Roten Frontkämpfer-Bund.<sup>149</sup>

Die Leipziger Ultralinke konnte zum Zeitpunkt ihrer lokalen Hegemonialstellung nicht als genuin „trotzkistisch“ bezeichnet werden. Dennoch vertrat sie eine Politik, die in einigen wesentlichen Positionen mit den Kritikpunkten Trotzkis am Stalinismus übereinstimmten und auf eine Annäherung an die „Vereinte Opposition“ in der SU orientierten: „The Vogt Group’s factional platform called for an open discussion on the ‚Russian Question‘, in which it supported the ‚Joint Opposition’s‘ criticism of ‚socialism in one country‘... .”<sup>150</sup> Sie war damit maßgeblich verantwortlich für einen kritischen Umgang mit dem Stalinismus und der Auseinandersetzung und Annäherung an zumindest dem Trotzkismus nahe stehende Positionen in Teilen der westsächsischen Arbeiterschaft. Auch die Verweigerung der Gruppe um Vogt, die als “Brief der 700” bekannt gewordene Solidaritätserklärung für die sowjetische Opposition zu unterstützen, änderte nichts an dieser Grundposition. Die Ablehnung der gemeinsamen Aktion der linken Kommunisten, die von Teilen der nichtsächsischen Weddinger Opposition mitinitiiert wurde, war eine Konsequenz der feindlichen Haltung der Leipziger gegenüber Fischer und Maslow, die das Papier ebenfalls unterschrieben.<sup>151</sup> Die Nichtbeteiligung der sächsischen Ultralinken verkörperte somit keinesfalls die Kapitulation vor der Parteiführung, sondern erwies sich als ein taktisches Manöver zur Aufrechterhaltung der Einheit der Leipzi-

---

<sup>146</sup> Ein Bericht vom August 1926 über den Bezirk Westsachsen legt dar, dass nur ein Viertel der Parteimitglieder in Betriebszellen, drei Viertel dafür in Straßenzellen organisiert waren. Die Straßenzellen galten als dominanter Schwerpunkt der Vogt-Gruppe. Vgl. SAPMO RY12/5/1 Bl. 49

<sup>147</sup> So stimmten auf den Leipziger Stadtteilkonferenzen der KPD im Juni 1926, als der innerparteiliche Kampf gegen die Linken und Ultralinken bereits im Gange war, lediglich 282 Delegierte für die offizielle Kominternlinie und 337 für die Ultralinken. Vgl. Arndt, Helmut: Ernst Thälmann und die revolutionäre Arbeiterbewegung Leipzigs. Eine Dokumentation zu seinem 100. Geburtstag, in: Sohl, Klaus (Hrsg.): Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig 1986, S. 16

<sup>148</sup> Vgl. ebd., S. 7-33 sowie Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Leipzig der SED (Hrsg.): In der Revolution geboren. In den Klassenkämpfen bewährt. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Leipzig-West Sachsen, Leipzig 1986

<sup>149</sup> Vgl. La Porte, Norman (FN 13), S. 165-167

<sup>150</sup> Ebd., S. 142

<sup>151</sup> Vgl. Weber, Hermann (FN 4), S. 162

ger Gruppe als eine innerparteiliche Fraktion.<sup>152</sup>

Mit der Machtübernahme Thälmanns in der KPD im September 1925 begann der interne Kampf gegen die linke und ultralinke Opposition. In Westsachsen wurde diese Auseinandersetzung mit einer Reihe administrativer Maßnahmen eingeleitet, um den Aktionsradius der Gruppe um Vogt zu verringern. Zunächst wurde die von den Ultralinken beherrschte Stadtleitung Groß-Leipzig aufgelöst und die Verantwortung dem Aufgabenbereich der Bezirksleitung übertragen. An Stelle der zwölf alten Stadtbezirke wurden allerdings Anfang 1926 nur noch sieben Stadtteileitungen gebildet. Gleichzeitig wurde die Umstellung der Parteiorganisation von Straßenzellen, die als ausgesprochene Hochburgen der Opposition galten, auf Betriebszellen vorangetrieben.<sup>153</sup> Bei Delegiertenwahlen wurde der Wahlmodus dahingehend angepasst, dass die Ultralinken weniger Kandidaten entsenden konnten, als es ihrer nominellen Stärke entsprach. Parallel zu diesen zentralen Maßnahmen entfachte die Parteipresse eine Kampagne gegen die Gruppe Vogt, der parteischädigendes Verhalten sowie Verrat an der bolschewistischen Revolution unterstellt wurde.<sup>154</sup> Trotz der Fülle dieser Repressionen war der Parteiapparat erst im Verlauf des Jahres 1927 imstande, den Einfluss der Opposition im Großraum Leipzig entscheidend zu schwächen. Dem westsächsischen Flügel der Weddinger Opposition war es bis dahin teilweise sehr erfolgreich gelungen, die offizielle Parteistruktur zu unterwandern und zur Aufrechterhaltung der politischen Arbeit parallele Ersatzstrukturen zu schaffen.<sup>155</sup> Erst die Absetzung Vogts als Orgleiter, sein zeitweiliger Ausschluss aus der Partei und ein Gefängnisaufenthalt<sup>156</sup> sowie die Kapitulation eines Teils seiner Anhängerschaft vor dem Parteiapparat Ende des Jahres 1927<sup>157</sup> konnten die Kräfteverhältnisse in Westsachsen zugunsten der moskautreuen Führung entscheidend verändern. Allerdings besteht in der Forschung Uneinigkeit darüber, inwieweit die Leipziger Ultralinke einen beschränkten Einfluss aufrechterhalten konnte. Während Hermann Weber das Ende der Opposition allgemein spätestens seit Anfang 1928 festlegte, geht La Porte von einem Fortbestehen und weiteren Wirken in begrenztem Umfang aus: „The Vogt Group had not simply dissolved itself because of all lack of support among the mem-

---

<sup>152</sup> Vgl. La Porte, Norman (FN 13), S. 153

<sup>153</sup> Vgl. Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Leipzig der SED (Hrsg.): In der Revolution geboren. In den Klassenkämpfen bewährt. Geschichte der KPD- Bezirksorganisation Leipzig-West Sachsen, Leipzig 1986, S. 135

<sup>154</sup> Vgl. La Porte, Norman (FN 13), S. 143-144

<sup>155</sup> Vgl. ebd., S. 161-162

<sup>156</sup> Vgl. Herbst, Andreas/ Weber, Hermann (FN 113), S. 820

<sup>157</sup> Vgl. La Porte, Norman (FN 13), S. 164-165



bership, as earlier studies thought. Access to ‚new‘ documentation demonstrates that the Vogt Group continued to exercise unbroken *de facto* control at local level, at least in Leipzig stronghold.”<sup>158</sup> Diese These belegt auch ein Bericht des KPD-Bezirks Westsachsen, welcher dem nach seiner Wiederaufnahme in die Partei und nach zeitweiliger Versetzung ins Ruhrgebiet<sup>159</sup> zurückgekehrten Vogt 1928 erneut parteifeindliches Verhalten vorwarf und von der Opposition weitere Auseinandersetzungen erwartete.<sup>160</sup>

Die westsächsischen Anhänger der Weddinger Opposition sollten jedoch nur einen Teil jenes Potentials bilden, welches 1930 in Leipzig eine der mitgliederstärksten Gruppierungen innerhalb der deutschen trotzkistischen Organisation gründete. Sicherlich nicht unbeeinflusst von der Politik der Ultralinken, jedoch außerhalb ihrer Reihen, konstituierte sich 1928 die Gruppe „Bolschewistische Einheit“ als eine der ersten lokalen trotzkistischen Organisationen in Deutschland. Die Gründung dieser Gruppe war nicht unwesentlich durch die Initiative des litauischen Geschwisterpaars Sobolevicius<sup>161</sup> erfolgt, die, wie sich später herausstellte, als stalinistische GPU-Agenten in die oppositionelle kommunistische Bewegung in Deutschland eingeschleust wurden.<sup>162</sup> Es ist allerdings strittig, ab welchem Zeitpunkt die Geschwister für den stalinistischen Geheimapparat aktiv waren.<sup>163</sup> Im Oktober 1927 knüpften sie Kontakt mit Otto Schüssler<sup>164</sup> sowie Erwin Ackerknecht, der als Medizinstudent eine kleine kommunistische Studentengruppe (Kostufra) führte<sup>165</sup> und seit 1926 mit den Ideen Trozki sympathisierte.<sup>166</sup> Diese Gruppe, der zeitweilig auch Roman Well angehörte<sup>167</sup>, konnte in der Leipziger Studentenschaft kaum nennenswerten Einfluss erringen. Sie besitzt aber dahingehend Bedeutung, dass Studenten zunächst das Grundgerüst der „Bolschewistischen Einheit“

---

<sup>158</sup> La Porte, Norman (FN 13), S. 168

<sup>159</sup> Vgl. Herbst, Andreas/ Weber, Hermann (FN 113), S. 820

<sup>160</sup> Vgl. SAPMO RYI 3/10/116, Tätigkeitsbericht des Bezirkes Westsachsen v. März 1928, Bl. 269

<sup>161</sup> Das waren Roman Well (Ruvins Sobolevicius) und Adolf Senin (Abraham Sobolevicius).

<sup>162</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 226-227

<sup>163</sup> Beispielsweise ging Erwin Ackerknecht, später ein führendes Mitglied der Leipziger Trotzkisten, von einer Agentenschaft des Geschwisterpaars seit 1927/1928 aus. Dagegen zweifelt Schafranek aufgrund des damaligen Verhaltens der Gebrüder Sobolevicius sowie aufgrund der Tatsache der politischen Isolation der „Bolschewistischen Einheit“ eine zeitige Agentenschaft an. Der Leninbund, zu dem die Leipziger Trotzkisten zunächst nicht beitreten wollten, hätte aufgrund der stalinistischen Wahrnehmung als deutsche Organisation der Trotzkisten ein wesentlich umfangreicheres Betätigungsfeld für Spionage- und Zersetzungstätigkeiten gebildet. Vgl. ebd., S. 227-228

<sup>164</sup> Vgl. <http://www.marxists.org/history/etol/revhist/supplem/schussle.htm>

<sup>165</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 246

<sup>166</sup> Vgl. Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 147

<sup>167</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 226

bildeten, die zunächst lediglich aus ca. zehn Personen bestand.<sup>168</sup> Hier offenbart sich ein entscheidender Unterschied zur Gruppe Vogt. Während diese eine fest in der lokalen kommunistischen Bewegung verankerte Opposition erfahrener und angesehener Arbeiter verkörperte, bildete den Kern der „Bolschewistischen Einheit“ ein kleiner Kreis junger Intellektueller, die bis dahin innerhalb der KPD gar nicht oder nur unwesentlich durch linksoppositionelle Tätigkeiten aufgefallen waren. Dass in den ab 1930 in der deutschen trotzkistischen Organisation einsetzenden Auseinandersetzungen den Leipzigern der Vorwurf der Bildung einer „Intellektuellenleitung“<sup>169</sup> gegenüber den in anderen lokalen Gruppen typischen Arbeiterleitungen unterstellt wurde, belegt die außergewöhnliche Stellung dieser späteren Führungsschicht unter den westsächsischen Trotzkisten sowie innerhalb der gesamten Bewegung.

Über die Gründung der „Bolschewistischen Einheit“ existieren kaum dokumentierte Unterlagen. Der Erlebnisbericht eines oppositionellen Kommunisten über die Konstituierung einer solchen Gruppe liefert jedoch zumindest Anhaltspunkte über Probleme und Grundstimmungen bei der Formierung dieser oppositionellen Zusammenschlüsse: „Wie in der Sowjetunion und anderen Ländern bildeten sich auch in Deutschland Gruppen, die sich als Anhänger Trotzki bezeichneten. Sie entstanden nicht zentral gelenkt, sie benannten sich oft nicht nach Trotzki, sondern nach Lenin. Wir sahen in Trotzki Politik keine neue Lehre, sondern die richtige Anwendung der Lehre Lenins. [...] Die Bildung der Trotzki-Gruppen war naturgemäß sehr schwierig. Die Informationen über die Machtkämpfe innerhalb der KPdSU waren nicht nur sehr spärlich, sie waren auch schwer durchschaubar. Über die wirklichen Hintergründe, die Notlage der russischen Bevölkerung, über die brutale Form der von Stalin, gegen den Willen Trotzki, angeordneten Zwangskollektivierung, die den Widerstand der Bauernschaft zur Folge hatte und zum Niedergang der russischen Landwirtschaft führte, erfuhren wir nur aus feindlich eingestellten Zeitungen.“<sup>170</sup>

Die anfangs auf eine kleine Anzahl von Mitgliedern beschränkte „Bolschewistische Einheit“ versuchte zunächst, sowohl links- als auch rechtsoppositionelle Kommunisten in die eigenen Reihen zu integrieren.<sup>171</sup> Dies stimmte keineswegs mit den Vorstellungen Trotzki zur Bildung einer interna-

---

<sup>168</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 226

<sup>169</sup> IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 962, Brief der Leipziger LO-Gruppe an das Sekretariat der Internationalen Linksopposition v. 3. Februar 1931, S.1

<sup>170</sup> Retzlaw, Karl (FN 12), S. 327

<sup>171</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 19

tionalen Opposition auf der Grundlage seiner Konzeptionen überein und ist wohl zuerst auf die politische Unerfahrenheit der Gruppe zurückzuführen, welche die politischen und theoretischen Differenzen zu den „Brandleristen“ sowie deren ausgesprochen feindliches Verhältnis zu Trotzki unterschätzte, dies später auch als Fehler anerkannte.<sup>172</sup> Erst die Gewinnung zweier lokaler kommunistischer Ortsgruppen, Thekla und Podlewitz, sowie die steigende Einflussnahme in einigen Betriebszellen<sup>173</sup> erbrachte den Anstieg der Mitgliederzahl auf ca. 50 Personen.<sup>174</sup> Es ist wahrscheinlich, dass diese hinzugewonnenen Gruppen aus dem Umfeld des westsächsischen Teils der Weddinger Opposition stammten.<sup>175</sup> Aufgrund der geringen Mitgliederzahl agierte die Organisation zunächst weitestgehend isoliert und relativ unbehelligt von den Sanktionsmechanismen des Parteiapparates. Der Leiter der Theklaer Organisation, Fritz Büchner, später ein führendes Mitglied unter den Leipziger Trotzkisten, war selbst 1929 noch als Funktionär der KPD-Bezirksleitung Leipzig aktiv.<sup>176</sup> Erst die Auflösung der „selbstgewählten Isolierung“<sup>177</sup> der „Bolschewistischen Einheit“ durch den Anschluss an den Leninbund im Juni 1929, dessen Politik sie zunächst skeptisch gegenüberstand, entfachte eine größere Aufmerksamkeit des KPD-Apparates und ließ erste Parteiausschlüsse innerhalb der Gruppe folgen.<sup>178</sup> Mit dem Ausschluss der Minderheit aus dem Leninbund Anfang 1930 sollte die „Bolschewistische Einheit“ die Basis der Leipziger Gruppe der im gleichen Jahr gegründeten Vereinigten Linken Opposition, der ersten landesweiten trotzkistischen Organisation in Deutschland, bilden.

Die Mitgliedschaft im Leninbund nutzte vor allem Roman Well zur Etablierung seiner Position in der trotzkistischen Bewegung. Korrespondenzen vermeintlicher politischer Mitstreiter mit Trotzki

---

<sup>172</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 227

<sup>173</sup> Vgl. Der Kommunist, Sonderbeilage zu Nr. 4, 1. Jg. (1930), „Die Linke Opposition in Sachsen“, S. 3

<sup>174</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 226

<sup>175</sup> Ein direkter Verweis der Zugehörigkeit beider Ortsgruppen zur Gruppe Vogt ist aus den verwendeten Dokumenten nicht zu finden. Der Hinweis Ackerknechts der Aufnahme „2er alter linker Grüppchen“ [Schafranek, Hans (FN 5), S. 226] in die „Bolschewistische Einheit“, die antistalinistische Ausrichtung der Gruppe Vogt sowie deren breite Anhängerschaft unter den westsächsischen Kommunisten lassen dies jedoch zumindest vermuten. Rüdiger Zimmermann erwähnt außerdem, dass zur Gründung der VLO auch ein Teil der sächsischen Weddinger Opposition beteiligt war. Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 233-234. Eine Resolution der Reichsleitung der VLO von 1931 berichtet außerdem davon, dass zumindest die Gruppe Büchner (Thekla) aus der zerfallenden Vogt-Strömung hervorgegangen ist. Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 989: Resolution der RL der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) v. 7. Mai 1931

<sup>176</sup> Vgl. Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Leipzig der SED (Hrsg.) (FN 153), S. 219

<sup>177</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 228

<sup>178</sup> Vgl. Der Kommunist, Sonderbeilage zu Nr. 4, 1. Jg. (1930), „Die Linke Opposition in Sachsen“, S. 3

verwiesen wiederholt auf die außergewöhnlichen politischen Fähigkeiten und den Fleiß des jungen Medizinstudenten sowie den spürbaren Aufschwung, den die Leipziger Gruppe zu dieser Zeit nahm. Doch bereits für diese frühe Phase stellt Schafranek eine „operative Mehrgleisigkeit“<sup>179</sup> sowie einen „Geist kleinlicher fraktioneller Rivalitäten“<sup>180</sup> bei Well fest, die durchaus im Einklang mit einer zu vermutenden Agententätigkeit zu werten sind. Seine Aktivitäten richteten sich dabei vor allem gegen den von Trotzki zur Sammlung der linksoppositionellen Kräfte nach Deutschland entsandten Kurt Landau sowie auf die versuchte Übernahme des Vertriebs des Publikationsorgans der russischen Trotzkisten in Deutschland, welche die Kontrolle des illegalen Kommunikationsflusses der Opposition in der SU mit ihren europäischen Anhängern mit sich gebracht hätte.<sup>181</sup> Diese ersten Schritte einer Unterwanderungs- und Zersetzungstaktik durch die sächsischen Geheimagenten sollten jedoch nur den Beginn einer Reihe von Maßnahmen darstellen, mit welchen die Anhänger Trotzki in Deutschland in den darauf folgenden Monaten konfrontiert werden sollten.

---

<sup>179</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 229: So spielte Well nach dem Auftauchen seines litauischen Landsmannes und ebenfalls vermutlichen GPU Agenten Jakob Frank 1929 in Deutschland in dessen Auseinandersetzung mit Kurt Landau nach außen die neutrale Vermittlerrolle. In Briefwechseln mit Trotzki unterstützte er aber das Vorgehen von Frank und trat für eine Funktionsenthebung von Landau ein. Vgl. ebd., S. 229

<sup>180</sup> Ebd., S. 231

<sup>181</sup> Vgl. ebd., S. 228-230

## **4. Entwicklung der trotzkistischen Linksopposition bis 1933**

### **4.1. Die Gründung der VLO**

Einige Wochen nach der Trennung vom Leninbund konstituierte sich am 30. März 1930 die „erste, eigentlich trotzkistische Organisation“<sup>182</sup> in Deutschland - die Vereinigte Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). Diese Vereinigung der aus dem Leninbund ausgeschlossenen Minderheit und der inzwischen mit Kurt Landau verbundenen Weddinger Opposition war vor allem den wiederholten Appellen Trotzki geschuldet, der von Prinkipo aus auf die Formierung einer handlungsfähigen Linksopposition drängte. Die Orientierung an dessen politischer und moralischer Autorität unter seinen deutschen Anhängern ist deshalb umso höher zu bewerten, da sich bereits im Vorfeld der Gründungskonferenz grundlegende persönliche Differenzen und ein rivalisierendes Verhältnis zwischen den beiden Gruppierungen abzeichneten.<sup>183</sup> Die auf dem Grundsatz der Parität gebildete VLO bestand zunächst aus den Ortsgruppen Berlin, Leipzig, Bautzen, Bruchsal, Hamburg, Königsberg, Ludwigshafen sowie Hamborn und umfasste eine ungefähre Mitgliederzahl von 200 Personen. In der auf der Vereinigungskonferenz gebildeten Reichsleitung wurden zwei Vertreter der westsächsischen Trotzkisten, Roman Well und Fritz Büchner, gewählt.<sup>184</sup>

Auf der Gründungsveranstaltung verabschiedete die VLO eine Proklamation an die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die das Selbstverständnis sowie die politische Ausrichtung der deutschen Trotzkisten darstellen sollte: Die Politik der Komintern und der KPD seit dem Oktoberaufstand von 1923 verkörpere demnach eine stetige Entfernung von den Grundsätzen des revolutionären Marxismus. Die vollzogenen Kurswechsel innerhalb der kommunistischen Bewegung von ultralinks bis rechts basierten somit nicht auf einer marxistischen Einschätzung der Lage, sondern entsprachen dem jeweiligen Fraktionsinteresse des Stalinschen Apparates, dessen Politik „unvereinbar ist mit den Lehren von der Internationalität der proletarischen Revolution und des Kommunismus“<sup>185</sup>. Doch auch die Linke in der KPD, gewappnet mit „untauglichem ideologischem Rüstzeug“<sup>186</sup>, beging nach 1923 in der Analyse der ökonomischen Verhältnisse und der daraus abgeleiteten Politik sowie in der Einschätzung der russischen Opposition nachhaltige Fehler. Das oberste politische Ziel

---

<sup>182</sup> Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 70

<sup>183</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 199 ff.

<sup>184</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 27-28. Schafranek dagegen führt lediglich Roman Well als Vertreter der Leipziger Sektion auf. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 204

<sup>185</sup> Der Kommunist, Nr.1, 1. Jg. (Mitte April 1930), „An die Mitglieder der KPD!“, S. 1

<sup>186</sup> Ebd., S. 1

sei deshalb „die Eroberung der Partei für die Lehren des Marxismus-Leninismus“<sup>187</sup>. Diese Forderung stellte einen Kernpunkt im Selbstverständnis der Anhänger Trotzki in Deutschland dar. Obwohl ein bedeutender Teil ihrer Mitglieder bereits außerhalb der KPD stand und der Parteiapparat mit einer Reihe von repressiven Maßnahmen und andauernden Polemiken gegen den „Renegaten Trotzki“ und seine Anhängerschaft agierte, richtete sich ihre Politik nach wie vor auf die Gesundung der kommunistischen Bewegung. Dementsprechend definierte sich die VLO als Fraktion der KPD und forderte die Vertretung ihrer Auffassungen in Presse und Partei.<sup>188</sup> Die Forderung nach innerparteilicher Teilnahme und Demokratie entsprach zu diesem Zeitpunkt keinesfalls mehr den politischen Realitäten innerhalb einer dogmatisierten und von den Direktiven Moskaus geführten KPD. Sie entsprach aber dem bedingungslosen Glauben Trotzki an deren Reformierbarkeit. Noch zwei Jahre später formulierte er die historische Rolle der LO als „Interpret“<sup>189</sup> der historischen Erfahrungen sowie der Entwicklung des Kommunismus und äußerte die Hoffnung, dass es „dem kleinen Rad der Opposition“<sup>190</sup> gelingen möge, das „große Rad der Partei in Bewegung zu bringen“<sup>191</sup>. Das Hauptaugenmerk dieser selbst gewählten Interpretendenrolle sollte primär auf der Bekämpfung der als falsch wahrgenommenen Ausrichtung der KPD/Komintern liegen. Für die deutschen Trotzkisten bedeutete dies vor allem die Auseinandersetzung mit dem seit 1928 eingeschlagenen ultralinken Kurs, der durch die diffamierende Sozialfaschismusthese, die daraus abgeleitete Einheitsfront von unten sowie die Formierung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die auf die Herausbildung eigenständiger kommunistischer Gewerkschaften tendierte, gekennzeichnet war.<sup>192</sup> Die wie in anderen oppositionellen Strömungen im deutschen Kommunismus festzustellenden Tendenzen, aus dem Tatbestand einer gleichgeschalteten und apparatgesteuerten KPD die Zielstellung der Formierung einer neuen Partei abzuleiten, kam für die Anhänger Trotzki somit nicht in Betracht.

Wie ist diese Parteiorientierung, die Schafranek aufgrund der andauernden Verleumdungskampagnen, mit welchen die KPD gegenüber den Trotzkisten agierte, als fast schon pathologisch zu bewer-

---

<sup>187</sup> Der Kommunist, Nr.1, 1. Jg. (Mitte April 1930), „An die Mitglieder der KPD!“, S. 1

<sup>188</sup> Vgl. ebd., S. 1

<sup>189</sup> Trotzki, Leo (FN 60), S. 262

<sup>190</sup> Ebd., S. 262

<sup>191</sup> Ebd., S. 262

<sup>192</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 29

tende „Nibelungentreue“<sup>193</sup> bezeichnet, zu werten? Einen Anhaltspunkt liefert Schafranek selber, indem er auf das Bewusstsein sowie die „psychologische Verfasstheit parteikommunistischer Arbeiter“<sup>194</sup> gegenüber der KPD reflektiert. In seiner Darstellung eines Briefes von Kurt Landau an Trotzki wird das Verhältnis des deutschen Kommunisten zu seiner Mutterpartei beschrieben: „Der deutsche Arbeiterkommunist sieht in seiner Partei eine Waffe, eine große siegreiche Kraft. Und wenn er ihre Fehler sieht, so schimpft er auf die Führung, nicht aber auf die Partei.“<sup>195</sup> In Anbetracht der Tatsache, dass die KPD zu diesem Zeitpunkt nach der russischen Partei die bei weitem stärkste und einflussreichste Kraft in der kommunistischen Bewegung verkörperte und von ihren Anhängern als ein realer Faktor gesellschaftlicher Veränderungen wahrgenommen wurde, scheint die These eines solchen auch unter Oppositionellen etablierten „Parteipatriotismus“<sup>196</sup> durchaus plausibel. Deutlicher noch beschreibt Pierre Frank in seiner Darstellung der Geschichte der IV. Internationale diese in trotzkistischen Kreisen gefestigte Orientierung, die aus einer marxistischen Perspektive hergeleitet wird. Die Haltung gegenüber den Arbeiterorganisationen dürfe demnach nicht von subjektiven Erwägungen wie einzelnen Parteiausschlüssen oder der Politik der jeweiligen Führung abhängig gemacht werden. Die Gründung oder das Vorhandensein revolutionärer Parteien entsprächen „einer historischen Situation, objektiv gegebenen Bedingungen, die man nicht willkürlich mit einem Federstrich austreichen kann. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen besaßen ein historisches Kapital, das aus ihrer Entstehung, ihrer Verbindung zur russischen Revolution, jahrelangen Kämpfen innerhalb der Arbeiterklasse herrührte. [...] Nichts erlaubte die Annahme, daß die Bürokratisierung dieser Partei unwiderruflich sei.“<sup>197</sup> Diese Haltung korrespondierte mit der Konzeption Trotzkis, für den zu diesem Zeitpunkt eine revolutionäre Politik außerhalb der bestehenden kommunistischen Parteien nicht in Frage kam und der seinen Einfluss entschieden nutzte, um seine Anhängerschaft auf diesem Kurs zu halten.

Die in der Proklamation an die Mitglieder der KPD geäußerte politische Zielstellung, als Fraktion der Partei deren Reformierung voranzutreiben, konnte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die VLO keinesfalls dem Anspruch einer funktionsfähigen und einheitlichen Opposition entsprach. So war bereits die Vereinigungskonferenz geprägt von gegenseitigen Anfeindungen und Unstim-

---

<sup>193</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 213

<sup>194</sup> Ebd., S. 217

<sup>195</sup> Brief Kurt Landau an L.T., 24.08.1930, hier zitiert nach: Ebd., S. 217

<sup>196</sup> Ebd., S. 217

<sup>197</sup> Frank, Pierre (FN 19), S. 26-27 (Schreibweise lt. Original)

migkeiten zwischen den ehemaligen Leninbundmitgliedern und den Anhängern der Weddinger Opposition. Von der Heftigkeit der Auseinandersetzungen und der fortdauernden Rivalität zwischen den beiden Gruppen waren selbst die anwesenden ausländischen Anhänger Trotzki<sup>198</sup>, die als Vertreter der internationalen Opposition an der Gründung der VLO teilnahmen, überrascht: „A terrible tumult, quite scandalous, was created, charges and counter – charges were shouted across the room, accusations, ‚beschimpfungen‘ and what you will.“<sup>199</sup> Die Konflikträchtigkeit innerhalb der konstituierenden Konferenz führte soweit, dass die Vereinigung nicht auf Grundlage einer gemeinsam verabschiedeten, politischen Plattform vollzogen werden konnte. Die einzig zählbare Entscheidung war somit der Beschluss zur Herausgabe der Zeitschrift „Der Kommunist“.<sup>200</sup>

Somit offenbarte sich bereits zur Geburtsstunde der VLO die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität im deutschen Trotzkismus. Die Voraussetzungen zur Verwirklichung oppositioneller Fraktionsarbeit innerhalb der KPD standen sowieso von Anfang an unter ungünstigen Vorzeichen, da der Großteil der Mitglieder der Linken Opposition bereits aus der Partei ausgeschlossen war. Die Trotzkisten, welche innerhalb der KPD noch einige marginale Positionen einnahmen, stammten hauptsächlich aus dem Umfeld der Weddinger Opposition.<sup>201</sup> Die Zielstellung, wenn immer die Möglichkeit bestand, innerhalb der Parteistrukturen mitzuwirken, minimierte außerdem den erhofften Einfluss in den Betrieben und Gewerkschaften, da die Kommunistische Partei zu Ende der Weimarer Republik hier nur sehr schwach verankert war und die Bildung eigener Strukturen für die deutschen Trotzkisten nicht in Frage kam.<sup>202</sup> Auch der im April 1930 vollzogene Zusammenschluss nationaler linksoppositioneller Gruppen zur „Internationalen Linken Opposition“ sollte kaum nennenswerte Unterstützung für die VLO erbringen.<sup>203</sup> Die Voraussetzungen für die erste trotzkistische Organisation in Deutschland erwiesen sich somit als ungünstig, noch bevor ihre eigentliche Geschichte begann.

---

<sup>198</sup> Das waren Pierre Naville (Frankreich) und Max Shachtman (USA). Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 203

<sup>199</sup> Brief Max Shachtman an L.T., 03.04.1930, hier zitiert nach: Ebd., S. 205

<sup>200</sup> Vgl. Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 70

<sup>201</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 31

<sup>202</sup> Vgl. ebd., S. 33

<sup>203</sup> Vgl. ebd., S. 35. Das auf der Gründungsveranstaltung der ILO zur internationalen Koordination geschaffene „Internationale Büro“ erwies sich aufgrund der nicht funktionierenden Kooperation seiner Mitglieder aus verschiedenen nationalen Organisationen als arbeitsunfähig. Auch das später in Paris als Hilfsorgan gebildete „Internationale Sekretariat“ erwies sich nicht als effektiv. Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 479



## 4.2. Stagnation und Fraktionskämpfe bis 1931

### 4.2.1. Machtkampf zwischen Berlin und Leipzig

Nach der Gründung der VLO versuchten die deutschen Trotzlisten, ihren politischen Anspruch, als Fraktion der KPD deren Reformierung voranzutreiben, zu verwirklichen. Doch bereits einige Wochen später offenbarten sich tiefgreifende interne Konflikte in der jungen Organisation, welche die politischen Aktivitäten in den Hintergrund geraten ließen. Was war geschehen?

Während sich der sächsische Teil der VLO in der unmittelbaren Zeit nach der Gründungskonferenz abseits hielt, entbrannten in der Reichsleitung heftige Streitigkeiten zwischen der ehemaligen Leninbundfraktion um Joko und Grylewicz und den Vertretern der Weddinger Opposition, die von Kurt Landau geführt wurden.<sup>204</sup> Das Aufleben dieser Rivalitäten war weniger grundlegenden politischen Differenzen als ungeklärten persönlichen und organisatorischen Streitpunkten geschuldet, die bereits auf der Gründungskonferenz ihren Ursprung fanden. Ende April 1930 traten Joko und Grylewicz sowie drei weitere ehemalige Mitglieder des Leninbundes aus der Reichsleitung aus bzw. verließen die Organisation überhaupt.<sup>205</sup> Eine Zusammenarbeit mit Kurt Landau wurde für sie unmöglich. Für die Weddinger verkörperte dies die Offenbarung des „ideologischen Kehricht des Zentrismus, Brandlerismus oder Ausdruck völliger politischer Unwissenheit“<sup>206</sup> der Ausgetretenen. Der zum Austritt bewegenden Eskalation war die eher mit persönlichen Rivalitäten zu begründende Weigerung der Gruppe um Joko und Grylewicz vorausgegangen, an der längst fälligen Ausarbeitung der politischen Plattform der VLO mitzuwirken.<sup>207</sup> Trotzki, im Exil auf Prinkipo auf die Rolle des Beobachters beschränkt, reagierte verärgert über die Konflikte in der deutschen Organisation und unterstellte den Kapitulantinnen den „Charakter einer wirklich klassischen, literarisch-bürokratischen Clique“<sup>208</sup>, da sie keinen Hinweis auf ein prinzipielles Motiv für ihren Austritt geliefert hätten.

Nach diesem Austritt sollte die Leipziger Gruppe mit Roman Well an der Spitze die Rolle des Gegenspielers zu Landau übernehmen. Trotzki stellte bereits Ende 1929 die Tendenz fest, dass der

---

<sup>204</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 206

<sup>205</sup> Vgl. ebd., S. 206-207

<sup>206</sup> IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 961, Offener Brief der Reichsleitung der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), „An alle Mitglieder und alle Sektionen der Internationalen Opposition“, S. 4

<sup>207</sup> Vgl. ebd., S. 4

<sup>208</sup> Ebd., S. 4

Litauer die sächsische Organisation gegenüber den Berlinern abschotten würde.<sup>209</sup> Weiterhin traten in einigen Fragen politische Differenzen zwischen Leipzig und der Reichsleitung hervor (siehe Kapitel 4.2.2.), deren Ausmaße durch die außergewöhnliche Polemik der Auseinandersetzungen sowie beiderseitige persönliche Angriffe verschärft wurden. Ihren einstweiligen Höhepunkt erreichten diese Rivalitäten auf der im Oktober 1930 stattfindenden Reichsleitungskonferenz. Die von Trotzki in einem Begrüßungsschreiben geäußerte Forderung, dass der Erfolg der gemeinsamen Politik nur auf einer Stärkung der KPD beruhen könne und nicht durch weitere interne Streitigkeiten gefährdet werden dürfe<sup>210</sup>, sollte hier ad absurdum geführt werden. Roman Well stach während der Konferenz durch die „Pflege“ unaufgearbeiteter Konflikte sowie die Konstruktion von Gegensätzen zwischen der Leipziger Organisation und der Reichsleitung hervor.<sup>211</sup> Organisatorische und persönliche Streitigkeiten dominierten die Diskussionen; eine Klärung der politischen Differenzen fand nicht statt - ebenso wenig wie die Ausarbeitung einer politischen Plattform. Die einzig relevanten Entscheidungen umfassten somit den Beschluss einer Namensänderung in „Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)“<sup>212</sup> sowie die Wahl einer neuen Reichsleitung.<sup>213</sup>

Das beschriebene Konfliktmuster der Überlagerung der persönlichen und administrativen Auseinandersetzungen und Maßnahmen in der LO, die eine Klärung der politischen Differenzen im wesentlichen verhinderten, sollte sich bis zum Ende des Jahres 1930 fortsetzen. Ab 1931 begann sich die offen hervortretende Tendenz der Spaltung in der trotzkistischen Organisation abzuzeichnen. Zunächst wurden die Leipziger Mitglieder mit einer Reihe von Maßnahmen von den Reichsleitungssitzungen ferngehalten. Die westsächsische Organisation reagierte darauf mit einer zweimonatigen Beitragssperre.<sup>214</sup> Zudem wurden die Leipziger systematisch von der Redaktionstätigkeit im „Kommunist“ ausgeschlossen.<sup>215</sup> Den Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen bildete der Versuch der Berliner Reichsleitung vom Februar 1931, einzelne Mitglieder der Leipziger Organisation bei Hausbesuchen dahingehend zu beeinflussen, die sächsische „Intellektuellenleitung“ abzusetzen und so die Einheit der Arbeiterführung in der LO wiederherzustellen. Dabei wurde das Bestehen

---

<sup>209</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 229

<sup>210</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 65-66

<sup>211</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 250

<sup>212</sup> Damit änderte sich die Kurzform auf LO.

<sup>213</sup> Als sächsische RL-Mitglieder wurden die Leipziger Erwin Ackerknecht, Roman Well, Fritz Büchner sowie Otto Schüssler gewählt. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 65-66

<sup>214</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN5), S. 274-275

<sup>215</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 976, Schreiben der BL Sachsen an die RL der LO der KPD v. 25.03.31, S. 1

einer internationalen Fraktion konstruiert, „deren Agent der Intellektuelle Erwin sei“<sup>216</sup> und deren Zielstellung die Herbeiführung der Spaltung sowie die Machtübernahme in der deutschen Opposition sei.<sup>217</sup>

Die Atmosphäre innerhalb der LO war durch die Schärfe der gegenseitigen Vorwürfe und Maßnahmen völlig vergiftet. Die Tendenz der Abschottung der sächsischen Trotzlisten von der Gesamtorganisation sowie der Rückgriff auf bürokratische Methoden auf Seiten der Reichsleitung ließ eine Zusammenarbeit faktisch unmöglich werden. Die überlieferten Korrespondenzen beider Gruppen mit Trotzki und der Internationalen Opposition belegen die Unversöhnlichkeit sowie die Dimension der immer mehr auf die Achse Berlin-Leipzig ausgerichteten Konfliktaustragung. Dabei ist die Rede vom „Hass gestrauchelter Bürokraten“<sup>218</sup> und der „Prinzipienlosigkeit und Fäulnis des Blocks von Neumann bis Well“<sup>219</sup> ebenso wie von „planmäßiger Sabotage“<sup>220</sup> und „schmutzigen Lügen“<sup>221</sup> Kurt Landaus.

Für Trotzki, der von Prinkipo aus den Fraktionskampf in der deutschen Opposition verfolgen musste, war im Frühjahr 1931 das Maß überschritten. In einem im April im „Bulletin International“ veröffentlichten Brief „Die Krise der deutschen Linksopposition“ kritisierte er die Vorgehensweise der von Landau geführten Reichsleitung, deren Schuld darin liege, „daß je weniger ihre Führung der Organisation gibt, umso mehr sie von der Organisation blinden Gehorsam verlangt“<sup>222</sup>. Dies werde durch die Etablierung eines bürokratischen Regimes auszugleichen versucht. Außerdem betreibe die Landaugruppe eine Cliquenwirtschaft, die „eine Karikatur des Ideenkampfes“<sup>223</sup> darstelle, da sie den natürlichen Prozess der Auseinandersetzung von Anschauungen und der darauf folgenden Bildung von entsprechenden Gruppen oder Fraktionen auf den Kopf stelle und den Kampf der Cliquen

---

<sup>216</sup> IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 962, Schreiben der BL Sachsen an das Sekretariat der Internationalen Opposition v. 03.02.1931, S. 1. Bei der erwähnten Person handelt es sich um Erwin Ackerknecht.

<sup>217</sup> Vgl. ebd., S. 1

<sup>218</sup> IISG Trotzki-Kollektion Nr. 961, Offener Brief der RL der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), „An alle Mitglieder und an alle Sektionen der Internationalen Opposition“, S. 4

<sup>219</sup> Ebd., S. 7

<sup>220</sup> IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 962, Schreiben der BL Sachsen an das Sekretariat der Internationalen Opposition v. 03.02.1931, S. 2

<sup>221</sup> Ebd., S. 2

<sup>222</sup> „Die Krise der deutschen Linksopposition (Brief an alle Sektionen der Internationalen Linken Opposition)“ v. 17. Februar 1931; hier zitiert nach: Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 121 (Schreibweise lt. Original)

<sup>223</sup> Ebd., S. 124

der politischen Konfrontation voranstelle. Der Leipziger Gruppe attestierte er hingegen, dass sie die stärkste und aktivste Organisation der LO in Deutschland verkörpere: „Die positiven Züge dieser Organisation sind unzweifelhaft: aktives und erfolgreiches Bestreben, in die Reihen der Partei zu dringen; proletarische Sachlichkeit, organisatorische Initiative, überhaupt die Eigenschaften, welche gerade bisher der Linksopposition fehlten.“<sup>224</sup> Dennoch erachtete Trotzki das Verhältnis zwischen Berlin und Leipzig nicht als prinzipiell unversöhnlich und gab seiner Hoffnung Ausdruck, die internen Streitigkeiten durch die Schaffung einer internationalen Kontrollkommission sowie die Einberufung einer Konferenz der deutschen Opposition klären zu können.<sup>225</sup> Die Teilnahme dieser für den 31.05.1931 einberufenen Konferenz wurde jedoch durch die Landaugruppe abgelehnt. Somit war die erste Spaltung in der noch jungen Organisation besiegelt. Von nun an sollten in Deutschland zwei Organisationen unter dem Namen „Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) existieren<sup>226</sup>, wobei Trotzki eine Zusammenarbeit mit der Gruppe um Kurt Landau prinzipiell als unmöglich erachtete.<sup>227</sup> Der offiziellen und von Trotzki anerkannten Organisation verblieb somit ein Mitgliederpotential von ca. 150 Personen.<sup>228</sup> Nach einem Jahr des Bestehens der ersten trotzkistischen Organisation in Deutschland war diese somit auf den personalen und organisatorischen Stand ihrer Gründungsperiode zurückgeworfen.

Die von internen Machtkämpfen gekennzeichnete erste Periode der LO bis 1931 paralyisierte die Kräfte in der deutschen trotzkistischen Bewegung entscheidend. Geringfügige organisatorische Fortschritte wie der Zugewinn einiger kleiner Ortsgruppen<sup>229</sup> wurden durch den Verlust anderer lokaler Organisationen oder den Abgang von Mitgliedern relativiert.<sup>230</sup> Dennoch kam der Linken Opposition in ihrer Funktion als „Propagandagruppe“<sup>231</sup> der KPD eine gewisse Bedeutung zu. Laut Schafranek konzentrierten die sich an die Parteimitgliedschaft adressierten Aktivitäten der Trotzki-

---

<sup>224</sup> „Die Krise der deutschen Linksopposition (Brief an alle Sektionen der Internationalen Linken Opposition)“ v. 17. Februar 1931; hier zitiert nach: Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 120

<sup>225</sup> Vgl. ebd., S. 127

<sup>226</sup> Auch in Leipzig spaltete sich eine kleine Gruppe ab, die in der Organisation von Landau verblieb. Ihr Potential ist jedoch als äußerst gering einzuschätzen. Schafranek gibt die Stärke des Landau-Flügels in der Leipziger Organisation kurz vor der Abspaltung mit fünf Personen an. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 285

<sup>227</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 72

<sup>228</sup> Die Landaugruppe konnte ungefähr 110 Mitglieder halten. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 285

<sup>229</sup> So konnten bis 1931 neue Stützpunkte in Kaiserslautern, Heidelberg, Forst, Goldap und Magdeburg gewonnen werden. Vgl. ebd., S. 285

<sup>230</sup> So fiel als eine Konsequenz der Konflikte etwa die Hälfte der Königsberger Gruppe ab. Vgl. ebd., S. 209. Die der BL Sachsen unterstehende und sehr aktive Organisation in Bautzen trat zur Korsch-Gruppe über. Vgl. ebd., S. 284

<sup>231</sup> Ebd., S. 210

ten auf zwei Schwerpunkte. Zum einen wurde versucht, der als falsch wahrgenommenen Einschätzung der Regierung Brüning sowie der nationalsozialistischen Gefahr eine realistische Analyse der von Trotzki als bonapartistisch bezeichneten Herrschaftsform sowie des Faschismus entgegenzusetzen. Nachhaltig wurde die Notwendigkeit der Schaffung einheitlicher Abwehrorganisationen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter propagiert, die im Sinne der Leninschen Einheitsfrontstrategie „von oben und unten“ zu erfolgen hatte. Den zweiten Schwerpunkt propagandistischer Tätigkeiten innerhalb der KPD bildete die Durchführung von Solidaritätskampagnen zugunsten der Opposition in der Sowjetunion. In beiden Themenbereichen kann der politische Erfolg dieser Bemühungen als bescheiden eingeschätzt werden. Der Parteiapparat intervenierte in den meisten Fällen mit Diffamierungskampagnen und der Anwendung von physischer Gewalt auf die Versuche der Trotzkisten, auf Veranstaltungen der KPD oder parteinaher Organisationen ihren politischen Standpunkt unter der kommunistischen Arbeiterschaft zu vertreten.<sup>232</sup>

Im Gegensatz zur Entwicklung der LO auf Reichsebene konnte ihre Leipziger Sektion im ersten Jahr ihres Bestehens organisatorische Fortschritte erzielen und auch auf politischem Gebiet einige marginale Erfolge erzielen. 1931 umfasste die westsächsische Organisation vier Ortsgruppen in Leipzig: Thekla, Zentrum, Süden und Westen. Letztere war in einem ausschließlichen Arbeiterviertel ziemlich stark verankert. Außerdem gehörten der hiesigen Opposition zwei ehemalige Parteibetriebszellen der Konsum-Bäckerei und -Fleischerei sowie eine eigene Jugendfraktion an, welche Einfluss im kommunistischen Jugendverband zu erreichen versuchte.<sup>233</sup> Die Angaben über das Mitgliederpotential der Leipziger Organisation schwanken zwischen 50 und 100 Personen.<sup>234</sup> Die Organisationsstruktur der LO war nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus ausgerichtet, d.h. die Ortsleitung wurde von einer lokalen Mitgliederversammlung gewählt; im Bezirk Sachsen konstituierte sich weiterhin eine von Roman Well geführte Bezirksleitung aus einer Landeskonferenz.<sup>235</sup> Für die Propagandaarbeit in der Partei nutzte die westsächsische Opposition politische Rundschreiben, die anhand einer festen KPD-Mitgliederliste sowie auf Veranstaltungen in einem Umfang von 400 bis 500 Exemplaren pro Monat verteilt wurden. Dagegen gelang es im Zeitraum bis Mitte 1931 nur selten, auf öffentlichen Versammlungen eigene Diskussionsredner auftreten zu

---

<sup>232</sup> Vgl. Schafrank, Hans (FN 5), S. 210 ff.

<sup>233</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 976, Bericht der BL Sachsen für die Zeit von der Reichskonferenz bis Januar 1931, S. 2

<sup>234</sup> Die wohl übertriebene Angabe von 100 Mitgliedern stammte von Roman Well. Vgl. Schafrank, Hans (FN 5), S. 213. Wolfgang Alles führt dagegen ein Potential von ungefähr 50 Mitgliedern an. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 73

<sup>235</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 77-78

lassen. Mit Ausnahme eines Treffens in der Marxistischen Arbeiterschule in Leipzig, wo die Linke Opposition einen eigenen Redner stellen konnte, gelang es dem lokalen Parteiapparat in den meisten Fällen, diese offenen Versuche propagandistischer Tätigkeit unter der kommunistischen Arbeiterschaft zu unterbinden. Die Androhung und Anwendung physischer Gewalt, die Abnahme der politischen Rundschreiben sowie Parteiausschlüsse einiger bis dahin in der KPD verbliebener Trotzkisten waren im wesentlichen die Reaktionen von Seiten der Partei, mit denen sich die westsächsischen Oppositionellen konfrontiert sahen. Hingegen gelang es den Angaben der Bezirksleitung zufolge, in überparteilichen Organisationen (Sport- und Wehrorganisationen, Freidenkerverband) einige marginale Einflusspositionen zu erobern und auszubauen. Für die eigenen Mitglieder führte die Leipziger Gruppe eine Reihe von Schulungsveranstaltungen durch, in denen die Grundfragen der Linken Opposition sowie aktuelle politische Geschehnisse thematisiert wurden. Die ausgearbeiteten Thesen der Schulungskurse bildeten zum Teil die Grundlage der hauptsächlich an die kommunistischen Arbeiter gerichteten Rundschreiben.<sup>236</sup>

Von den politischen Aktivitäten der Leipziger Sektion sind vor allem zwei hervorzuheben, da diese zumindest ansatzweise den im Reichsmaßstab festzustellenden, relativ geringen Einfluss der trotzkistischen Organisation erweitern sollten. Im Juni 1930 fanden in Sachsen Landtagswahlen statt. Als Fraktion der KPD rief die sächsische LO zur Wahl der Kommunisten auf, jedoch ohne auf eine umfassende Kritik über deren Wahlkampfausrichtung zu verzichten. Parlamentswahlen gestanden die Leipziger Trotzkisten eher eine symbolische als praktisch-politische Bedeutung zu, da jene lediglich ein Mittel darstellten, „um die Massen für die entscheidenden Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital aufzurütteln“<sup>237</sup>. Der aufstrebende Nationalsozialismus, der den Weg der „offenen Konterrevolution“<sup>238</sup> verkörpere, zwingt die proletarischen Massen jedoch zur Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront. Doch gerade hier läge das Versagen der Partei, „durch Phrasen vom Sozialfaschismus die sozialdemokratischen Arbeiter abgestoßen“<sup>239</sup> zu haben. Die Tatsache, dass sich von der SPD enttäuschte Arbeiter dem Faschismus zuwenden, spreche der Parteiführung das Todesurteil aus: „Wird die Partei sich nicht durch eine ernste und offene Wendung von der bisherigen Politik lossagen, so wird sie die Massen nicht an sich ziehen, sondern dem Faschismus in die Arme

---

<sup>236</sup> Vgl. IISG, Trotzki- Kollektion Nr. 976, Bericht der BL Sachsen für die Zeit von der Reichskonferenz bis Januar 1931, S. 1-2

<sup>237</sup> Sonderbeilage Kommunist Nr. 4, 1. Jg. (Mitte Juni 1930), „An die Proletarier Sachsens!“, S. 1

<sup>238</sup> Sonderbeilage Kommunist Nr. 4, 1. Jg. (Mitte Juni 1930), „An die Mitglieder der KPD Sachsens! An die Bezirksleitung der KPD Sachsens!“, S. 2

<sup>239</sup> Ebd., S. 2

treiben.“<sup>240</sup> Der Wahlkampflogan der KPD „Für ein rotes Sachsen“ verkäme in Anbetracht der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zur leeren Phrase, wenn er nicht mit der Bereitschaft einherginge, eine eventuelle sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Diese müsse durch die Schaffung einer außerparlamentarischen Druckkulisse in Form von lokalen Kampfkomitees dazu gezwungen werden, die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft zu unterstützen.<sup>241</sup>

Die Funktion dieser sowohl parlamentarischen als auch außerparlamentarischen Einheitsfrontforderung lag für die sächsische LO klar auf der Zielstellung der gemeinsamen Abwehr der faschistischen Gefahr. Zusätzlich wurde aber auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, auf diesem Wege „den bürokratischen und konterrevolutionären Charakter der sozialdemokratischen Führer vor den Massen“<sup>242</sup> enthüllen zu können und eine beschleunigte Loslösung der Arbeiter von der SPD zu erwirken. Dass das Primat der Einheitsfrontstrategie der KPD dabei umgekehrt - nämlich auf der erhofften Gewinnung der reformistisch orientierten Arbeiterschaft - lag und die Forderungen der Opposition bei der Partei auf Ablehnung stoßen würden, war den sächsischen Trotzkisten durchaus bewusst: „Wir hegen keinerlei Illusionen darüber, wie die Bürokraten an der Spitze unserer Partei auf unseren Appell antworten werden. [...] Aber indem wir die Massen auffordern, trotz aller schweren politischen Fehler die KPD zu wählen, werden wir gleichzeitig mit der größten Entschiedenheit innerhalb und außerhalb der Partei unsere Kraft einsetzen, um die Parteimassen auf den Weg des Leninismus zu bringen, den wir vertreten und der der Weg des Sieges unserer Partei ist.“<sup>243</sup>

Mit ihren Einheitsfrontappellen hob sich die sächsische LO klar gegenüber der Gesamtorganisation ab. Wolfgang Alles konstatierte, dass der Leipziger Wahlkampfaufruf in seiner Qualität gegenüber „den schlecht vermittelbaren Parolen“<sup>244</sup> im „Kommunist“ sowie den von der Landaugruppe initiierten Einheitsfrontforderungen<sup>245</sup> zur Reichtagswahl im September 1930 einen deutlichen Fortschritt verkörperte. Laut einem Artikel von Roman Well wurden die Sonderbeilagen der sächsischen LO zur Wahl unter der kommunistischen Arbeiterschaft mit Begeisterung aufgenommen und führten zum „Herankommen an die Parteimitglieder und [...] Stärkung unseres Einflusses in der

---

<sup>240</sup> Sonderbeilage Kommunist Nr. 4, 1. Jg. (Mitte Juni 1930), „An die Mitglieder der KPD Sachsens! An die Bezirksleitung der KPD Sachsens!“, S. 2

<sup>241</sup> Vgl. ebd., S. 2

<sup>242</sup> Ebd., S. 2

<sup>243</sup> Ebd., S. 2

<sup>244</sup> Alles, Wolfgang (FN 3), S. 50

<sup>245</sup> Vgl. ebd., S. 61

Partei“<sup>246</sup>. Inwiefern diese Aussage als realistisch einzuschätzen ist, lässt sich im Zusammenhang der GPU-Tätigkeit Wells und der daraus ableitbaren Intention, die eigene Person sowie die Leipziger Organisation bei Trotzki positiv hervorzuheben, zumindest bezweifeln. Ähnlich schwer ist der Einfluss der Bemühungen der Linken Opposition auf das Wahlkampfergebnis der KPD nachzuvollziehen, die als drittstärkste Partei nach SPD und NSDAP aus den Wahlen hervorging. Die organisatorische und zahlenmäßige Schwäche der trotzkistischen Organisation lassen jedoch vermuten, dass ihre Unterstützung der Partei eher einen moralischen als praktisch-relevanten Nutzen auf das Wahlergebnis der KPD mit sich brachte.

Ein zweiter, hier hervorzuhebender Schwerpunkt trotzkistischer Aktivitäten in Leipzig betrifft die zeitweilig starke Verankerung der hiesigen Linken Opposition in der „Sächsischen Arbeiterwehr“ (SAW). Diese nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes geschaffene Organisation galt für die westsächsischen Trotzlisten als ein gelebtes Beispiel der Schaffung überparteilicher Kampforgane zur Abwehr der nationalsozialistischen Gefahr und unterlag nach ihrer Auffassung der Aufgabe, „alle Kräfte zum Kampf gegen den Faschismus und die Offensive der Bourgeoisie zu sammeln“<sup>247</sup>. Laut eigener Aussage waren die führenden Vertreter der Gauleitung Westsachsen in der SAW Anhänger der Linken Opposition<sup>248</sup> und besaßen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den nichttrotzkistischen Teil in der SAW, der sich mit ihnen solidarisierte. Dass die errungene Stellung der LO in der Arbeiterwehr nicht ohne Relevanz war, beweist die Form der bürokratischen Maßnahmen der KPD im Spätsommer 1930, die den Trotzlisten diese wichtige Möglichkeit politischer Einflussnahme entziehen sollte. Die bestehende Gauleitung wurde zunächst abgesetzt und die provisorische Führung einem ehemaligen Brandleristen, Rudi Winter, übertragen, welcher vorher noch nie in einer Wehrorganisation tätig war. Eine vorher einberufene Konferenz zur Klärung der aktuellen Lage wurde von Winter und einem ihm angeschlossenen Stoßtrupp unter der Androhung der Gewaltanwendung verhindert. Eine von den ausgeschlossenen LO-Mitgliedern geforderte Aussprache mit der Unterbezirksleitung der KPD offenbarte schließlich die Zweifelhaftigkeit kommunistischer Kooperationsofferten: „Als Bedingung für eine Zusammenarbeit verlangten die Vertreter durch die UBL die Anerkennung der Richtigkeit der Parteilinie von unseren Genossen durch Unter-

---

<sup>246</sup> Der Kommunist, Nr. 6, 1. Jg. (Ende Juli 1930), „Die sächsischen Genossen während der Wahlkampagne“, S. 6. Die Leipziger Gruppe konzentrierte ihren Wahlkampf auf den Raum Groß-Leipzig sowie Chemnitz und Umgebung. Chemnitz war eine ausgesprochene Hochburg der rechten kommunistischen Opposition KPO, trotzdem berichtet Well besonders hier von zahlreichen positiven Resonanzen. Vgl. ebd., S.6

<sup>247</sup> Der Kommunist, Nr. 8, 1. Jg. (Ende August 1930), „Die Parteibürokratie will die SAW spalten“, S. 6

<sup>248</sup> Namentlich ist hier nur Heinrich Tacke bekannt, der Mitglied der VLO war. Vgl. ebd., S. 6



zeichnung von Reversen.”<sup>249</sup> Damit war das kurze Kapitel erfolgreicher Zusammenarbeit in überparteilichen Arbeiterorganisationen, an welcher die Leipziger Trotzkisten nicht unerheblich beteiligt waren, beendet. Aufgrund des Selbstverständnisses der LO stand es im Gegensatz zu Organisationen wie KPO, SAP oder Leninbund außer Frage, eigene Einheitsfrontorgane ohne und an Stelle der KPD zu verwirklichen. Die rigorose Parteiorientierung der sächsischen Anhänger Trotzki führte sogar so weit, dass sie die weitere Unterstützung der SAW planten: „Jetzt kommt es darauf an, eben weil es uns nicht auf die Schaffung eigener Läden ankommt, alle Kameraden hinter die eingesetzte ‚Gauleitung‘ zu führen, wo das nicht möglich ist, werden die Abteilungen zusammengenommen, um durch planmäßige Fraktionsarbeit die Kameraden zu bewußten Kommunisten zu machen.”<sup>250</sup> Diese Hoffnung sollte sich nur zum Teil verwirklichen. Die SAW schrumpfte nach dem Eingriff der Partei auf ein Viertel ihrer Mitglieder und büßte ihre Rolle als überparteiliches Abwehrorgan ein - die Leipziger Linksopposition hingegen erfuhr einen Mitgliederzuwachs einiger vom Vorgehen der KPD enttäuschter Kommunisten.<sup>251</sup>

#### **4.2.2. „Agents provocateurs” in Leipzig? Rolle der sächsischen GPU-Agenten zur Spaltung der VLO**

Die bedeutende Rolle, welche die Leipziger GPU-Agenten Roman Well und Adolf Senin innerhalb der Konfliktaustragung in der ersten Periode des Bestehens der deutschen trotzkistischen Organisation einnahmen, verdient eine gesonderte Untersuchung. Wie Schafranek bemerkte, verbarg sich hinter den Aktivitäten des litauischen Geschwisterpaares weit mehr als der Ausdruck eines zu vermutenden, „bornierten ‚Fraktionsegoismus‘”<sup>252</sup>, der den Auseinandersetzungen zwischen der Leipziger Gruppe und der Berliner Reichsleitung zugrunde lag. Dem stalinistischen Geheimapparat konnte an einer einheitlichen und funktionsfähigen trotzkistischen Opposition, deren Aktionsradius teilweise außerhalb der KPD und somit außerhalb der parteiinternen Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen lag, kaum gelegen sein. Die planmäßige Formierung einer Gegenfraktion zu Kurt Landau und seinen Anhängern scheint deshalb plausibel, weil sie auf eine Fokussierung der bereits im Gründungsstadium der VLO feststellbaren Rivalität zwischen der Weddinger Opposition und den ehemaligen Leninbundmitgliedern abhob, aus deren Weiterentwicklung die erste Spaltung

---

<sup>249</sup> Der Kommunist, Nr. 8, 1. Jg. (Ende August 1930), „Die Parteibürokratie will die SAW spalten”, S. 6

<sup>250</sup> Der Kommunist, Nr. 9, 1. Jg. (Anfang September 1930), „Zur Frage der sächsischen Arbeiter-Wehr”, S. 5 (Schreibweise lt. Original)

<sup>251</sup> Vgl. ebd., S. 5

<sup>252</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 229

im deutschen Trotzkismus entstehen sollte.

Zunächst soll die Frage behandelt werden, inwiefern politische Differenzen zur Konfliktentwicklung innerhalb der VLO beitrugen. Im Verlauf des ersten Jahres des Bestehens der trotzkistischen Organisation offenbarten sich theoretische und taktische Meinungsverschiedenheiten zwischen Leipzig und Berlin in der Sichtweise gegenüber den Gewerkschaften, der Analyse des Faschismus sowie in der Frage zur „Doppelherrschaft“ in der SU. In der Gewerkschaftsfrage vertrat die Reichsleitung den Standpunkt der Erhaltung eines linken Flügels in den freien Gewerkschaften, mit der Zielsetzung, „ein starkes und erfolgreiches Zentrum des Klassenkampfes“<sup>253</sup> zu schaffen. Im Falle der Absplitterung und der folgenden Formierung von Sondergewerkschaften bestehe jedoch die Notwendigkeit der Arbeit in den neu geschaffenen Organisationen - jedoch unter der Voraussetzung, eine Wiedereingliederung in die freien Gewerkschaften voranzutreiben.<sup>254</sup> Es spricht für eine Verkennung der Realitäten, wenn Landau und seine Anhänger der 1930 offen hervortretenden Tendenz der Bildung eigener kommunistischer RGO-Organisationen die Hoffnung der Rückführung dieser in die freien Verbände entgegensetzten. Diese „zu Ende gedachte Konsequenz der optimistischen Fehleinschätzung“<sup>255</sup> führte zur Ablehnung von Positionen, wie sie die Leipziger Gruppe um Roman Well vertrat, welche auf der prinzipiellen Ablehnung eigener kommunistischer Gewerkschaftsstrukturen basierten. In ihrer Sicht verkörperte die Tatsache der Schaffung neuer Einzelverbände unter der Dachorganisation RGO einen abgeschlossenen Entwicklungsprozess. Eine Beteiligung an den neuen Gewerkschaftsorganisationen kam für die westsächsischen Trotzkisten deshalb nur unter spezifisch zu begründenden Ausnahmefällen in Betracht.<sup>256</sup> Ist die These von Wolfgang Alles, dass sich in der Gewerkschaftsfrage die Positionen der Reichsleitung und der Leipziger Gruppe kaum unterschieden<sup>257</sup>, in Bezug auf die RGO-Frage zu teilen, da beide Positionen – jedoch in unterschiedlicher Akzentuierung – die Schaffung eigener kommunistischer Verbände ablehnten, so ist hinsichtlich der Haltung zu den freien Gewerkschaften ein deutlicher Unterschied herauszustellen. Die freien Verbände verkörperten für die Leipziger Trotzkisten keinesfalls mehr Instrumente des Klassenkampfes<sup>258</sup>, wie es die Berliner Reichsleitung formulierte. Die Summie-

---

<sup>253</sup> Der Kommunist Nr. 2, 1. Jg. (Anfang Mai 1930), „Die Gewerkschaftsfrage“, S. 2

<sup>254</sup> Vgl. ebd., S. 2

<sup>255</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 273

<sup>256</sup> Vgl. ebd., S. 273

<sup>257</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 62

<sup>258</sup> Vgl. IISG, Trotzki- Kollektion Nr. 967, Brief der BL Sachsen an L.T. „Die Differenzen zwischen der Mehrheit der

rung dieser Position und der ablehnenden Haltung gegenüber der Formierung eigener RGO-Verbände führte dazu, dass Kurt Landau der Leipziger Gruppe eine allgemein gewerkschaftsfeindliche Haltung unterstellte.

Ein ähnliches Konfliktpotential schwelte um die Frage der „Doppelherrschaft“ in der SU. Die Formulierung dieser These stammt von Trotzki, der davon ausging, dass neben dem proletarischen Machtapparat bereits Machtelemente der bürgerlichen, konterrevolutionären Klasse in der Sowjetunion existierten. Auf der Reichsleitungssitzung der Vereinigten Opposition im Oktober 1930 opponierte die sächsische Delegation gegen den Gebrauch dieses Ausdrucks, was der Reichsleitung den Anlass bot, die grundsätzliche Übereinstimmung des sächsischen Teils der VLO mit der russischen Opposition und Trotzki in Frage zu stellen.<sup>259</sup> Die aus Archivdokumenten nachzuvollziehende Argumentation der Leipziger Trotzkisten zeigt jedoch, dass dies nicht der Fall war. Die Ablehnung des Ausdrucks „Elemente der Doppelherrschaft“ richtete sich vor allem gegen die „schematische Verwendung geschichtlicher Analogien“<sup>260</sup>, welche dieser Formulierung zugrunde lag: „Sie bezieht sich auf die konkrete Situation zwischen Februar und Oktober 1917, wo neben dem bürgerlichen Herrschaftsapparat provisorische Regierung bereits der proletarische Herrschaftsapparat Sowjets bestand. Angewendet auf die heutige Situation würde das also heißen, dass neben dem proletarischen Staatsapparat Sowjets ein Apparat der Konterrevolution besteht. [...] Ein derartiger Apparat besteht u.E. noch nicht, ist uns in der Diskussion auch noch nicht gezeigt worden.“<sup>261</sup> Die Verwendung des Begriffs „Doppelherrschaft“ lehnten die Leipziger auch schließlich deshalb ab, weil „er der alten Urbahnsistischen Verwirrung neue Nahrung gibt zu falschen politischen Prognosen“<sup>262</sup>. Deshalb wurde auf eine etwas vorsichtigere Formulierung zurückgegriffen, indem davon ausgegangen wurde, dass der proletarische Staatsapparat bereits durchsetzt sei von Elementen, die auf einen konterrevolutionären Umsturz hinsteuerten.<sup>263</sup> Eine wesentliche Differenz zwischen beiden Positionen ist also nicht auszumachen.

Der dritte Schwerpunkt interner Streitigkeiten bewegte sich um die Frage der Perspektiven des Na-

---

Berliner Reichsleitungsmitglieder und der BL Sachsen nach der Reichskonferenz“ v. 29.01.31, S. 4

<sup>259</sup> Vgl. IISG, Trotzki- Kollektion Nr. 967, „Zur Frage der Doppelherrschaft“, S. 1

<sup>260</sup> Ebd., S. 1

<sup>261</sup> Ebd., S. 1 (Schreibweise lt. Original)

<sup>262</sup> Ebd., S. 1 (Schreibweise lt. Original)

<sup>263</sup> Vgl. ebd., S. 1

tionalsozialismus und der daraus resultierenden Haltung der KPD. Nach den sächsischen Landtagswahlen 1930 polemisierte Roman Well gegen die These Kurt Landaus, dass die Wahlerfolge der NSDAP keine wesentliche Änderung der taktischen Grundausrichtung innerhalb der KPD hervorgebracht hätten.<sup>264</sup> Im Angesicht der Überschätzung zaghafter Anzeichen der Wandlung der Parteilinie ging Well sogar von der Annahme aus, dass die Führung dazu übergehe, Teilforderungen aufzustellen und die Einheitsfronttaktik anzuwenden. Auch glaubte er, eine Abkehr von der Sozialfaschismuskonzeption zu erkennen.<sup>265</sup> Dagegen wandte er sich vehement gegen Landaus Position, „Hitler stünde ‚vor den Toren‘“<sup>266</sup>, die er als einen Akt der Panikmache wertete. Insbesondere wurde von der Leipziger Opposition die Abspaltung der sozialrevolutionären Strasser-Gruppe von der NSDAP als Zeichen einer beginnenden Zersetzung der nationalsozialistischen Bewegung wahrgenommen. Während die sächsischen Trotzkisten weiterhin das strategische Hauptziel der Nationalsozialisten in der Besetzung von Regierungspositionen in den einzelnen Ländern unter der perspektivischen Zielsetzung eines „kalten Putsches“<sup>267</sup> sahen, vermutete die Reichsleitung um Kurt Landau den Hauptstoß der Nazis in einem „Marsch auf Berlin“<sup>268</sup> in Form der Intensivierung des Straßenterrors. Interessanterweise vermutete Landau einige Zeit später hinter Wells Haltung weniger eine Fehleinschätzung politischer Entwicklungstendenzen als „eine noch nicht ausgereifte pro-stalinistische Strömung“<sup>269</sup>, die sich hinter der optimistischen Fehldeutung eines Kurswechsels in der KPD sowie hinter der illusorischen Annahme einer beginnenden Zersetzung der nationalsozialistischen Bewegung verbarg. Seine Warnung blieb jedoch innerhalb der Linken Opposition ungehört.

Es ist zweifelhaft, ob die beschriebenen theoretischen und taktischen Streitpunkte das wesentliche Konfliktmoment in der deutschen trotzkistischen Opposition verkörperten, zumal, wie dargestellt, in der Frage der „Doppelherrschaft“ keine inhaltlichen Differenzen zwischen Leipzig und Berlin vorlagen. Was die Konfliktrichtigkeit jedoch zusehends forcierte, war die Tatsache, dass die bestehenden Differenzen nicht in einem Prozess der politischen Auseinandersetzung diskutiert und geklärt wurden. In dieser Hinsicht fand Kurt Landau im GPU-Agenten Well einen willigen Gegen-

---

<sup>264</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 232

<sup>265</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 961, Offener Brief der Reichsleitung der LO der KPD (Bolschewiki-Leninisten) an alle Mitglieder und an alle Sektionen der Internationalen Opposition v. Ende März 1931, S. 5

<sup>266</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 233

<sup>267</sup> Ebd., S. 233

<sup>268</sup> Ebd., S. 233

<sup>269</sup> Ebd., S. 233

spieler, indem die vorhandenen politischen Differenzen von einer Reihe administrativer Maßnahmen und persönlicher Angriffe begleitet und überlagert wurden. Deshalb sind die organisatorischen Aktivitäten Wells und seines Bruders Senin innerhalb der Linken Opposition im Kontext einer zu vermutenden Unterwanderungs- und Zersetzungstaktik zu untersuchen.

Nachdem Roman Well nach der Gründungskonferenz der VLO zunächst in den Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern der Weddinger Opposition sowie den ehemaligen Leninbundmitgliedern nach außen die Rolle eines neutralen Vermittlers einnahm, unternahm er im Sommer 1930 eigenmächtig den Versuch, den ausgetretenen Grylewicz zum Wiedereintritt in die Reichsleitung zu bewegen.<sup>270</sup> Diesem schließlich erfolglosen Ansinnen, einen entschiedenen Widersacher von Landau in die Führungsstruktur der trotzkistischen Organisation zurückzuführen, lag weder das Streben nach Einheit noch eine enge politische Bindung zu dem Ausgetretenen als eher die Absicht zugrunde, Landaus Einfluss organisatorisch zu schwächen. Ähnlich lässt sich der Antrag von Well auf der Reichsleitungssitzung vom 14. Juli 1930 werten, der die Kooptation zweier Fraktionsfreunde, des Mitglieds der Leipziger Gruppe Hurm sowie des bereits erwähnten GPU-Spions Jakob Frank, in die Leitung der VLO vorsah. Der Antrag wurde jedoch mit der Begründung des Verdachts einer pro-stalinistischen Haltung beider abgelehnt.<sup>271</sup> Weitaus erfolgreicher agierte Well nach seiner Abreise nach Frankreich - er lebte vom Oktober 1930 bis Mai 1931 in Paris - in der Ausnutzung machtpolitischer Verschiebungen innerhalb der internationalen Linksopposition: „In engem Kontakt mit den Leipzigern stehend, schmiedete er seine wichtigste Waffe gegen Landau doch auf anderem Gebiet: In der künstlichen Konstruktion, teils aber auch in der scharfsinnigen Antizipation realer fraktioneller Verlagerungen und entsprechender Konfliktpotentiale innerhalb der internationalen trotzkistischen Bewegung.“<sup>272</sup> Offen hervortretende Konflikte in der französischen trotzkistischen Organisation, der „Ligue Communiste“, konnte Well dabei konsequent zur Schwächung der Position seines Widersachers nutzen. Obwohl er zunächst laut eigenen Angaben gegenüber der Reichsleitung keinerlei Einblick in die verworrene Situation in der französischen Opposition besaß, ergriff er im gleichen Zeitraum Partei für den von Trotzki favorisierten „Molinier-Flügel“ und konstruierte das Vorhandensein einer internationalen Subfraktion um Kurt Landau, den Amerikaner Shachtman so-

---

<sup>270</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 223

<sup>271</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 63

<sup>272</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 235-236

wie deren französischen Anhängern in der „Ligue Communiste“ um Claude Naville.<sup>273</sup> Dieses Täuschungsmanöver sollte seine Wirkung bei Trotzki nicht verfehlen. Der von ihm unterstützte Flügel sollte aus den internen Auseinandersetzungen, als deren Ergebnis sich die mit Landau verbundene Gruppe im März 1931 abspaltete<sup>274</sup>, als Sieger hervorgehen. Dass Landau ähnlich dem französischen Beispiel in der Auseinandersetzung österreichischer linkskommunistischer Gruppen „auf das falsche Pferd setzte“ und für die „Mahnruf-Gruppe“ Partei ergriff, welche ebenfalls 1931 aus der ILO ausgeschlossen wurde<sup>275</sup>, schwächte seine Position bei Trotzki weiterhin zusehends.

Auch der eher im Hintergrund agierende Bruder von Well, Adolf Senin, trat durch eine Reihe von Maßnahmen hervor, die im Kontext einer zu vermutenden Zersetzungsstrategie Hinweise auf seine Geheimdiensttätigkeit aufzeigen sollten. Hervorzuheben ist vor allem die von ihm initiierte Einführung angeblicher sowjetischer oppositioneller Kommunisten in die deutsche trotzkistische Organisation. Das mangelnde Misstrauen gegenüber den von ihm dargestellten informellen Verbindungen zur russischen Opposition ließ ihn beispielsweise so weit gehen, einen bis dahin in trotzkistischen Kreisen unbekanntem Angestellten der russischen Handelsmission in Deutschland und nachweislichen GPU-Agenten in die Reihen der Berliner Organisation einzuführen. Mit Hilfe dieses „agent provocateur“ gelang es Senin schließlich, das Internationale Sekretariat sowie den nach Berlin übergesiedelten Sohn Trotzkis, Leo Sedow, von der konstruierten Behauptung zu überzeugen, die Landau und seinen Anhängern die Unterschlagung und Zensurierung der Korrespondenzen mit der russischen Opposition vorwarf. Die Perfidität dieser stalinistischen Provokationstaktik äußerte sich anschließend darin, dass Landau im Falle einer tatsächlichen Unterschlagung von Briefen die Denunziation eines „agent provocateur“ in der internationalen trotzkistischen Presse angedroht wurde.<sup>276</sup>

Die lediglich als Beispiele aufgeführten Maßnahmen stehen kennzeichnend für die in der ersten Periode des deutschen Trotzkismus feststellbare und planmäßig organisierte, stalinistische Unterwanderungs- und Zersetzungsstrategie. Die Grundausrichtung dieser Aktionen fußte auf der Weiterführung der sich bereits im Gründungsstadium der VLO abzeichnenden Divergenzen zwischen

---

<sup>273</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 235-236

<sup>274</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 69

<sup>275</sup> Vgl. ebd., S. 68

<sup>276</sup> Bei dem erwähnten GPU-Agenten handelt es sich um Melev alias Lepoladski. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 238-239

Weddinger Opposition und ehemaligen Leninbundmitgliedern, als deren Konsequenz die erste Abspaltung im deutschen Trotzkismus entstand. Die dieser Entwicklung zugrunde liegenden Konflikte formten sich aus einem Konglomerat politisch-theoretischer Differenzen, organisatorisch-administrativer Maßnahmen sowie persönlichen Streitigkeiten und Denunziationen. Sind die Implikationen der politischen Auseinandersetzungen dabei nur schwer zu erkennen, lässt sich im Kontext der ab Sommer 1930 zeitlich ungefähr parallel vollzogenen Schritte auf organisatorischer Ebene eine klare Absicht der Leipziger Agenten feststellen. Dabei lagen der trotzkistischen Organisation einige ernstzunehmende Warnungen vor einer stalinistischen Unterwanderung vor.<sup>277</sup> Während aber Landau mit seinem wiederholt geäußerten „Zentrismusverdacht“ gegen das litauische Geschwisterpaar innerhalb der deutschen und internationalen Linksopposition kein Gehör fand, konnten die Leipziger GPU-Agenten bis 1932 fast das uneingeschränkte Vertrauen Trotzki für sich verbuchen.<sup>278</sup> Besonders Roman Well zeichnete sich durch eine politische Anpassungsfähigkeit sowie ein „gutes Gespür für sich anbahnende fraktionelle Umgruppierungen innerhalb der trotzkistischen Bewegung“<sup>279</sup> aus, jedoch ohne dass diese Flexibilität in einer absoluten Hörigkeit gegenüber Trotzki oder den weisungsbefugten Organen der ILO mündete. Offen und wiederholt gab Well politischen Meinungsverschiedenheiten gegenüber der Führungsfigur der internationalen Linksopposition Ausdruck<sup>280</sup>, was dessen Ansehen eher nützlich war als schadete. Dies unterschied ihn klar von der zweiten Generation stalinistischer Agenten, die ab 1936 in die trotzkistische Bewegung eingeführt wurden und dort teilweise führende Positionen einnahmen, sich im Gegensatz zu Well aber kaum ein politisches Profil erarbeiten konnten.<sup>281</sup>

---

<sup>277</sup> So gibt Rüdiger Zimmermann an, dass ein Mitglied des Leninbundes bereits Anfang 1930 vor Roman Well gewarnt hätte. Vgl. Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 234. Der Amerikaner Shachtman äußerte nach der Gründungskonferenz der VLO einen noch nicht auf Personen bezogenen Verdacht, wobei sich zwei führende Genossen der deutschen Linksopposition als stalinistische Agenten entpuppen könnten. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 224. Aus einem Schreiben der Landaugruppe geht außerdem hervor, dass Trotzki die Reichsleitung bereits im Mai 1930 gewarnt hätte, dass diese von „Stalinspitzeln“ unterwandert wäre. Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 989, „Die Abspaltung und Zersetzung des zentristischen Blocks in der deutschen Opposition und der Kampf für die revolutionäre Arbeiterdemokratie in der internationalen Opposition“, Resolution der Reichsleitung der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) v. 7. Mai 1931, S. 1

<sup>278</sup> Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 37

<sup>279</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 230

<sup>280</sup> Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 37

<sup>281</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 230

### 4.3. Entwicklung der LO von 1931 bis 1933

#### 4.3.1. Politik und Geschichte der LO bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung

Der Bruch mit Landau beendete die Anfangsperiode des deutschen Trotzkismus, innerhalb derer die Linke Opposition durch die internen Auseinandersetzungen weitgehend paralytiert war. In der bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung andauernden zweiten Phase konnte die Organisation jedoch einen organisatorischen als auch politischen Aufschwung verzeichnen.

Ein wesentliches Element dieser fortschrittlichen Entwicklung stellte die Herausgabe der Zeitschrift „Permanente Revolution“ dar.<sup>282</sup> Nachdem in den ersten Monaten nach der Spaltung der Kontakt der Reichsleitung mit der Linksopposition über ein hektographiertes Mitteilungsblatt aufrechterhalten werden konnte und sich die Organisation weitgehend stabilisierte, konnte im Juli 1931 die erste Ausgabe der neuen Zeitung herausgegeben werden.<sup>283</sup> Der Name des Organs sollte als Parole der Bewegung den eigenen politischen Anspruch symbolisieren und die Abgrenzung zur stalinistischen Doktrin vom „Sozialismus in einem Land“ verdeutlichen, welche „die Negierung des internationalen Charakters der sozialen Revolution“<sup>284</sup> verkörperte. In der Grundauffassung der Trotzkisten war es die aus dieser Theorie resultierende ideologische Verwirrung, welche die Politik der Kommunistischen Partei in Deutschland bestimmte und innerhalb derer die international ausgerichtete, marxistische Sichtweise durch die unmarxistischen Programme der „Volksrevolution“ oder der „nationalen und sozialen Befreiung“ ersetzt wurde. Diese müssen durch eine Rückkehr zur internationalistischen Ausrichtung kommunistischer Politik ersetzt werden: „Permanente Revolution bedeutet für uns also sozialistische Revolution mit eindeutiger internationaler Perspektive unter bedingungsloser Ablehnung aller von uns aus dem Arsenal des Reformismus und Nationalismus entlehnten Parolen von dem national begrenzten Sozialismus und nationaler Befreiung.“<sup>285</sup>

Trotz dieser entschiedenen Kritik an stalinistischer Theoriebildung und ihrer konkreten Auswirkungen auf die Praxis der kommunistischen Parteien, verblieb die politisch-organisatorische Grundausrichtung der deutschen Trotzkisten nach wie vor im Selbstverständnis einer bloßen „Gesundungs-

---

<sup>282</sup> Die erste Zeitschrift der deutschen Trotzkisten, der „Kommunist“, wurde von der Landau-Gruppe weitergeführt.

<sup>283</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 73-74

<sup>284</sup> Permanente Revolution Nr. 1, 1. Jg. (Juli 1931), S. 1

<sup>285</sup> Ebd., S. 1



fraktion“<sup>286</sup> der KPD verhaftet. Selbst die Beteiligung der KPD am von der sog. „Nationalen Opposition“ (NSDAP, Stahlhelm, Deutschnationale usw.) initiierten Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages im Sommer 1931, der den Sturz der sozialdemokratischen Landesregierung zum Ziel hatte<sup>287</sup>, führte nicht zum Wandel dieser grundlegenden Ausrichtung. Zwar glaubte die LO in der von den Kommunisten als „Roter Volksentscheid“ umgedeuteten Abstimmung den Ausdruck einer ideologischen Verbindungslinie von der Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ zu einer immer mehr von nationalen Befreiungsparen durchsetzten Parteipolitik beweisen zu können<sup>288</sup>, jedoch reichte diese Einsicht nicht zu einem Überdenken der rigorosen KPD-Orientierung aus. Im Oktober 1931 überbrachte eine Delegation der Linksopposition einen Brief an das ZK der KPD, der die bisher eingeschlagene Linie der Kritik an deren Politik bei gleichzeitigen Unterstützungsofferten im Selbstverständnis einer innerparteilichen Fraktion bekräftigen sollte. Im Mittelpunkt dieses Schreibens stand die von den Trotzlisten wahrgenommene Diskrepanz zwischen den Grundfaktoren der Revolution: dem Vorhandensein einer objektiv revolutionären Situation und der mangelnden Reife des subjektiven Faktors. Diese Ungleichmäßigkeit könne nur bei radikalem Kurswechsel der Partei wettgemacht werden, um einerseits die Perspektive einer revolutionären Entwicklung sowie andererseits das Primat der Abwehr der faschistischen Gefahr zu gewährleisten. Deshalb beinhaltete die Resolution eine Forderung an die KPD, an alle politischen Gruppierungen, Gewerkschaften und Arbeiter-Organisationen heranzutreten, welche sich bereit erklärten, einen gemeinsamen Aufruf zur Formierung einer Aktions-Gemeinschaft gegen den Faschismus zu bilden.<sup>289</sup> Zugleich wurde die Bereitschaft zur Unterstützung der KPD bekräftigt: „Wir erklären ausdrücklich, daß wir aus innerster Überzeugung trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe von Fragen mit all unseren Kräften bereit sind, jeden Schritt der Partei in dieser Richtung zu unterstützen und uns voll und ganz an jeder Stelle der Partei zur Verfügung zu stellen.“<sup>290</sup>

Obwohl sich die allgemeine Konzeption der LO nach wie vor auf die KPD und die erhoffte Beeinflussung ihrer Politik richtete, konnte die Organisation ab 1931 erhebliche Fortschritte zur Stärkung ihrer eigenen Strukturen erzielen. Ohne jegliche finanzielle Unterstützung von außen<sup>291</sup> konnte die

---

<sup>286</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 200

<sup>287</sup> Vgl. Flechtheim Ossip K. (FN 8), S. 277

<sup>288</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 85

<sup>289</sup> Vgl. Permanente Revolution Nr. 4, 1. Jg. (Oktober-November 1931), „An das ZK der KPD!“, S. 1-2

<sup>290</sup> Ebd., S. 2 (Schreibweise lt. Original)

<sup>291</sup> Vgl. Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 74

„Permanente Revolution“, welche zunächst als Monatszeitschrift erschienen war, ab 1932 vierzehntägig und ab Ende Juli 1932 als Wochenzeitung herausgegeben werden. Im Vergleich zum „Kommunist“ verkörperte sie aufgrund des verbesserten Inhalts und des häufigeren Erscheinens einen klaren Fortschritt.<sup>292</sup> Ihre Auflage konnte bis Mitte 1932 mit 5000 Exemplaren verdoppelt werden. Einen weiteren Schwerpunkt propagandistischer Aktivitäten bildete der Vertrieb der Trotzki-Schriften durch die LO. Nach eigenen Angaben konnten bis 1932 innerhalb eines Jahres über 50.000 solcher Broschüren abgesetzt werden.<sup>293</sup> Besonders die faschismustheoretischen Analysen<sup>294</sup>, welche Trotzki in Form der Benennung von Kampfzielen und Kampfformen mit praktischen Forderungen verband, fanden weit über die Grenzen eines linkskommunistischen Milieus Beachtung. So wurden diese Schriften bei KPD-, SAP- sowie SPD- Mitgliedern bis ins linksbürgerliche Lager verbreitet<sup>295</sup>. Diese propagandistischen Anstrengungen der LO erhöhten den Einfluss trotzkistischer Ideen über die Grenzen der eigenen Organisation hinaus.

Im Vergleich zu den beschriebenen Entwicklungen auf politisch-propagandistischer Ebene waren die organisatorischen Fortschritte der trotzkistischen Organisation relativ bescheiden, auch wenn seit Ende 1931 ein deutliches Mitgliederwachstum zu verzeichnen war. Ende 1932 zählte die LO ungefähr 600 Anhänger in 44 Ortsgruppen.<sup>296</sup> Es war also trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, den Charakter einer politischen Kleinorganisation zu überwinden.<sup>297</sup> Die hinzugewonnenen Mitglieder waren meistens von ihrer Partei enttäuschte Kommunisten, in selteneren Fällen stammten sie auch aus anderen oppositionellen Gruppierungen wie beispielsweise dem Leninbund. Von ihrer sozialen Struktur kann die LO als fast reine Arbeiterorganisation bezeichnet werden. Ausnahmen bildeten hier wiederum die Universitätsstädte Berlin und Leipzig, wo in nicht unbedeutendem Maße Studenten vertreten waren.

In ihrer politischen Arbeit konnte die Linke Opposition nach dem Bruch mit Landau durch die Festigung ihrer internen Strukturen profitieren. Nach wie vor bestimmten Auseinandersetzungen in

---

<sup>292</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 75

<sup>293</sup> Vgl. Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 86

<sup>294</sup> Das waren „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen“, „Soll der Faschismus wirklich siegen?“ (zusammen Auflage von 31.500 Stück) sowie „Was nun“ (15.000 Exemplare). Vgl. ebd., S. 86

<sup>295</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 75

<sup>296</sup> Vgl. ebd., S. 77

<sup>297</sup> Aus organisationssoziologischer Sicht sind Splittergruppierungen wie LO, KPO oder SAP als politische Kleinorganisationen zu bezeichnen. Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 225-226

theoretischen und taktischen Fragen das innere Leben der Organisation, allerdings wirkten sich diese Konflikte nicht mehr derart negativ wie in der Gründungsperiode auf die Funktionsfähigkeit der LO aus. Die Krise, die von den Trotzkisten als „Reflex der Krise und Degeneration“<sup>298</sup> der kommunistischen Bewegung allgemein aufgefasst wurde, konnte durch die Beseitigung der Form der bürokratischen Konfliktaustragung überwunden werden und führte zur Herstellung einer gemeinsamen politischen Handlungsfähigkeit.<sup>299</sup> So gelang es auf lokaler Ebene teilweise sehr erfolgreich, die Einheitsfrontforderungen in die Tat umzusetzen und die ansässige KPD- und SPD-Mitgliederschaft zur Teilnahme zu mobilisieren.<sup>300</sup> Die Interventionen höherer Instanzen beider großer Arbeiterparteien sorgten jedoch in den meisten Fällen dafür, dass diesen von der LO initiierten Bestrebungen nur ein zeitlicher Erfolg beschieden war.

Große Aufmerksamkeit widmeten die deutschen Trotzkisten der Analyse der innenpolitischen Entwicklungen sowie der KPD-Politik. Sensibel wurde auf jedes geringe Anzeichen der Änderung der Parteilinie<sup>301</sup> reagiert, die in der Wahrnehmung der Linksopposition in den meisten Fällen lediglich ideologische „Windungen“<sup>302</sup> anstatt wirklich ernstzunehmender „Wendungen“<sup>303</sup> in Form der Abkehr von der Sozialfaschismuskonzeption und der daraus resultierenden Einheitsfrontstrategie darstellten. In der Endphase der Weimarer Republik nahmen die Beobachtungen der LO teilweise einen fast schon resignierenden Ton an: „Wer sich aber eine grundlegende Änderung und Berichtigung der Katastrophenpolitik der in dieser Beziehung besonders auffälligen letzten Jahre erhoffte, muss durch die Beschlüsse des unlängst tagenden EKKI-Plenums sich eines besseren belehren lassen.“<sup>304</sup>

Der politischen Entwicklung ab 1931 maß die LO grundlegende Bedeutung bei. Ohne die undiffe-

---

<sup>298</sup> Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 87

<sup>299</sup> Vgl. ebd., S. 87

<sup>300</sup> Hervorzuheben sind hier die Erfolge der relativ einflussreichen LO-Gruppen in Bruchsal und Oranienburg, denen 1931 bzw. 1932 gelang, Einheitsfrontorgane entgegen den Weisungen höherer Parteiinstanzen von KPD und SPD aufzubauen. Auch in anderen Ortsgruppen wurde von zeitweilig erfolgreichen Einheitsfrontinitiativen der LO berichtet. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 80-81

<sup>301</sup> Hermann Weber stellte von 1929 bis 1933 allein acht Phasen fest, in denen die taktische Einstellung der KPD gegenüber der Sozialdemokratie modifiziert wurde. Vgl. Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1928-1945, Darmstadt 1983, S. 122 ff

<sup>302</sup> Permanente Revolution Nr. 1, 2. Jg. (Anfang Januar 1932), „Windungen statt Wendungen. Der Appell des ZK der KPD“, S. 4

<sup>303</sup> Ebd., S.4

<sup>304</sup> Permanente Revolution Nr. 25, 2. Jg. (4. Oktoberwoche 1932), „EKKIplenum zur Lage in Deutschland“, S. 1

renzierte Sichtweise der KPD anzunehmen, welche das System der späten Weimarer Republik bereits als faschistisch einstufte, analysierten die Trotzlisten den seit der Regierung Brüning eingeschlagenen Kurs der Ausschaltung der Legislative und der Anwendung von Notverordnungen als Anzeichen einer beginnenden Übergangsperiode von formaler Demokratie zum Faschismus: „Der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung tritt eine Selbstausschaltung der Mehrheitsparteien würdig zur Seite. Die bürgerliche Demokratie ist nahe am Ende ihres Lateins angelangt und immer stärker werden die Gegenkräfte, die der faschistischen Konterrevolution...“<sup>305</sup> Den verfassungswidrigen Sturz der Regierung Brüning verstand die LO bereits als einen Wendepunkt der Lage in Deutschland, von dessen Weiterentwicklung nicht nur das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung abhängt.<sup>306</sup> Die Gefahr der innenpolitischen Situation sahen die Trotzlisten vor allem in der Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse begründet, die sich im Verzicht der Bourgeoisie auf die Tolerierung der Arbeiterklasse begründe. Das Kabinett Papen spiele deshalb lediglich eine Vorreiterrolle für eine mögliche Hitler-Diktatur.<sup>307</sup> In der Nachfolgeregierung Schleicher glaubte die LO eine durch soziale Konzessionen gegenüber den Arbeitermassen bedingte sowie auf die Armee gestützte Stärkung des Bonapartismus zu erkennen. Dessen weiteres Schicksal - so wurde angenommen - wäre jedoch durch die wirtschaftliche Entwicklung, aber vor allem von der Politik der KPD abhängig, bei deren Richtigkeit der Zusammenbruch der Regierung und das Ende der kapitalistischen Herrschaft als möglich erachtet wurden.<sup>308</sup>

Die Analysen der LO, die sich weitgehend an der Bonapartismustheorie von Trotzki orientierten, bedeuteten gegenüber den undifferenzierten Einschätzungen der KPD einen deutlichen Fortschritt. Der inflationäre Gebrauch des Faschismusbegriffs - gleichsam bezogen auf den politischen „Hauptfeind“ Sozialdemokratie sowie die bürgerliche Ordnung der späten Weimarer Republik - konnte nur zur Verwirrung der eigenen Anhängerschaft sowie zum Verzicht einer massenhaften Zusammenarbeit zwischen den beiden großen deutschen Arbeiterparteien führen. Die Appellationen der Trotzlisten blieben für die Ausrichtung der KPD-Politik ohne Wirkung. Der am 30. Januar 1933 erfolgte Machtwechsel unter der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler verkörperte für die LO folgerichtig den Wandel von der Epoche des Bonapartismus zum Beginn eines neuen Kapitels, des „blutigen

---

<sup>305</sup> Permanente Revolution Nr. 4, 1. Jg. (Oktober-November 1931), „Zwischen Demokratie und Faschismus“, S. 8

<sup>306</sup> Vgl. Permanente Revolution Nr. 13, 2. Jg. (Anfang Juli 1932), „An das ZK, an alle Mitglieder der KPD!“, S. 2

<sup>307</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 97

<sup>308</sup> Vgl. ebd., S. 108-109

Kapitels des deutschen Faschismus“<sup>309</sup>. Noch einmal wurde in der „Permanenten Revolution“ die Forderung einer Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD bekräftigt, da es als möglich erachtet wurde, „in zwölfter Stunde durch eine leninistische Einheitsfrontpolitik den Widerstand zu organisieren und das Proletariat zum Sieg zu führen“<sup>310</sup> Auch diese Forderung blieb ohne Wirkung. Die von den Trotzlisten als ein wesentliches Element des Faschismus erkannte Perspektive der völligen „Zerschlagung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft“<sup>311</sup> erwies sich als ein bedeutender Schritt innerhalb der Entwicklung der totalitären nationalsozialistischen Diktatur und sollte die Warnungen der LO zur traurigen Gewissheit werden lassen.

Die beschriebene zweite Phase des Bestehens der Linken Opposition in Deutschland war durch einen verhältnismäßigen organisatorischen und politischen Aufschwung gekennzeichnet. Trotzdem konnte sie den Status einer politischen Kleinorganisation nicht überwinden und scheiterte auch deshalb am selbst gewählten Anspruch einer „Gesundungsfraktion“ der KPD. Hervorzuheben ist ebenfalls die Tatsache, dass selbst in der politisch bedeutsamsten Phase der LO interne Fraktionskämpfe und eine darauf folgende Abspaltung festzustellen sind. Nachdem sich innerhalb der internen taktischen und theoretischen Auseinandersetzungen eine Gruppe um die Leipziger GPU-Agenten Well und Senin ab der zweiten Hälfte des Jahres 1932 stalinistischen Positionen angenähert hatte und diese immer offener innerhalb der LO vertrat, wurde sie zu Beginn des Jahres 1933 aus der Opposition ausgeschlossen.<sup>312</sup> Den Höhepunkt dieses Konflikts bildete die Herausgabe einer gefälschten Nummer der „Permanenten Revolution“ im Januar 1933 durch eben diese Fraktion, in welcher der Bruch der Linken Opposition mit Trotzki vermittelt wurde. Der Hintergrund dieses Vorfalls sowie die Rolle der Leipziger „agents provocateurs“ sollen in einem späteren Kapitel dargestellt werden.

#### 4.3.2. Entwicklung der LO in Leipzig

Die Leipziger Gruppe der LO galt unmittelbar nach dem Bruch mit Landau als eine der zahlenmäßig stärksten und aktivsten Organisationen der deutschen trotzkistischen Opposition. Im Gegensatz zu anderen Ortsgruppen konnte sie jedoch von den beschriebenen strukturellen und politischen Fortschritten der Gesamtorganisation kaum profitieren. So sollten Stagnation, interne Auseinander-

---

<sup>309</sup> Permanente Revolution Nr. 5, 3. Jg. (1. Februarwoche 1933), „Wo stehen wir“, S. 1

<sup>310</sup> Permanente Revolution Nr. 5, 3. Jg. (1. Februarwoche 1933), „Der Terror beginnt! Sofort handeln durch Einheitsfront“, S. 1

<sup>311</sup> Ebd., S. 1

<sup>312</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 143 ff.

setzungen und eine am eigenen Anspruch gemessene, relative Einflusslosigkeit der politischen Tätigkeiten die Geschichte der westsächsischen Trotzlisten von 1931 bis 1933 prägen.

Aus den vorhandenen Archivadokumenten ließen sich nur in beschränktem Umfang Schlüsse über die organisatorische Entwicklung der Gruppe für den genannten Zeitraum erzielen. Gegen Ende des Jahres 1932 wurde die Mitgliederzahl der LO mit 60 aktiven Anhängern angegeben.<sup>313</sup> Nach den geringen Verlusten der auch in Leipzig vollzogenen Spaltung mit der Landau-Gruppe konnte die von Trotzki unterstützte Organisation also kaum neue Mitstreiter gewinnen. Gleichsam geben die vorhandenen Archivmaterialien Aufschluss über eine ab 1931 feststellbare, politische Inaktivität eines Teils der Mitgliedschaft bzw. ganzer Ortsteilgruppen.<sup>314</sup> Auch bestimmten interne Auseinandersetzungen und Diffamierungen das innere Leben der westsächsischen LO. So wird vom zwischenzeitlichen Ausschluss eines Leipziger Trotzlisten aus der Bezirksleitung wegen provokatorischer Vorwürfe berichtet<sup>315</sup>, weiterhin ist die Rede von einer „intensiven Intellektuellenhetze“<sup>316</sup> gegen die Person Erwin Ackerknechts. Weitere Korrespondenzen zeugen von Auseinandersetzungen auf internen Sitzungen, die den Rahmen einer „normalen“ politischen Diskussion sprengten und bei denen die Existenzberechtigung der Linken Opposition allgemein in Frage gestellt wurde.<sup>317</sup> Die Streitigkeiten innerhalb der Leipziger Organisation führten schließlich soweit, dass die Gruppe einige Male direkt vor der Gefahr einer Spaltung stand.<sup>318</sup> Tendenziell verlief die Konfliktaustragung zur Formierung einer Gruppe um Erwin Ackerknecht und Oskar Schüssler sowie einer entsprechenden Gegenfraktion um die GPU-Agenten Well und Senin. Aufgrund der Tatsache, dass gerade diese Mitglieder ebenfalls führende Positionen innerhalb der nationalen Linksopposition einnahmen, übertrug sich diese Konfliktlinie ab Mitte 1932, als die litauischen Geschwister und ihre

---

<sup>313</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 984, Protokoll der Reichsleitungssitzung v. 08.12.1932, S. 1

<sup>314</sup> So wird beispielsweise von einer ordnungsgemäßen Versammlung der Leipziger LO berichtet, auf der mit einem Berliner Genossen (Schmidt) über die Gewerkschaftsfrage diskutiert wurde. Von diesem wurde festgestellt, dass auf der Versammlung eine ganze Ortsteilgruppe sowie die zwei Betriebszellen der LO gefehlt hätten. Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 984, Protokoll der Reichsleitungssitzung v. 08.12.1932, S. 1. Erwin Ackerknecht berichtete zudem, dass während seiner zeitweiligen Abwesenheit die Arbeit auch ohne seine Führung funktioniere, „wenn auch nicht mit großem Schwung“. Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 982, Brief Erwin Ackerknecht an einen Genossen „Ludwig“ v. 25.10.1931, S.1

<sup>315</sup> Bei der zwischenzeitlich ausgeschlossenen Person handelt es sich um Stoy (Samuel Hundert). Vgl. IISG Trotzki-Kollektion Nr. 984, Protokoll der Reichsleitungssitzung v. 01. 08.1932, S. 1

<sup>316</sup> IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 982, Brief Erwin Ackerknecht an einen Genossen „Ludwig“ v. 25.10.1931, S.1. Die von Ackerknecht erwähnten Verleumdungen stammten vom Mitglied der Leipziger Gruppe Hurm, welcher der Gruppierung um Well und Senin zuzuordnen ist. Vgl. ebd., S. 1

<sup>317</sup> Diese Vorwürfe stammten ebenfalls von Hurm. Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 982, Brief Erwin Ackerknecht an einen Genossen „Alexander“ v. 03.11.1931, S.1

<sup>318</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 984, Protokoll der Reichsleitungssitzung v. 08.12.1932, S. 2

Anhänger immer offener stalinistische Positionen annahmen, über die sächsischen Grenzen hinweg auf die gesamtdeutsche Organisation. Überhaupt ist allgemein festzustellen, dass die führenden Vertreter der Leipziger Gruppe trotz der im Verhältnis zu anderen Ortsgruppen geringfügigen Weiterentwicklung in der nationalen sowie internationalen trotzkistischen Opposition wichtige Führungspositionen einnehmen konnten<sup>319</sup> und damit eigentlich überproportional in diesen wichtigen Gremien vertreten waren. Dies war sicherlich dem Umstand geschuldet, dass die Westsachsen aus dem Konflikt mit Landau als Sieger hervorgegangen waren, was ihre Position und das Ansehen in der LO festigte. Trotzki, der mit Ackerknecht sowie den Geschwistern Sobolevicius in regelmäßigem Briefverkehr stand, förderte ebenfalls die Leipziger Führungskader und übertrug ihnen teilweise wichtige Funktionen innerhalb der Linksopposition.<sup>320</sup>

Die aufgrund des Mangels an Archivdokumenten nur bruchstückhaft rekonstruierbare interne Entwicklung der Leipziger LO von Mitte 1931 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung lässt so zumindest ansatzweise die Schlussfolgerung zu, dass diese Periode durch interne Auseinandersetzungen und eine stagnierende organisatorische Entwicklung gekennzeichnet war und die politische Arbeit stark hemmte. Zwar lassen die unter der Rubrik „Aus den Organisationen“ in der „Permanenten Revolution“ veröffentlichten Berichte der westsächsischen Trotzkisten umfangreiche Bemühungen und vielfältige Aktivitäten propagandistischer Art erkennen, jedoch beweisen die Beschreibungen ebenso deren geringe Wirksamkeit und geben somit Aufschluss über die relative Einflusslosigkeit der Linken Opposition in ihrem Bestreben, die Arbeiterschaft im Sinne ihrer politischen Anschauungen beeinflussen zu können. So berichten die Artikel der Westsachsen von der Teilnahme an Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, von einem selbst organisierten Diskussionsabend mit dem Mitglied des Preußischen Landtages und LO-Mitglied Oskar Seypold zur Thematik „Soll der Faschismus siegen und wie wird er geschlagen“, von einer teilweise sehr aktiven trotzkistischen

---

<sup>319</sup> So waren in der aus 16 Personen bestehenden Reichsleitung allein vier Leipziger vertreten: Ackerknecht, Well, Senin und Büchner. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 78. Die siebenköpfige Redaktionskommission der „Permanenten Revolution“ bestand aus mindestens drei Leipziger Mitgliedern: Well, Senin und Ackerknecht. Vgl. ebd., S. 79. Es besteht die Möglichkeit, dass Oskar Schüssler, der für die Zeichnung diverser Artikel in der trotzkistischen Zeitschrift verantwortlich war, ebenfalls der Redaktion angehörte. Im Dezember 1931 wurden außerdem die Geschwister Well und Senin unter Mitwirkung Trotzki zu Mitgliedern des Internationalen Sekretariats der ILO ernannt. Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 497. Otto Schüssler war außerdem von Mai 1932 bis 1933 Sekretär bei Trotzki auf Prinkipo. Vgl. <http://www.marxists.org/history/etol/revhist/supplem/schussle.htm>

<sup>320</sup> Isaac Deutscher berichtet beispielsweise, dass die Geschwister Sobolevicius Trotzki nicht nur mit wichtigen Informationen und Materialien für seine Bücher versorgten, sondern auch bei der Veröffentlichung des „Bulletin Opposition“ (Organ der russischen Linksopposition) behilflich waren und ein großer Teil der Geheimkorrespondenzen Trotzki mit der Sowjetunion samt den dazugehörigen Codes, Deckadressen usw. durch ihre Hände ging. Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 37

Jugendgruppe West und der Durchführung von Treffen und Diskussionen mit den Jugendorganisationen der KPD sowie KPO und SAP oder von der Teilnahme an einem Leipziger Antifakongress. Die starke Präsenz der LO sowie die teilweise erfolgreichen Bemühungen, eigene Redner oder Diskussionsbeiträge stellen zu können, verfehlten ihre Wirkung in der KPD nicht, die feststellen musste, „daß an einigen Stellen der Parteiorganisation Träger trotzkistischer Auffassungen und Ideologien auftraten“<sup>321</sup>. Die Tatsache, dass das KPD-Organ „Sächsische Arbeiterzeitung“ regelmäßig zum Trotzkismus Stellung bezog, werteten die Leipziger Linkskommunisten als Resultat ihres steigenden Einflusses in der Partei.<sup>322</sup>

Bei der Analyse der Berichte der westsächsischen LO ist jedoch die Tatsache und der ebenfalls von Annegret Schüle hervorgehobene Kritikpunkt nicht zu übersehen, dass die Leipziger Organisation stärker als andere Ortsgruppen lediglich auf eine ideologische Auseinandersetzung mit der KPD oder anderen Arbeiterorganisationen orientiert war.<sup>323</sup> Die Empfänglichkeit für die trotzkistischen Einheitsfrontappelle war bei einem Teil der kommunistischen Arbeiterschaft aufgrund der immer offener hervortretenden nationalsozialistischen Gefahr und der teilweise realitätsfernen und fehlerhaften Politik der KPD sicherlich gegeben und konnte in einem gewissen Umfang den Stellenwert der von der LO vertretenen Positionen erhöhen. Um jedoch eine ernsthafte Wendung der Parteilinie oder einen Masseneinfluss unter der kommunistisch orientierten Arbeiterschaft in Westsachsen erreichen zu können, waren die Strukturen der trotzkistischen Gruppierung zu schwach. Während aber andere Ortsgruppen taktisch völlig anders agierten, indem sie beispielsweise aus eigener Initiative Einheitsfrontorgane mit der SPD schufen und somit die KPD vor die Wahl der Isolation oder Mitbeteiligung stellten<sup>324</sup>, beschränkten sich die Aktivitäten der Leipziger Organisation in den meisten Fällen auf politische Diskussionen. So ist nur ein einziges Beispiel bekannt, bei welchem die Gruppe West im Sommer 1932 die Bildung einer Häuserblockschutzstaffel auch unter Beteiligung von kommunistischen Parteimitgliedern zu organisieren versuchte.<sup>325</sup> Die Bemühungen zur Schaffung eines Einheitsfrontorgans scheiterten jedoch wenige Wochen später, als ein hundertköp-

---

<sup>321</sup> Permanente Revolution Nr. 9, 2. Jg. (Anfang Mai 1932), Bericht der LO-Gruppe Leipzig, S. 12 (Schreibweise lt. Original)

<sup>322</sup> Vgl. ebd., S. 12

<sup>323</sup> Vgl. Schüle, Annegret/ Broué, Pierre (FN 10), S. 107

<sup>324</sup> Mit dieser Taktik gelang es beispielsweise der Oranienburger LO-Gruppe zeitweilig erfolgreich, die Einheitsfront zu verwirklichen. Vgl. ebd., S. 107

<sup>325</sup> An der Staffel beteiligten sich lediglich 24 Arbeiter. Vgl. Permanente Revolution Nr. 16, 2. Jg. (1. August-Woche 1932), Bericht der LO-Gruppe Leipzig, S. 8



figes Rollkommando der KPD die zweite Versammlung der Häuserschutzstaffel sprengte und den Trotzlisten mit den Worten „mit Konterrevolutionären gibt es keine Einheitsfront“<sup>326</sup> die politischen Realitäten klar gemacht wurden.

Einen zumindest moralischen Erfolg konnte die Leipziger LO in ihrer Ablehnung des ähnlich wie in Preußen initiierten Volksentscheids gegen die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Sachsen erzielen. Das von der KPD Ende 1931 eingeforderte Volksbegehren sollte sich als Initialzündung einer „antifaschistischen Volksbewegung“<sup>327</sup> nicht nur gegen die als reaktionär wahrgenommene Landesregierung und für die „Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte“<sup>328</sup> ausrichten, sondern in besonderem Maße gegen die Nationalsozialisten, als deren „Steigbügelhalter“<sup>329</sup> die sächsische Regierung bezeichnet wurde. Mag das Bekenntnis zur Verteidigung der bürgerlich demokratischen Rechte einer in revolutionärer Rhetorik geübten Partei doch überraschend erscheinen, offenbarte die folgende Beteiligung der Nationalsozialisten am Volksentscheid<sup>330</sup> endgültig die zur Farce verkommenen, ideologischen Wirrungen und Begründungsmuster der Parteiführung. Dementsprechend fand hier die ansonsten fast bis zur Bedingungslosigkeit führende, prinzipielle Unterstützung der Partei durch die Trotzlisten ihr Ende: „Die Linke Opposition, die sonst die Partei unterstützt, sah hier eine durch das Klasseninteresse des Proletariats diktierte unübersteigbare Grenze.“<sup>331</sup> Die Tatsache, dass das Volksbegehren im Leipziger Wahlkreis die geringste Unterstützung fand, konnte die Leipziger LO, die mit Flugblättern gegen eine Beteiligung der kommunistischen Arbeiterschaft agitierte, so zumindest als moralischen Erfolg auffassen. Jedoch ist es als bezeichnend zu werten, dass die Linksopposition in ihrer berechtigten Kritik an der Partei im gleichen Atemzug die Bereitschaft zu deren Unterstützung bekräftigte und ihrer nach wie vor vertretenen Reformorientierung Ausdruck gab: „Wir als Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) werden unsere Arbeit innerhalb der KPD weiter betreiben. Wir kämpfen für die Rückkehr der KPD zum Marxismus-Leninismus, wir kämpfen für die bolschewistische Reform der Partei.“<sup>332</sup> Die Kommunistische Partei, welche im Verständnis Trotzki's „die Auslese der fortschrittlichen Klas-

---

<sup>326</sup> Permanente Revolution Nr. 18, 2. Jg. (3. August-Woche 1932), Bericht der LO-Gruppe Leipzig, S. 18

<sup>327</sup> Schaller, Karlheinz: Die Bezirksparteiorganisation Sachsens der KPD von ihrer Gründung im Dezember 1929 bis zum 2. Bezirksparteitag im März 1932, Dissertation an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt v. 09.09.1983, S. 165

<sup>328</sup> Ebd., S. 165

<sup>329</sup> Ebd., S. 165

<sup>330</sup> Vgl. ebd., S. 166

<sup>331</sup> Permanente Revolution Nr. 12, 2. Jg. (Mitte Juni 1932), Bericht der LO-Gruppe Leipzig, S. 12

<sup>332</sup> Ebd., S. 12

se”<sup>333</sup> in sich vereinen sollte, in Deutschland aber im Gegensatz zur LO lediglich „Massen, aber bereits weder Doktrin noch strategische Orientierung”<sup>334</sup> besäße, sollte trotz der erkannten Diskrepanz der Bezugspunkt der politischen Aktivitäten bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung bleiben.

### **4.3.3. Von der Zersetzungstaktik zur Kapitulation: Die Leipziger GPU-Agenten in der Endphase der Weimarer Republik**

In der ersten Phase des Bestehens der deutschen trotzkistischen Organisation orientierte die Strategie der Leipziger GPU-Agenten Well und Senin auf eine Provokations- und Zersetzungstaktik, indem die bestehenden Konflikte durch die Begleitung von persönlichen Streitigkeiten und Denunziationen sowie die Anwendung von administrativen Maßnahmen forciert wurden. Die von einigen Seiten in die LO getragenen Spionagevorwürfe und der von Landau wiederholt geäußerte Verdacht der pro-stalinistischen Haltung des litauischen Geschwisterpaars erwiesen sich jedoch als unzureichend, um deren Stellung in der Linksopposition sowie bei Trotzki zu gefährden. Ab Mitte 1932 sollte sich die grundlegende strategische Ausrichtung von Well und Senin in eine offene Vertretung stalinistischer Positionen wandeln und mündete in einer spektakulären Fälschungsaktion der „Permanenten Revolution” und der Ankündigung der Rückkehr zur KPD. Dieser Vorfall sollte - je nach ideologisch zu begründender Interpretation - als Liquidation der Linken Opposition in Deutschland<sup>335</sup> oder als „Reinigung der Opposition vom revolutionären Kehricht”<sup>336</sup> die Schlagzeilen der deutschen Arbeiterpresse füllen und verursachte sogar in der trotzkistischen Bewegung ein Umdenken in der Frage des Umgangs mit Intellektuellen in den eigenen Reihen.

Nach der Trennung von Landau bis 1932 hielten sich die Aktivitäten der Litauer in einem Rahmen, der keine weiteren Verdachtsmomente einer Spionagetätigkeit in der Linksopposition liefern sollte. Im August 1931 besuchten Well und Senin Trotzki einige Tage auf Prinkipo, nahmen dort an einer Reihe von Diskussionen teil und verfassten ein gemeinsames Papier mit Trotzki's damaligem Sekre-

---

<sup>333</sup> Trotzki, Leo: Die russische Revolution. Kopenhagener Rede (November 1932) / Drei Konzeptionen der russischen Revolution, Frankfurt 1975, S. 5

<sup>334</sup> Trotzki, Leo (FN 60), S. 264

<sup>335</sup> Diese Meldung stammte vom KPD-Organ „Rote Fahne” vom 22.01.1933. Vgl. Permanente Revolution Nr. 4, 3. Jg. (4. Januar-Woche 1933), „Bestellte Arbeit. Zur Kapitulation von R. Well, A. Senin u.a.”, S.99

<sup>336</sup> Permanente Revolution Nr. 5, 3. Jg. (1. Februar-Woche 1933), Artikel Leo Trotzki „Ernste Lehre aus einer unernsten Sache”, S. 104

tär Jan Fränkel.<sup>337</sup> Erst im Herbst 1932 vollzog sich eine die wahren politischen Absichten offenbarende Wendung in den Aktivitäten des Geschwisterpaars, die auf eine erneute Spaltung innerhalb der LO hinausführen sollte. Senin reiste zunächst mit einer Delegation deutscher Studenten in die Sowjetunion. Kurz vor seiner Abreise erhielt er von Ackerknecht und Sedow die Adresse des oppositionellen Schriftstellers und späteren Trotzki-Biographen Victor Serge. Kurz nach Senins Besuch wurde Serge verhaftet, der Litauer hingegen konnte ungehindert nach Deutschland zurückkehren.<sup>338</sup> Ein verfasster Reisebericht, der im russischen Bulletin und etwas später in der „Permanente Revolution“ veröffentlicht wurde, schilderte in kritischem Unterton die soziale Situation der Arbeiter und Bauern in der SU und ließ noch keine Anzeichen einer Hinwendung zu stalinistischen Positionen erkennen.<sup>339</sup> In den im gleichen Zeitraum feststellbaren Korrespondenzen mit Trotzki griff der „agent provocateur“ jedoch dessen angebliche Unterschätzung der industriellen Fortschritte in der SU sowie der Resultate der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft scharf an.<sup>340</sup> Etwa zeitlich parallel vollzog Well in der deutschen Organisation einen Kurswechsel, indem er ein näheres Heranrücken der LO an die KPD einforderte.<sup>341</sup> Im gleichen Zeitraum ist der Übergang zu einer offen hervortretenden Zersetzungsstrategie bei Well festzustellen. Ohne Auftrag und Wissen der Reichsleitung<sup>342</sup> bereiste er im Herbst 1932 verschiedene Ortsgruppen der LO und äußerte sich dort auffällig positiv über den gelungenen Fünfjahresplan in der SU und die Einheitsfrontpolitik der KPD.<sup>343</sup>

Der innerhalb von wenigen Wochen vollzogene Kurswechsel offenbarte sich nach außen wahrnehmbar im Zusammenhang mit dem Anfang November 1932 ausgelösten Streik der „Berliner Verkehrsgesellschaft“. Der von der KPD initiierte Arbeitskampf wurde von der Gewerkschaftsleitung unter Begründung der Verfehlung der laut Statut erforderlichen  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit abgelehnt. Ihren zeitgeschichtlichen Bekanntheitsgrad erhielt die Aktion schließlich durch die darauf folgende Beteiligung der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Nun kämpften NSBO und RGO Seite an Seite gegen Gewerkschaftsführung und Unternehmer um den Einfluss in den proletarischen

---

<sup>337</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 324

<sup>338</sup> Vgl. ebd., S. 241

<sup>339</sup> Vgl. Permanente Revolution Nr. 4, 3. Jg. (4. Januar-Woche 1933), „Brief aus Moskau. Bericht des Kapitulanten Adolf Senin“, S. 98

<sup>340</sup> Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 183

<sup>341</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 146-147

<sup>342</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 984, Protokoll der Reichsleitungssitzung v. 02.01.1933, S.4

<sup>343</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 147

Massen. In breiten Bevölkerungskreisen stieß diese Zusammenarbeit auf Ablehnung - der Arbeitskampf musste nach fünf Tagen abgebrochen werden.<sup>344</sup> Trotz des erfolglosen Ausgangs des Streiks interpretierte Roman Well diesen als einen Wendepunkt in den Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung und hob die dabei wahrgenommene, führende Rolle der RGO hervor. Aufgrund des unbedeutenden Einflusses der Kommunisten in den freien Gewerkschaften sprach er der Forderung nach Auflösung der eigenen kommunistischen Verbände jegliche Berechtigung ab. Vielmehr müsse die Gewerkschaftseinheit auf Grundlage gemeinsamer Aktionen mit den freien Verbänden erkämpft werden. Mit dieser Haltung konnte sich Well zunächst in der Reichsleitung durchsetzen. Lediglich eine Minderheit um Erwin Ackerknecht stellte sich gegen diese Position und begriff den Hauptgrund des gescheiterten Arbeitskampfes in der Isolierung der RGO. Weiterhin vertrat sie die Auffassung, dass die Rückführung oppositioneller kommunistischer Politik in die freien Gewerkschaften integraler Bestandteil der von der LO vertretenen Einheitsfrontkonzeption sei.<sup>345</sup>

Die in dieser Frage heftig geführten Auseinandersetzungen fanden ihr scheinbares Ende am Rande einer Trotzki-Reise nach Kopenhagen im November 1932. Die Führungsfigur der Linken Opposition war auf Einladung sozialdemokratischer Studenten nach Dänemark gekommen und hielt vor 2.000 Menschen einen Vortrag über die Oktoberrevolution. Am Rande dieser Veranstaltung nutzten einige nach Kopenhagen gereiste Anhänger, darunter Ackerknecht und Senin, die Gelegenheit zur Durchführung einer kleinen informellen Konferenz der ILO, auf welcher die Konflikte in der deutschen Gruppe und die RGO-Frage behandelt wurden. Kurz vor seiner Abreise traf sich Senin mit Trotzki, um die an ihn und Well gerichteten Kapitulationsvorwürfe sowie die Situation in der LO zu klären. Die Beilegung des Konflikts erschien möglich, als die Differenzen scheinbar beseitigt wurden und der Litauer Trotzki seine vollkommene Übereinstimmung zusicherte.<sup>346</sup>

Die scheinbare Beilegung des Konflikts erwies sich als Trugschluss. Nur wenige Tage später veröffentlichte die „Permanente Revolution“ einen Artikel, in dem die Liquidierung der RGO als Kapitulation vor der SPD dargestellt und jegliche Kritik an der Rolle der KPD am BVG- Streik als parteifeindlich bezeichnet wurde. Ein weiterer, namentlich ungezeichneter, jedoch unzweifelhaft aus dem Umfeld der Mehrheit der Redaktionskommission um Well und Senin stammender Artikel „brillier-

---

<sup>344</sup> Vgl. Flechtheim, Ossip K. (FN 8), S. 285

<sup>345</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 147-148

<sup>346</sup> Vgl. ebd., S. 149 sowie Deutscher, Isaac (FN 49), S. 183

te” durch die Vermittlung stalinistischer Positionen.<sup>347</sup> Parallel dazu startete Well seinen Feldzug im Internationalen Sekretariat der ILO, indem er unter anderem Trotzki Thermidor- und Bonapartismustheorie verwarf, die bevorstehenden Parteisäuberungen in der KPD legitimierte, den Gebrauch der Sozialfaschismusthese in der KPD bestritt und Trotzki der Kapitulation vor den Feinden der Partei und der Komintern bezichtigte.<sup>348</sup>

Der offenkundige Wandel dieser bis dahin in der nationalen wie internationalen Linksopposition anerkannten Trotzkiisten zur Annahme pro-stalinistischer Positionen brachte nun die Reichsleitung der LO mehrheitlich gegen die von Well und Senin geführte Fraktion. Die von Trotzki eingeforderten organisatorischen Konsequenzen wurden zunächst jedoch nur halbherzig umgesetzt.<sup>349</sup> Diese Ruhepause nutzten die Leipziger „agents provocateurs” und ihre Anhänger zu ihrem finalen Coup: In einer gefälschten Nummer der „Permanenten Revolution” wurde die Behauptung aufgestellt, dass die Mehrheit der LO organisatorisch wie politisch mit dem Trotzkiismus gebrochen habe. Die Perspektiven Trotzki für die Sowjetunion und Deutschland wurden einer Bankrotterklärung gleichgesetzt. Seine ständigen Warnungen vor der Gefahr des Faschismus und der fehlerhaften Politik der KPD hätten sich als grundlegend falsch erwiesen - so die gefälschte Erklärung. Außerdem wurde die Rückkehr der Kapitulanten zur KPD angekündigt.<sup>350</sup>

Dieses nur wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler geleistete Meisterstück stalinistischer Provokationstaktik und die damit verbundenen politischen Fehlinterpretationen fanden parallel ihren Niederschlag in der deutschen und internationalen kommunistischen Presse. Fast zeitgleich und zum Teil in großer Aufmachung berichteten „Rote Fahne“, „Inprekorr“ sowie das Zentralorgan der französischen Kommunistischen Partei über den Zusammenbruch der deutschen Trotzki-Gruppe. Die völlig überrumpelte Reichsleitung schloss drei Tage später Well, Senin, Büchner und weitere ihrer Leipziger Anhänger aus der Organisation aus.<sup>351</sup> Die mit einer Unterschriftenliste angegebene Zahl von 127 Überläufern erwies sich jedoch als illusorisch. Der Großteil der Unter-

---

<sup>347</sup> Beispielsweise wurde darin die Einheitsfront entsprechend der KPD-Konzeption mit der Entlarvung der SPD gleichgesetzt. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 243

<sup>348</sup> Vgl. ebd., S. 243

<sup>349</sup> So wurde zunächst nur ein Mitglied der Well-Fraktion, Joko, aus der LO ausgeschlossen. Well und Senin verloren ihre Funktionen im Internationalen Sekretariat. Die Entscheidung über ihren Ausschluss aus der LO sollte der kommenden Reichskonferenz überlassen werden. Vgl. ebd., S. 243-244

<sup>350</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 150-151

<sup>351</sup> Das waren Heinrich Thake (Tacke), Brandt und Fedot.

zeichner gehörte nie der LO an.<sup>352</sup> Ein wirklicher Einbruch der Organisation war somit lediglich in Leipzig feststellbar.<sup>353</sup>

Auch wenn von einer Auflösung der deutschen LO-Gruppe keine Rede sein konnte, hatte die Aktion dem Ansehen der Organisation geschadet. Besonders die Tatsache, dass Well und Senin in der nationalen wie internationalen Linken Opposition führende Positionen einnehmen konnten und lange Zeit das Vertrauen Trotzki hinter sich wussten, hinterließ einen negativen Eindruck. Mit dementsprechender Genugtuung berichteten die Organe der KPO, SAP, des Leninbundes sowie die Landau-Gruppe über die erneute Abspaltung in der trotzkistischen Organisation. Besonders Kurt Landau musste den Vorfall als späten Beweis der Richtigkeit seiner ständigen Zentrismusvorwürfe gegen das Litauische Geschwisterpaar empfinden: „Ihr seid ausgezogen, um die Komintern zu reformieren, ihr habt es aber nicht zuwegegebracht, Linke von Opportunisten zu unterscheiden.“<sup>354</sup> Die erneute Spaltung in der LO interpretierte er als logische Konsequenz eines politischen Differenzierungsprozesses unter den „Permanentlern“, der von den Linkskapitulanten Well, Joko und Büchner bis zum Rechten Senin reiche, der ein „politischer Abenteurer“<sup>355</sup> wäre und die Verbindungen zum russischen Parteiapparat nie aufgeben hätte. Die Tragik der von Trotzki unterstützten deutschen Organisation sah Landau darin begründet, dass die vor der Spaltung vorhandenen Strömungen weiter existierten, wenn auch unter veränderten Kräfteverhältnissen.<sup>356</sup>

Die LO interpretierte den Vorfall dagegen als einen „Akt der Selbstreinigung“<sup>357</sup>. Dies entsprach sicherlich nicht den Realitäten, wird bedacht, dass die Organisation wochenlang nicht gegenüber den immer offensichtlicher hervortretenden Aktivitäten der „agents provocateurs“ reagierte und selber von den Kapitulanten mit der Ankündigung der Rückkehr zur KPD vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Dennoch fiel es der Linken Opposition nicht schwer, den politischen Wandel von

---

<sup>352</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 244

<sup>353</sup> Aus Leipzig stammten 26 Unterschriften, wovon 14 der Büchner-Gruppe zugeordnet wurden, die als der inaktivste Teil der Leipziger LO beschrieben wurde. Sechs der angegebenen Unterschriften waren gefälscht bzw. stammten nicht von der Leipziger Organisation. Vgl. Permanente Revolution Nr. 4, 3. Jg. (4. Januar- Woche 1933), „Bestellte Arbeit. Zur Kapitulation von R. Well, A. Senin u.a.“, S.99

<sup>354</sup> Der Kommunist Nr. 3, 4. Jg. (Februar 1933), „Die Spaltung der Gruppe ‚Permanente Revolution‘“, S. 3 (Schreibweise lt. Original)

<sup>355</sup> Ebd., S. 3

<sup>356</sup> Vgl. ebd., S. 3

<sup>357</sup> Permanente Revolution Nr. 4, 3. Jg. (4. Januar- Woche 1933), „Bestellte Arbeit. Zur Kapitulation von R. Well, A. Senin u.a.“, S. 100

Well und Senin nachzuweisen. Aus dem Tatbestand, dass beide in der Vergangenheit trotzkistische Positionen vertraten und diese darauf innerhalb weniger Monate revidierten, interpretierte die deutsche LO-Gruppe als Beweis einer bestellten Arbeit des stalinistischen Apparates. Dass die Kapitulanten trotzdem so lange in der Organisation verbleiben und agieren konnten, wurde als Ausdruck der eigenen Schwäche eingestanden.<sup>358</sup>

Auch Trotzki sah sich genötigt, zu den Geschehnissen in der LO Stellung zu beziehen. In Korrespondenzen mit Ackerknecht äußerte er sich empört über die Passivität der Organisation in der Well-Angelegenheit und äußerte gleichzeitig die Hoffnung, „dass jetzt, da sich die Eiterung geöffnet hat, der Organismus schnell genesen und viel kampffähiger wird“<sup>359</sup>. Grundsätzlich interpretierte er die Vorfälle in der deutschen Linksopposition analog zu ähnlichen Kapitulationsvorgängen<sup>360</sup> im Ausland als charakteristische Tat eines „unter der schwankenden Intelligenz und Halbintelligenz ziemlich verbreiteten Typus“<sup>361</sup>. Dieser besonders im kleinbürgerlichen Milieu ansässige Typus<sup>362</sup> neige zu politischen Schwankungen und letztendlich zur Kapitulation vor dem Parteiapparat aus karrieristischen Zwecken, um den eigenen „Preis auf dem Markte der stalinschen Bürokratie zu erhöhen“<sup>363</sup>. Die Neigung zum Verrat sei deshalb eine immanente Konsequenz der kleinbürgerlichen Natur und stehe im Gegensatz zu „jeder revolutionären moralischen Grundlage“<sup>364</sup>.

Obwohl Trotzki mit der Argumentation des kleinbürgerlichen Karrieristen die wahren Hintergründe der Kapitulation von Well und Senin nicht vollständig erfassen konnte, ging er davon aus, dass diese zumindest in der Endphase ihrer LO-Zugehörigkeit in direkter Verbindung mit dem GPU-Apparat gestanden haben müssen. Von einer planmäßigen und bereits seit Beginn des Bestehens der trotzkistischen Gruppe initiierten Zersetzungsarbeit durch die Leipziger „agents provocateurs“ konnte er aufgrund der damaligen Informationslage wohl nicht ausgehen. Dafür schlussfolgerte er

---

<sup>358</sup> Vgl. *Permanente Revolution* Nr. 4, 3. Jg. (4. Januar- Woche 1933), „Bestellte Arbeit. Zur Kapitulation von R. Well, A. Senin u.a.“, S. 99-100

<sup>359</sup> IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 972, Brief Leo Trotzki an Erwin Ackerknecht v. 26.01.1933

<sup>360</sup> Trotzki nennt hier die Fälle Gräf (Jakob Frank) in Österreich und Mill in Frankreich. Beide waren für die GPU aktiv. Vgl. *Permanente Revolution* Nr. 5, 3. Jg. (1. Februar-Woche 1933) Artikel Leo Trotzki: „Ernste Lehren aus einer unernsten Sache“, S. 103

<sup>361</sup> Ebd., S. 103

<sup>362</sup> Die Geschwister Sobolevicius stammten einer reichen und weit verzweigten litauischen Pelzhändlerfamilie ab. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 226

<sup>363</sup> *Permanente Revolution* Nr. 5, 3. Jg. (1. Februar-Woche 1933), Artikel Leo Trotzki: „Ernste Lehren aus einer unernsten Sache“, S. 103

<sup>364</sup> Ebd., S. 104

aus dem Vorfall die Notwendigkeit eines neuen Umgangs mit der Schicht der Intelligenz in der trotzkistischen Bewegung: „Die Arbeiter müssen in weit größerem Maße als zuvor die ganze Arbeit in ihre Hände nehmen. Es versteht sich, daß das nicht die Vertreibung der Intellektuellen bedeutet [...] aber das bedeutet jedenfalls eine ernste Prüfung wenig bekannter Intellektueller in der Arbeit und ein langsames, sehr langsames Verschieben auf leitende Posten.“<sup>365</sup>

In den meisten Fällen nach Well und Senin integrierte der stalinistische Geheimapparat einen völlig anderen Typus von Spionen in die trotzkistische Bewegung, welcher sich kaum noch ein politisches Profil erarbeiten konnte. Dieser entsprach eher dem Bild des „kaltblütigen Berufsagenten, der in der Sphäre der ideologischen Zersetzungsarbeit und der Provozierung politischer Konflikte nie hervorgetreten war“<sup>366</sup>. Dies kann als direkte Anpassung der GPU an die von Trotzki aus den Vorfällen in der deutschen LO-Gruppe geäußerten Schlussfolgerung gedeutet werden.

---

<sup>365</sup> Permanente Revolution Nr. 5, 3. Jg. (1. Februar-Woche 1933), Artikel Leo Trotzki: „Ernste Lehren aus einer unernsten Sache“, S. 103 (Schreibweise lt. Original)

<sup>366</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 248



## **5. Entwicklung des Trotzismus nach 1933**

### **5.1. Das Ende der Illusion: Von der LO zur IKD**

Die mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eingeleitete nationalsozialistische Machtergreifung bedeutete eine Zäsur im Verhältnis der deutschen Trotzisten zur KPD bzw. Komintern. Der nun mit der Abkehr von der rigorosen Parteiorientierung vollzogene Paradigmenwechsel richtete sich jedoch nicht sofort auf das Ziel der Schaffung einer neuen kommunistischen Partei und wurde durch eine Reihe von internen Auseinandersetzungen und Widerständen begleitet, welche bewiesen, wie schwer den deutschen Anhängern Trotzis der Abschied vom Selbstverständnis einer innerparteilichen Fraktion und der damit verbundenen Reformpolitik fiel.

Aufgrund der Auseinandersetzungen mit der Well-Gruppe konnte die ursprünglich für Ende Januar 1933 geplante Reichskonferenz der LO erst in der Illegalität durchgeführt werden. Am 11. und 12. März fand diese nun unter erschwerten organisatorischen Bedingungen in Leipzig statt. Aufgrund dessen konnten sich lediglich 14 Vertreter der Ortsgruppen mit der Reichsleitung sowie zwei Abgesandten der ILO treffen. Auf der Konferenz sollten die für die weitere politische Existenz der trotzkistischen Organisation entscheidenden Fragen geklärt werden.<sup>367</sup> Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Frage nach der Neuorganisation der revolutionären Partei. Den mehrheitlich angenommenen Standpunkt, der eine Abkehr von der KPD, jedoch keine wesentliche organisatorische Wendung der LO selbst vorsah, vertrat Erwin Ackerknecht in der neu geschaffenen Exilzeitung „Unser Wort“. Die Niederlage des deutschen Proletariats - so Ackerknecht - welches die formalen Voraussetzungen zum Sieg in seiner Hand hielt, resultiere aus der Schwäche des subjektiven Faktors, der sich aus dem Versagen der proletarischen Parteien ergab. Die in Defensivhaltung und Legalitätstaktik verharrende Sozialdemokratie sowie die in Form der Sozialfaschismusthese und der daraus abgeleiteten Einheitsfrontpolitik von ultralinks bis zum Gebrauch nationalistischer Politikinhalt nach ultrarechts schwankende KPD hätten somit zum Bankrott der deutschen Arbeiterklasse geführt. Die von der LO vertretenen Positionen hätten in der Geschichte den Beweis ihrer Richtigkeit erfahren.<sup>368</sup> Die Kommunistische Partei, die „den Schlüssel zur Lage an Hitler verloren“<sup>369</sup> habe, gehe zumindest unter der Voraussetzung der Beibehaltung ihrer bisherigen Linie dem eigenen Untergang entgegen. Da eine wirklich marxistische Partei in Deutschland nicht mehr existiere,

---

<sup>367</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 155

<sup>368</sup> Vgl. Unser Wort Nr. 3, 1. Jg. (Mitte April 1933), „Zu den Beschlüssen der deutschen Reichskonferenz“, S. 3

<sup>369</sup> Ebd., S. 3

müssten sich unter den gegebenen Bedingungen auch die unmittelbaren Aufgaben der Trotzisten ändern : „Heute handelt es sich vor allem darum, in jeder Organisation zu retten was zu retten ist, die besten, festesten, treuesten, um sich zu sammeln zu Kaders, mit diesen Kaders die politischen Fragen von Grund auf zu klären, die Bilanz von Reformismus und Zentrismus zu ziehen [...] mit diesen Kaders eine stetige propagandistische Arbeit aufzunehmen und vor allem in allen irgendwo noch vorhandenen Massenorganisationen zu wirken.“<sup>370</sup>

Abseits der Abkehr von der Parteiorientierung wies diese Konzeption Parallelen zu der grundlegenden Ausrichtung der Trotzisten vor 1933 auf. Weniger in einem elitären Selbstverständnis als in ihrer funktionalen Orientierung wollte die LO vor der nationalsozialistischen Machtergreifung als Avantgarde und Fraktion der KPD die Gesundung der kommunistischen Bewegung vorantreiben. Nun sollte eine neue Führungsschicht an Kadern<sup>371</sup> den Stützpunkt zum Kampf gegen den Faschismus und für den Wiederaufbau der Arbeiterklasse bilden. Dieser von der Mehrheit der Reichskonferenz getragenen Position stellte sich zunächst nur ein Vertreter der Kölner Ortsgruppe, Heinz Epe, entgegen, der sich für den sofortigen Aufbau einer neuen Partei aussprach.<sup>372</sup> Die somit mehrheitlich beschlossene Ablehnung der unmittelbaren Schaffung einer neuen KP erwies sich aber als zwiespältig. Der „Schlüssel zur Lage“ in Deutschland sollte in die Hände der noch zu schaffenden proletarischen Kader gelegt werden. Die Schaffung einer gemeinsamen und handlungsfähigen Organisation mit SAP und Leninbund stieß aber innerhalb der Konferenz auf Ablehnung und es wurden lediglich die Differenzen mit diesen hervorgehoben.<sup>373</sup> Auch Trotzki Position entsprach nicht der grundsätzlichen Haltung seiner deutschen Anhänger. Bereits 1931 äußerte er in einer Auseinandersetzung mit Urbahns, der als Vorsitzender des Leninbundes bereits damals die Losung der notwendigen Formierung einer neuen Organisation vertrat und aus diesem Grund von Trotzki als Sinnbild eines „wahrhaften Liquidatoren“<sup>374</sup> bezeichnet wurde, dass eine mögliche nationalsozialistische Machtergreifung die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Partei und aller Wahrscheinlichkeit nach auch einer neuen Internationale bedeute.<sup>375</sup> Entgegen dem Mehrheitsbeschluss

---

<sup>370</sup> Unser Wort Nr. 3, 1. Jg. (Mitte April 1933), „Zu den Beschlüssen der deutschen Reichskonferenz“, S. 3 (Schreibweise lt. Original)

<sup>371</sup> Ackerknecht sah diese Führungsschicht nicht nur aus der LO, sondern auch aus Mitgliedern von KPD, SAP und Sozialdemokraten zusammengesetzt. Vgl. ebd., S. 3

<sup>372</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 66

<sup>373</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 157

<sup>374</sup> Trotzki, Leo (FN 72), S. 58

<sup>375</sup> Vgl. ebd., S. 58

der LO hielt er nun an dieser Linie fest. Das Fehlen einer kritischen Auseinandersetzung mit der vorangegangenen Politik sowie die in einem „Zustand des regellosen Rückzugs“<sup>376</sup> zu spät offerierten EKKI-Vorschläge einer Einheitsfront „von oben und unten“ nahm er bereits als Zeichen des absoluten Bankrotts der KPD wahr: „Über die offizielle Kommunistische Partei ist das Urteil gesprochen. Sie wird nun zerfallen, zerbröckeln, ins Nichts versinken. [...] Der deutsche Kommunismus kann nur auf neuen Grundlagen und unter neuer Führung auferstehen.“<sup>377</sup> Den Kurswechsel der LO gegenüber der KPD wollte Trotzki keinesfalls als Proklamation einer neuen Partei verstanden wissen. Dennoch vertrat er perspektivisch den Kurs der Schaffung einer neuen KP, bei deren Aufbau sich die deutschen Trotzlisten beteiligen müssten. Weniger eindeutig positionierte er sich zu diesem Zeitpunkt in der Frage der Zukunft der Komintern, deren Wiederbelebungschance durch die deutsche Katastrophe gemindert worden sei, aber auch Gesundungsreaktionen in anderen nationalen Sektionen hervorrufen könne. Die Losung einer zweiten Partei in der SU hielt Trotzki im Frühjahr 1933 ebenfalls für falsch.<sup>378</sup> Erst im Herbst desselben Jahres brach er mit der Überzeugung der unbedingten Erhaltung des bolschewistischen Machtmonopols als Voraussetzung des Überlebens der Revolution und sprach sich für die Konstituierung einer neuen Partei durch die Opposition aus. Diese Abkehr von der bis dahin vertretenen Verteidigung des Einparteiensystems wollte Trotzki jedoch keineswegs mit einer Modifikation seiner Einschätzung der SU als Arbeiterstaat verstanden wissen, dessen Grundlage am gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln trotz wachsender sozialer Ungleichheiten und Privilegien der bürokratischen Schicht noch nicht angetastet sei.<sup>379</sup>

Die Konflikte innerhalb der LO um die Parteifrage sollten nach der Reichskonferenz weiter anhalten. Die Ablehnung der unmittelbaren Einleitung der Formierung einer neuen Organisation basierte auf der Argumentation, dass die KPD trotz ihrer Niederlage nach wie vor einen maßgeblichen politischen Faktor darstellte und ihr Verfall durch die materiellen und ideologischen Bindungen an die SU verhindert würde. Außerdem seien die psychologischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine neue Partei noch nicht gegeben und würde die Sammlung kritischer KPD-Mitglieder verhindern und sie in die Arme anderer oppositioneller Vereinigungen wie Leninbund oder KPO trei-

---

<sup>376</sup> Trotzki, Leo: Die Tragödie des deutschen Proletariats. März 1933, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 282

<sup>377</sup> Ebd., S. 289

<sup>378</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 166

<sup>379</sup> Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 196 ff.

ben. Von dieser der Konzeption Trotzki widersprechenden Haltung unter seinen deutschen Anhängern wurde erst durch einen Beschluss der ILO vom Mai 1933 abgegangen, in dem die Notwendigkeit einer neuen KP in Deutschland hervorgehoben wurde. Die LO wurde aufgefordert, als Kristallisationspunkt der neu zu schaffenden Partei einer Politik gerecht zu werden, welche frei von jeglichem Sektierertum sein sollte. Als nationale Sektion der ILO, die sich auf das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus berief, war dieser Beschluss bindend für die deutsche Linke Opposition.<sup>380</sup>

Im Sommer 1933 verabschiedete sich Trotzki zudem von der zunächst offen gehaltenen Frage der Reformierbarkeit der Komintern. In einem in „Unser Wort“ veröffentlichten Artikel korrigierte er seine Meinung einer möglichen Wiedergesundung der Organisation und ging nun von der Notwendigkeit der Zersetzung und Auflösung der Internationale aus. Die grundsätzliche Rechtfertigung der vorangegangenen KPD-Politik bis 1933 durch die Sowjetführung sowie jegliches Ausbleiben einer kritischen Auseinandersetzung oder eines Schuldeingeständnisses ließen keinen anderen Schluss als die perspektivische Orientierung der Vorbereitung einer neuen Organisation zu.<sup>381</sup> Zugleich präzierte er die nach seiner Meinung nötige Modifikation der Ausrichtung der LO und gab somit dem neuen Verständnis der trotzkistischen Bewegung in Deutschland sowie im internationalen Maßstab Ausdruck: „Die Linksoption hört endgültig auf, sich als ‚Opposition‘ zu betrachten. Sie wird eine unabhängige Organisation, die sich den Weg selbst bahnt. Sie schafft nicht nur ihre Fraktionen in den sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien, sondern sie führt eine selbständige Arbeit unter den parteilosen und unorganisierten Arbeitern. [...] Gegenüber den reformistischen und zentristischen Organisationen (den stalinistischen einbegriffen) verhält sie sich nach den allgemeinen Grundsätzen der Einheitsfront.“<sup>382</sup>

Trotzki's Formulierung stellte das geänderte Selbstverständnis der Bewegung nach der Zäsur der nationalsozialistischen Machtergreifung dar. Die historische Rolle der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und die bedeutende Schuld, welche die KPD in der Meinung der LO dabei trug, führten somit zur Abkehr von der als wirkungslos erkannten Reformorientierung und zur Hinwendung einer auf Erneuerung des Kommunismus sowie auf einer eigenständigen organisatorischen

---

<sup>380</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 166-167

<sup>381</sup> Vgl. Unser Wort Nr. 11, 1. Jg. (Ende August 1933), Artikel Leo Trotzki: „Man muß von neuem kommunistische Parteien und eine Internationale aufbauen“, S. 1-2 (Schreibweise lt. Original)

<sup>382</sup> Ebd., S. 2

Ausrichtung orientierten Politik im Trotzismus. Der neue Grundtenor, von nun an “nur unter eigenem Banner”<sup>383</sup> und unabhängig von den offiziellen Kominternstrukturen zu agieren, schlug sich folgerichtig in einer Namensänderung der deutschen trotzkistischen Organisation nieder. Ab Herbst 1933 legte die LO mit ihrem Namen auch ihr Selbstverständnis einer oppositionellen „Gesundungsfraktion” innerhalb der KPD/ Komintern ab und demonstrierte mit der Bezeichnung „Internationale Kommunisten Deutschlands” (IKD) die neue politische Ausrichtung der trotzkistischen Bewegung in Deutschland. Die Internationale Linksopposition demonstrierte ebenfalls mit der geänderten Bezeichnung „Internationale Kommunistische Liga” (IKL) diese neue Grundorientierung.<sup>384</sup>

## 5.2. Aufbau und Entwicklung der Auslandsorganisationen

Wie auch andere proletarische Kleinorganisationen begann die Linke Opposition in Deutschland bereits nach Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932, Vorbereitungen für die Illegalität zu treffen. Eine wichtige Hilfestellung erhielten die deutschen Trotzkisten außerdem durch das Internationale Sekretariat der ILO, welches noch im März 1933 einen Sonderbeauftragten nach Deutschland entsandte, um mit den einzelnen Ortsgruppen die organisatorischen und technischen Fragen der Widerstandsarbeit zu erörtern.<sup>385</sup>

Als erstes Zentrum des LO/IKD-Exils entwickelte sich Prag. Unter Mithilfe der tschechoslowakischen Linksopposition gelang es hier bereits im Frühjahr 1933, die neue Zeitschrift der deutschen Trotzkisten, „Unser Wort”, herauszugeben. Diese war eine der ersten Exilzeitungen überhaupt und verkörperte nach der Einstellung der „Permanenten Revolution” ein wichtiges organisatorisches Bindeglied der deutschen LO.<sup>386</sup> Weiterhin wurde ein hektographiertes internes Organisationsbulletin, der „Informationsdienst”, herausgebracht. Obwohl Prag seine Bedeutung als Zielort trotzkistischer Emigration bis zum Ende der dreißiger Jahre nicht verlor, entstanden ab 1933 weitere organisatorische Stützpunkte in Reichenberg (Liberec), Paris, Amsterdam, Antwerpen, Basel, Wien, Kopenhagen und London. In der unmittelbaren Zeit nach der nationalsozialistischen Machtergreifung

---

<sup>383</sup> Retzlaw, Karl (FN 12), S. 375

<sup>384</sup> Vgl. Weinhold, Barbara: Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus, Köln 2004, S. 40

<sup>385</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 66

<sup>386</sup> In den folgenden Emigrationsjahren wurde der Herstellungsstandort mehrfach gewechselt und so die Zeitschrift ab September 1933 in Paris, seit Anfang 1937 in Antwerpen und ab 1940 in New York herausgegeben. Vgl. ebd., S. 159

flüchteten ca. 50 deutsche Trotzisten ins Ausland.<sup>387</sup>

Die Exilgruppen in den einzelnen Staaten besaßen die Aufgabe, die Organisationen in den geographisch nächstliegenden Inlandsbezirken zu betreuen. Für die sächsischen Trotzisten waren somit vor allem die tschechoslowakischen Standorte Prag und Reichenberg von strategischer Bedeutung. Die Auslandsorganisationen dienten einerseits der Versorgung der innerdeutschen LO/IKD mit Informationsmaterialien sowie der Zeitschrift „Unser Wort“, richteten ihre Aktivitäten aber auch auf die Herstellung von Verbindungen mit eventuellen Bündnispartnern, um die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten. Das Mitglied der Leipziger Gruppe, Otto Schüssler, berichtete beispielsweise in seinen Korrespondenzen mit Leo Trotzki aus der Tschechoslowakei von Annäherungen an die dortige Exil-SAP und der Planung einer gemeinsamen Konferenz unter der Perspektive der Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Auslandsgruppen der KPO, SPD und KPD.<sup>388</sup> „In der demoralisierenden Prager Emigrationssphäre“<sup>389</sup>, so Schüssler, sei die LO die einzige Gruppe, welche die Initiative ergreife und überhaupt „etwas Ernstes zu sagen hat“<sup>390</sup>. Für die Materialversorgung nutzten die Auslandsgruppen in Prag und Reichenberg vor allem die Verbindungen der Dresdner Ortsgruppe. Die Mitglieder der dortigen aus einem proletarischen Bergsteiger- und Kletterverein hervorgegangenen trotzkistischen Opposition<sup>391</sup> besaßen nicht nur die notwendigen körperlichen Voraussetzungen und Kenntnisse für die schwierigen illegalen Materialtransporte im grenznahen Gebiet des Erzgebirges südlich von Dresden, sondern sie knüpften auch die notwendigen Kontakte zu tschechoslowakischen Bergsteigern, welche die Zeitungen zu abgesprochenen Treffpunkten im Grenzgebiet brachten.<sup>392</sup> Ein weiterer Ausgangsort der Materialversorgung war Asch, welches ein Zentrum der oppositionellen kommunistischen Bewegung in der ČSR war. Von hier aus wurden die illegalen Zeitungen ins nahe gelegene Bayern transportiert und zunächst mit der Post nach Leipzig, Hamborn und Frankfurt/M. verschickt. Um die Gefahr einer möglichen Öffnung der Pakete auf dem Postweg zu umgehen, wurden die Sendungen ab April 1933 den Mitgliedern der Leipziger Gruppe direkt an einem vereinbarten Treffpunkt übergeben und aller Wahrscheinlichkeit

---

<sup>387</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 159

<sup>388</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 967, Brief Otto Schüssler an L.T., 20. April 1933 (Prag), S. 1-3 sowie Nr. 967, Brief Otto Schüssler an L.T., 23. April 1933 (Reichenberg), S. 1-3

<sup>389</sup> IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 967, Brief Otto Schüssler an L.T., 23. April 1933 (Reichenberg), S. 1

<sup>390</sup> Ebd., S. 1

<sup>391</sup> Vgl. Weinhold, Barbara (FN 384), S. 11ff.

<sup>392</sup> Vgl. ebd., S. 33

nach von Leipzig aus an die anderen Städte per Kurier weitergeleitet.<sup>393</sup> Die von der LO/IKD organisierte Materialversorgung umfasste jedoch nicht ausnahmslos trotzkistische Literatur in Form der Exilzeitung *Unser Wort* und diverser Informationsblätter und Broschüren. Die im tschechoslowakischen Exil geknüpften Kontakte zu anderen Gruppierungen sowie ein in der Widerstandsarbeit erwachsener und dem neuen Selbstverständnis durchaus entsprechender Pragmatismus führte schließlich dahin, dass die sächsische Organisation mit ihren Transporten aus der ČSR die verschiedenste politische Literatur und Zeitschriften der deutschen Emigration übernahm.<sup>394</sup> In dieser Hinsicht leisteten die Trotzisten einen wichtigen Beitrag für den gesamten antifaschistischen Widerstandskampf nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Das beschriebene Transportsystem sicherte die Materialversorgung für die Ortsgruppen im Osten Deutschlands sowie einige weitere Städte wie Frankfurt/M. und Hamborn. Neben der Dresdner nahm die Leipziger Organisation hier eine bedeutende Stellung ein. Beide Städte fungierten zunächst als Schaltzentralen, von wo aus andere Ortsgruppen mit den Zeitungen versorgt wurden. So wurde auch ein Mitglied der westsächsischen Trotzisten, Samuel Hundert, von den nationalsozialistischen Ermittlungsbehörden als Initiator und Hauptverantwortlicher für die Etablierung des Transport- und Verteilungssystems ausgemacht.<sup>395</sup> Spätestens ab 1934, als die Leipziger Gruppe durch Festnahmen sowie den Druck der Ermittlungsbehörden zusehends geschwächt war, übernahm die Magdeburger Gruppe der IKD diese zentrale Funktion der Materialverteilung.

Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklungstendenzen im Aufbau der Auslandsorganisationen erwiesen sich die Verbindungslinien zu den Inlandsgruppen als sehr fragil. Die von den Exilorganisationen gewählten Verantwortlichen, die so genannten „Auslandsvertreter“, waren in den meisten Fällen Mitglieder der Reichsleitung. Diese räumliche Trennung verhinderte eine wirksame kollektive Zusammenarbeit der Organisationsleitung. Aus diesem Grund wurde im Sommer 1933 in Paris ein zunächst fünfköpfiges Auslandskomitee gebildet, welches einige Monate später um drei Vertre-

---

<sup>393</sup> Wie lang die Materialversorgung über Asch aufrechterhalten werden konnte, war aus den vorhandenen Dokumenten nicht zu rekonstruieren. Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 385, Brief Walter Held (Heinz Epe) an unbekanntem Empfänger v. 07. April 1933 (Asch)

<sup>394</sup> Dies waren unter anderem Baseler Rundschau, Inprekorr, Sozialistische Aktion, Neue Front, Die Weltbühne, Das Banner (SAP), Die europäischen Hefte und Rote Fahne. Vgl. Weinhold, Barbara (FN 384), S. 33 sowie 44-45

<sup>395</sup> Dieser Verdacht gründete sich vor allem auf den Sachverhalt, dass Hundert vor seiner Emigration nach Paris im Sommer 1933 einem weiteren Mitglied der Leipziger Gruppe (Herbig) die Verteilerliste zum weiteren innerdeutschen Transport übergab. Vgl. SAPMO NJ 15904, Schreiben der Staatsanwaltschaft Leipzig an das Reichsjustizministerium v. 30. September 1933, S. 3-4

ter erweitert wurde.<sup>396</sup> Die Geschichte dieser eigentlichen Exilleitung ist jedoch, wie Jan Foitzik feststellte, durch das im Trotzismus so typische Vorhandensein interner Konflikte geprägt, welches auf die Konzentration aller politischen und organisatorischen Leitungsfunktionen in diesem Gremium zurückzuführen war.<sup>397</sup>

Einen wichtigen Aspekt der Aktivitäten der Auslandsleitung bildete die Kontaktaufnahme mit anderen Organisationen unter der Perspektive der Gewinnung und Sammlung neuer Kräfte zur Formierung der zukünftigen Partei. Die Abkehr der ILO von der grundsätzlichen Konzeption der Reformierbarkeit der Komintern/KPD sowie die Durchsetzung eines linken Flügels in der SAP erwirkte 1933 eine Annäherung beider Exilorganisationen auf der Basis gemeinsamer politischer Grundziele.<sup>398</sup> Diese auch von Trotzki vorangetriebene Verständigung nahm auf einer Konferenz der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft“ linkssozialistischer Parteien im August 1933 in Paris konkrete Formen an. Jedoch warnte er im Vorfeld der Veranstaltung aufgrund der heterogenen Zusammensetzung<sup>399</sup> der Konferenzteilnehmer vor der Vermengung der grundsätzlich unterschiedlichen Aufgaben der Bildung einer neuen Internationale und der Formierung eines Einheitsfrontbündnisses gegen Faschismus und Krieg.<sup>400</sup> Eine unter diesen Voraussetzungen lediglich von vier Organisationen (ILO, SAP sowie die holländischen Parteien OSP und RSP) verabschiedete Prinzipienklärung, welche als „Erklärung der Vier“ bekannt wurde, sollte schließlich den Kurs der neuen Sammlungsbewegung zur Bildung einer neuen internationalen Arbeiterorganisation manifestieren. In der Deklaration wurde das Ziel der Schaffung einer neuen Internationale sowie neuer revolutionärer Parteien hervorgehoben und die wichtigsten Grundsätze zu ihrem Aufbau festgelegt.<sup>401</sup> Diese von Trotzki als ein Schritt in Richtung der Schaffung einer neuen revolutionären Organisation gewertete Resolution wurde unter seiner Anhängerschaft teilweise heftig kritisiert. Einige Trotzkiisten vermuteten hinter der Erklärung eine Wendung zur Versöhnung mit der Sozialdemokratie. Auch wurde trotz des gemeinsam verfassten Dokuments auf der Pariser Konferenz deutlich, dass die scheinbar hinzugewonnenen Organisationen nicht zur Auflösung ihrer Bindungen zur IAG sowie zu größeren

---

<sup>396</sup> Zum Auslandskomitee gehörten drei Mitglieder der Leipziger Gruppe: Erwin Ackerknecht, Samuel Hundert und Otto Schüssler. Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 126

<sup>397</sup> Vgl. ebd., S. 126

<sup>398</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 170

<sup>399</sup> Die Konferenz war für linkssozialistische und kommunistische Organisationen außerhalb der II. und III. Internationale offen. Vgl. ebd., S. 172

<sup>400</sup> Vgl. ebd., S. 172-173

<sup>401</sup> Vgl. Frank, Pierre (FN 19), S. 32



Parteien bereit waren.<sup>402</sup> Die Annäherung an die SAP, die von Seiten der IKD mit dem Ziel der Vereinigung beider Organisationen verbunden war, geriet ebenfalls bald ins Stocken. In der Wahrnehmung der Trotzisten glitt die SAP immer mehr ins Fahrwasser des Zentrismus und Reformismus ab und ließ ein Zusammengehen unmöglich werden.<sup>403</sup>

Ein weitaus kontroverser geführter Konflikt offenbarte sich 1934 mit der in Frankreich einsetzenden Entrismusdebatte. Analog zu der in Deutschland einige Jahre zurückliegenden Entwicklung glaubte die trotzkistische Bewegung nun in den hiesigen fortschreitenden Klassenkämpfen eine Schicksalsentscheidung nicht nur für die französische Nation, sondern für Europa und letzten Endes für die gesamte Welt zu erkennen. Die im Sommer 1934 realisierte Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die in der Wahrnehmung der Anhänger Trotzki eine von der Sowjetbürokratie gesteuerte Reaktion auf die europäische Tendenz zu Faschismus und Bonapartismus und gegen die damit drohende außenpolitische Isolierung darstellte, führte jedoch zur Ausgrenzung der einheimischen trotzkistischen Organisation. Darauf sprach sich Trotzki für den Eintritt der „Ligue Communiste“ in die französische Sozialdemokratische Partei SFIO aus. Den Sinn dieser Taktik begründete er mit der Notwendigkeit der Herstellung direkter Verbindungen zu den proletarischen Massenbewegungen. In der föderalistisch strukturierten SFIO sollte somit ein linker Flügel gebildet werden, der den Kern der neuen Partei bilden sollte.<sup>404</sup> Diese von der „Ligue Communiste“ schließlich in die Praxis umgesetzte Strategie führte zu heftigen Auseinandersetzungen in der IKD. Eine Mehrheitsfraktion in der Auslandsleitung um Ackerknecht und große Teile der Inlandsgruppen lehnten den Schritt der französischen Organisation als Liquidatorentum ab. Infolgedessen wurden fünf Mitglieder des Auslandskomitees, auch Ackerknecht, aus der Organisation ausgeschlossen.<sup>405</sup>

Ein ähnliches Konfliktpotential schwelte um die von Trotzki erwirkte Mitarbeit von Ruth Fischer und Arkadij Maslow in der IKD ab 1934. Mit Entsetzen und Ablehnung reagierten die deutschen Trotzisten auf die Aufforderung, die ehemaligen Parteiführer und Verantwortlichen der beginnenden Stalinisierung der KPD in ihren Reihen mitwirken zu lassen. Die schließlich angenommene Kompromisslösung, beide in einer Beraterfunktion in der IKD-Leitung sowie durch die Mitarbeit in „Unser Wort“ an die trotzkistische Bewegung zu binden, trug jedoch nur episodischen Charakter.

---

<sup>402</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 174

<sup>403</sup> Zur Auseinanderentwicklung von SAP und IKD vgl. ebd., S. 174ff.

<sup>404</sup> Vgl. ebd., S. 206-207

<sup>405</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 126

Nach zahlreichen Auseinandersetzungen mit den Trotzisten sowie immer wieder aufkeimenden, unterschwelligem Anfeindungen im Bezug auf „stalinistische Affinitäten“<sup>406</sup> der ehemaligen KPD-Führer verließ Fischer 1936 das Internationale Sekretariat der LKI und bildete u.a. mit Maslow die selbständige „Gruppe Internationale“.<sup>407</sup>

In den Jahren 1934 und 1935 entstanden schwerwiegende Differenzen in der trotzkistischen Auslandsorganisation in Fragen der taktischen Ausrichtung. Ein Mitglied des inzwischen als Sekretariat bezeichneten Auslandskomitees<sup>408</sup>, Johre, vertrat in seinen Kirchenkampf-Thesen die Ansicht, dass die aus der Gleichschaltung der Kirche erwachsene christliche Opposition in Deutschland durch die trotzkistischen Inlandskader unterstützt werden müsse.<sup>409</sup> Hinter dieser Position, der sich das Sekretariat sowie die Inlandsgruppen anschlossen, verbarg sich jedoch eine weitaus komplexere Problemstellung. Die Befürworter der Beteiligung am Kirchenkampf vertraten die Auffassung, dass in einer allgemein rückläufigen Geschichtsepoche die Vorbereitung der Revolution nur im Kampf um die bürgerliche Demokratie und somit im Bündnis mit Teilen der Kleinbourgeoisie zu erreichen sei.<sup>410</sup> In der IKD erweckte diese Position vor allem in den Auslandsorganisationen Kritik, die mit der Verbindung der grundsätzlichen „Abkehr von der Arbeiterklasse“<sup>411</sup> durch die Beteiligung am Kirchenkampf begründet wurde.

Die in einer Reihe von weiteren Fragen heftig geführten Auseinandersetzungen in der Auslandsorganisation bedingten einen Differenzierungsprozess, der ab 1936 in offen hervortretenden Zerfallserscheinungen sichtbar wurde. Die unsichere ökonomische und staatsrechtliche Lage der Emigranten darf hier als ein wichtiger Einflussfaktor der Exilpolitik nicht vergessen werden. Ein im Jahr 1937 einsetzender Machtkampf, der zum zwischenzeitlichen Ausschluss des Leipzigers Schüssler sowie von Johre führte, konnte erst 1938 beigelegt werden. Mit der Einsetzung der alten Auslandsleitung konsolidierte sich die IKD und ging bis 1941 mit der trotzkistischen Bewegung konform.<sup>412</sup> Beide bedeutende Vertreter der deutschen Exilorganisation nahmen an der Gründungskonferenz der

---

<sup>406</sup> Alles, Wolfgang (FN 3), S. 199

<sup>407</sup> Vgl. Foitzik (FN 17), S. 127

<sup>408</sup> Diese Namensänderung wurde auf einer Geheimkonferenz der IKD in der Schweiz im Dezember 1934 beschlossen. Dem dreiköpfigen Sekretariat gehörte der Leipziger Otto Schüssler an. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 221

<sup>409</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 126

<sup>410</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 231-232

<sup>411</sup> Ebd., S. 251

<sup>412</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 127-128

IV. Internationale in Périgny bei Paris am 3. September 1938 teil, bei der ein von Trotzki verfasstes „Übergangsprogramm“ verabschiedet wurde. Dieses sollte den Kern der Gesamtprogrammatisierung der neuen Internationale verkörpern, welches als „Gesamtheit der Erfahrungen im Kampf für den Sozialismus seit den Anfängen der Arbeiterbewegung“<sup>413</sup> im Verständnis der Trotzisten eine Kontinuitätslinie von den marxistischen Klassikern über die Beschlüsse der ersten vier Weltkongresse der Komintern sowie der grundlegenden Schriften der russischen und internationalen Linksoption bildete.<sup>414</sup>

Die weitere Entwicklung der IKD war hauptsächlich durch die großen außenpolitischen Umwälzungen in Europa geprägt. Nach Ausbruch des 2. Weltkrieges entwickelte sich New York zum neuen Zentrum der trotzkistischen Emigration. Nach der durch den deutschen Vormarsch bedingten weitreichenden Zerschlagung der westeuropäischen Exilgruppen konnte ein Teil der Kader emigrieren, andere gerieten in Gefangenschaft oder beteiligten sich am westeuropäischen Untergrundkampf. 1940 zählte die IKD noch zehn Exilgruppen mit ca. 60 Mitgliedern. Die Kontinuität der im Trotzismus so typischen politischen Auseinandersetzungen und daraus resultierender Abspaltungen führte schließlich zur allmählichen Lösung der ersten Generation deutscher Trotzisten von der Bewegung, die teilweise über ein Jahrzehnt Kristallisationspunkt ihrer aufopferungsvollen politischen Tätigkeit gewesen war.<sup>415</sup>

### 5.3. Widerstand in der Illegalität

Im Gegensatz zur KPD, die selbst noch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung von der Möglichkeit einer raschen inneren Zersetzung der faschistischen Diktatur ausging, orientierte sich die Widerstandstaktik der LO/IKD nach den weitaus realistischer zu wertenden Analysen Trotzkis, der den Optimismus der Kommunisten als illusorisch ablehnte: „Die Hoffnung darauf, daß die Hitlerregierung heute oder morgen als Opfer ihres inneren Bankrotts fallen werde, ist völlig vergeblich. [...] Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Der politische Weg der Naziherrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution.“<sup>416</sup> Diese von Trotzki vertretene Per-

---

<sup>413</sup> Vorwort von Pierre Frank zu Trotzki, Leo: Das Übergangsprogramm der IV. Internationale. Mit einem Vorwort von Pierre Frank, Frankfurt/ Main 1974, S. 5

<sup>414</sup> Vgl. ebd., S. 5

<sup>415</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 128

<sup>416</sup> Trotzki, Leo: Porträt des Nationalsozialismus. Juni 1933, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Trotzki, Leo: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1974, S. 298 (Schreibweise lt. Original)

spektive sollte die Ausrichtung des Widerstandes seiner deutschen Anhänger grundlegend prägen. Die Erwartung einer längeren Periode der nationalsozialistischen Diktatur sowie der illegale Status der trotzkistischen Gruppierung erforderten eine auf dem Grundsatz der Konspiration basierende politische Arbeit.<sup>417</sup> Als LO/IKD trat die Organisation deshalb nach der Machtergreifung Hitlers nach außen nur noch in Ausnahmefällen in Erscheinung.<sup>418</sup>

Die Organisationsstrukturen der LO mussten 1933 den zu erwartenden Anforderungen der Illegalität angepasst werden. Die lokalen Organisationen wurden dabei in kleine Gruppen von drei bis fünf Personen aufgeteilt. Die Leiter dieser wurden wiederum auf Ortsebene in einer Fünfergruppe zusammengefasst und wählten einen Kontaktmann, der die Verbindungen zur Bezirksleitung und zur innerdeutschen Reichsleitung aufrechterhielt. Mit diesem Organisationsschema sollte die LO vor staatlichen Zugriffen geschützt und die Gefahr von Festnahmen auf die einzelnen Untergruppen reduziert werden. Der Effekt dieser Sicherheitsmaßnahme erwies sich jedoch als begrenzt, da sich die Mitglieder der verschiedenen Einheiten aufgrund der gemeinsamen politischen Vergangenheit untereinander kannten.<sup>419</sup> Eine weitere Einschränkung der neuen Organisationsstruktur bildete die daraus resultierende, relative Unmöglichkeit der zentralen Leitung und Koordination der politischen Arbeit. Die einzelnen Untergruppen blieben somit in ihren Aktivitäten meistens auf sich allein gestellt.<sup>420</sup> Barbara Weinhold stellte in ihrer Arbeit über die Geschichte der Dresdner LO außerdem fest, dass diese Isolation unter den Bedingungen der Illegalität zu fast „familiären Formen“<sup>421</sup> innerhalb der organisatorischen Einheiten führte und somit die Umsetzung der theoretischen Fragen in praktische Aktivitäten teilweise erschwert wurde.<sup>422</sup>

Die Mitgliederzahlen der LO/IKD erfuhren nach der Machtergreifung Hitlers zunächst einen deutlichen Zuwachs. Unter Erwin Ackerknecht, den Foitzik als „politischen Protegé Trockij“<sup>423</sup> in Deutschland und führenden Kopf der ersten illegalen Reichsleitung bezeichnete, ließ der Zustrom enttäuschter Kommunisten die Organisation im Reichsmaßstab auf ca. 1.000 Sympathisanten an-

---

<sup>417</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 129

<sup>418</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 197

<sup>419</sup> Vgl. ebd., S. 158

<sup>420</sup> Vgl. ebd., S. 160

<sup>421</sup> Weinhold, Barbara (FN 384), S. 49

<sup>422</sup> Vgl. ebd., S. 49

<sup>423</sup> Foitzik, Jan (FN 17), S. 66 (Schreibweise lt. Original)

wachsen.<sup>424</sup> Nach der Emigration Ackerknechts im Mai/Juni 1933 nach Paris<sup>425</sup> stagnierte dieser Zuwachs an Mitgliedern. Nach Foitzik bewegte sich die Zahl der aktiven Kader Anfang 1935 zwischen 160 und 350 Personen.<sup>426</sup> Wolfgang Alles gibt für diesen Zeitpunkt eine Zahl von 200 verbliebenen Trotzisten an.<sup>427</sup> Die in Berlin ansässige Inlandsleitung war vor allem im Osten Deutschlands aktiv und kooperierte eng mit Sympathisanten in der KPD. Diese Verbindungen wurden Ende 1933 aus Sicherheitsgründen eingestellt. Durch interne Konflikte und Festnahmen einer starken Fluktuation unterworfen, konnte die Reichsleitung ab 1934 in immer geringerem Maße die zentrale Koordination sowie die Kontakte zu den einzelnen Ortsgruppen aufrechterhalten.<sup>428</sup>

Die Widerstandsaktivitäten der deutschen Trotzisten müssen im Kontext der verbliebenen Möglichkeiten innerhalb der sich etablierenden, totalitären Diktatur des Nationalsozialismus verstanden werden. Gemäß der von der Mehrheit der Reichskonferenz beschlossenen und von Ackerknecht formulierten Konzeption fokussierte die Taktik der LO/IKD auf eine erfolgreiche Kaderarbeit, um einen weiteren Rückzug der Arbeiterbewegung zu verhindern. In der Praxis bedeutete dies die Realisierung einer umfangreichen politischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit innerhalb der eigenen Strukturen sowie revolutionär ausgerichteter Sympathisantenkreise.<sup>429</sup> Für diesen Aufgabenbereich nahm die von den Trotzisten organisierte Versorgung von Zeitschriften oder Broschüren eine bedeutende Rolle ein. Die Materialien dienten als Grundlage für die Erziehungs- und Schulungsarbeit, die als Basis der Kaderbildung die Möglichkeit zum Übergang zu einer Massenarbeit im geeigneten Augenblick gewährleisten sollte.<sup>430</sup> Die für diese Zielstellung zur Erreichung eines größeren Einflusses unter der Arbeiterschaft von der LO/IKD anvisierte Offensive in den Betrieben scheiterte jedoch angesichts der erschwerten Bedingungen im nationalsozialistischen Staat und der eigenen organisatorischen Schwäche. Insofern beschränkten sich die Aktivitäten in den meisten Fällen auf Diskussionen und Schulungen in kleinen Gruppen von Mitgliedern und Sympathisanten. Ein unter

---

<sup>424</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 66-67

<sup>425</sup> Ackerknecht emigrierte auf Wunsch Trotzis nach Frankreich und war dort in der Auslandsleitung aktiv. Foitzik stellt diese Methode, intellektuelle Kader oder jüngere Gruppenmitglieder zum Studium ins Ausland zu schicken, als konstitutives Element trotzkistischer Widerstandsarbeit heraus. Damit konnten die Führungskräfte der zahlenmäßig schwachen LO vor Zugriffen geschützt und effizienter als in der illegalen Widerstandsarbeit eingesetzt werden. Vgl. ebd., S. 129

<sup>426</sup> Vgl. ebd., S. 68

<sup>427</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 221

<sup>428</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 67

<sup>429</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 193-194

<sup>430</sup> Vgl. ebd., S. 194

den Verhältnissen der nationalsozialistischen Diktatur erwachsener und frühere ideologische Grenzen überwindender Pragmatismus führte außerdem zu Kontakten und partiellen Kooperationen mit anderen Widerstandsorganisationen. Neben Verbindungen zu kommunistischen und sozialdemokratischen Gruppierungen ist hier das teilweise sehr enge Verhältnis zur SAP hervorzuheben, welches trotz der wachsenden Entzweiung der Auslandsorganisationen in der Illegalität teilweise aufrechterhalten wurde.<sup>431</sup>

Über die Widerstandsarbeit der Leipziger Gruppe der LO/IKD liefern die vorhandenen Archivmaterialien ein nur bruchstückhaftes Bild.<sup>432</sup> Eine überlieferte Korrespondenz berichtet von zahlreichen Verbindungen mit anderen illegalen Gruppierungen. So trat ein Vertreter der KPD an die westsächsischen Trotzisten mit der Bitte um schriftliche Materialien sowie die Frage um die allgemeine Ausrichtung der Widerstandsarbeit heran. Weitere Kontakte entstanden zur KPO und zur KAP, welche für die LO/IKD unter anderem den Vertrieb von Flugblättern übernahm und den Leipziger Trotzisten Lokalitäten, Adressenlisten sowie eine Druckerei zur Verfügung stellte. Kontakte entstanden ebenfalls zur SAP, mit der eine Zusammenarbeit als möglich erachtet und wohl auch in die Realität umgesetzt wurde. Die Schwierigkeiten der Erreichung einer größeren Basis in den Betrieben und Gewerkschaften existierten ebenfalls in Leipzig, wo entgegen dem Willen der Trotzisten von Austrittstendenzen der verbliebenen revolutionären Kräfte aus den Gewerkschaften berichtet wurde. Interessanterweise fand auch ein Mitglied des Kapitulantenkreises um Well und Senin den Weg zurück in die Organisation. Samuel Hundert berichtete, dass Tacke im März 1933 unter der Einsicht der Fehlerhaftigkeit seines damaligen Handelns um Wiederaufnahme bat und ihm dies unter Berücksichtigung einer Bewährungszeit gewährt wurde. Ein anderes Mitglied der Rückkehrer zur KPD, Fritz Büchner, wurde bereits im Februar verhaftet.<sup>433</sup> Obwohl sich der nationalsozialistische Terror zunächst hauptsächlich gegen die Kommunistische Partei richtete<sup>434</sup>, blieb auch die Leipziger Gruppe von frühen Festnahmen nicht verschont. So wurden ebenfalls im Jahr 1933 mehrere Mitglieder der trotzkistischen Organisation verhaftet.<sup>435</sup> Neben den in der LO/IKD verbreiteten Sicherheitsmaßnahmen der Umstellung des auf Fünfergruppen ausgerichteten Organisationssys-

---

<sup>431</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 196-197

<sup>432</sup> Eine umfangreichere Rekonstruktion der Aktivitäten der Leipziger trotzkistischen Organisation nach 1933 stieß auf Grenzen, weil im Gegensatz zu den früheren Publikationsorganen in der Exilzeitschrift „Unser Wort“ aus Gründen der Geheimhaltung keine Tätigkeitsberichte der einzelnen Ortsgruppen veröffentlicht werden konnten.

<sup>433</sup> Vgl. IISG, Trotzki-Kollektion Nr. 964, Brief von Samuel Hundert an unbekanntem Empfänger v. 29.03.1933, S. 1-9

<sup>434</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 162

<sup>435</sup> Vgl. hierzu Kapitel 5.4.

tems, der Nutzung von Deckadressen zur Materialversendung<sup>436</sup> sowie der Verschlüsselung von Korrespondenzen<sup>437</sup> nutzte die Leipziger Organisation beim Postverkehr ins Ausland bis zu deren Emigration die Firma von Ackerknechts Frau Helene, die als Inhaberin einer Kunstwerkstatt in einem regen internationalen Briefverkehr stand.<sup>438</sup>

Die Widerstandsaktivitäten der LO/IKD orientierten sich somit auf eine der realistischen Analyse der nationalsozialistischen Diktatur entsprechenden, konspirativen Kaderarbeit, die in gegebenem Falle den Übergang zu einer wirkungsvollen Massenarbeit ermöglichen sollte. Als zentrales Element und sicherlich hervorzuhebende Leistung trotzkistischer Aktivitäten in der Illegalität ist die Versorgung des Widerstandes mit Informationsmaterialien zu nennen, die aus der engen Kooperation der In- und Auslandsgruppen hervorging. Die Dynamik des nationalsozialistischen Terrorsystems sowie die eigene organisatorische Schwäche verhinderten jedoch die erhoffte Massenwirkung. Mit der fortwährenden Etablierung der totalitären Diktatur und der zunächst vollzogenen Zerschlagung der KPD-Strukturen gerieten in zunehmendem Maße auch die trotzkistischen Widerstandsgruppen immer mehr unter den Druck der staatlichen Ermittlungs- und Justizbehörden. Schließlich waren Anfang 1937 nur noch zwei Gruppierungen der Gesamtorganisation aktiv.<sup>439</sup> Damit war der Widerstand der deutschen Trotzisten weitgehend gebrochen. Nach Schätzungen befanden sich 1940 mindestens 150 IKD-Mitglieder in Gefängnishaft oder Konzentrationslagern. Eine Zahl ermordeter Aktivisten ist nicht mehr zu ermitteln. Viele verurteilte Trotzisten mussten außerdem im Strafbataillon 999 am Zweiten Weltkrieg teilnehmen<sup>440</sup> - einem Krieg, den die Linke Opposition schon weit vor 1933 als immanente Konsequenz einer faschistischen Machtübernahme prophezeit und bekämpft hatte.

#### **5.4. Die Zerschlagung der Leipziger Gruppe**

Die Leipziger Gruppe der LO/IKD geriet bereits 1933 unter den Druck der staatlichen Ermittlungsbehörden. Laut deren Erkenntnissen kam nach dem durch die Kapitulation der Well-Fraktion bedingten Verlust einiger Mitglieder sowie nach der grundlegenden Zäsur der nationalsozialistischen

---

<sup>436</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 129

<sup>437</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 161

<sup>438</sup> Vgl. SAPMO NJ 1465, Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft Dresden an den Volksgerichtshof vom 21.10.1936, S. 3

<sup>439</sup> Dies waren die Gruppen in Berlin-Charlottenburg und Dresden. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 241

<sup>440</sup> Vgl. ebd., S. 243

Machtergreifung die politische Arbeit der Trotzisten zunächst ins Stocken.<sup>441</sup> Dennoch erwiesen sich die vorhandenen Kapazitäten als ausreichend, um die eigentlich für Januar geplante Reichskonferenz im März 1933 unter den erschwerten Bedingungen der Illegalität in Leipzig durchführen zu können.<sup>442</sup> Unter der organisatorischen Führung von Samuel Hundert wurde im Frühjahr das Transport- und Verteilungssystem von Zeitschriften und Broschüren aus der ČSR etabliert, innerhalb dessen die westsächsische Metropole neben Dresden als eine wichtige Schaltzentrale galt. Im Juli 1933 stießen die Ermittlungsbehörden erstmals auf die Spur der Trotzisten. Die SA war in den Besitz einiger Flugblätter der LO gekommen. Von den in diesem Zusammenhang Festgenommenen, die zunächst von der Polizei als bloße Unterverteiler einiger Propagandamaterialien ausgemacht wurden<sup>443</sup>, stammte zumindest eine Person aus dem nahen Umfeld der LO. Dabei handelte es sich um Waldemar Kurt Herbig, dessen Schwester mit Hundert liiert war.<sup>444</sup> Bei der folgenden Hausdurchsuchung stieß die Polizei auf Unterlagen über das Verteilungssystem der Trotzisten, mit dessen Aufrechterhaltung Herbig von Hundert vor seiner Flucht nach Paris im Juni 1933<sup>445</sup> beauftragt wurde. Auf dieser Grundlage konnte die Polizei die zum Verteilungssystem dazugehörigen Strukturen aufrollen. Es folgten im August weitere Inhaftierungen und Hausdurchsuchungen.<sup>446</sup> Gegen die Festgenommenen wurde Anfang 1935 nach über einjähriger Untersuchungshaft der Prozess wegen Hochverrats eröffnet. Bis dahin war es der Gestapo durch mehrere Festnahmen im Reichsmaßstab sowie die Aushebung des zentralen KPD-Abwehrarchivs<sup>447</sup> gelungen, Kenntnisse über die Strukturen der LO/IKD zu sammeln und somit die Anklage auf einen breiteren Gesamtkontext der Widerstandsarbeit und der Ziele der Trotzisten zu stützen. Von den inhaftierten Leipzigern gab Staritz während seiner Untersuchungshaft ein schnelles Geständnis ab, wobei er wohl bis

---

<sup>441</sup> Vgl. Institut für Zeitgeschichte München, „Widerstand als Hochverrat 1933-1945“, Anklageschrift des Verfahrens 8J1734/33, S. 23-24

<sup>442</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 155

<sup>443</sup> Vgl. SAPMO NJ 15904, Schreiben der Staatsanwaltschaft Leipzig an das Reichsjustizministerium vom 30.09.1933, S. 8-9

<sup>444</sup> Vgl. SAPMO NJ 1465, Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft Dresden an Volksgeschichtshof vom 21.10.1936, S. 2

<sup>445</sup> Vgl. Institut für Zeitgeschichte München, „Widerstand als Hochverrat 1933-1945“, Anklageschrift des Verfahrens 8J1734/33, S. 17

<sup>446</sup> Laut den Ermittlungsakten handelte es sich dabei um den tschechoslowakischen Staatsbürger Erich Otto Staritz sowie Wilhelm Elitzer, Dr. Kurt Feibelmann sowie Eugen Walther Lange. Lange wurde bei der späteren Anklageerhebung nicht mehr erwähnt. Vgl. SAPMO NJ 15904, Schreiben der Staatsanwaltschaft Leipzig an Reichsjustizministerium vom 30.09.1933, S. 8-9. Wolfgang Alles gibt bei der Zahl der Festgenommenen zwölf Personen an. Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 157. Diese Angabe ist aus den verwendeten Materialien der Ermittlungs- und Justizbehörden nicht nachvollziehbar.

<sup>447</sup> Das Ende 1933 entdeckte Abwehrarchiv der KPD enthielt gesammelte Informationen über die trotzkistische Organisation. Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 69



auf die durch die Ermittlungsbehörden erreichten Erkenntnisse keine weiteren Personenangaben preisgab, wohl aber seine Mitgefangenen belastete und Details über das Transportsystem verriet. Die Aussagen der übrigen verdächtigten Trotzisten erwiesen sich teilweise als sehr diffus - es entsteht insgesamt der Eindruck, dass sie bei zwischenzeitlichen Widerrufern ihrer Aussage und gegenseitigen Absprachen in der Haft bis auf die ihnen nachgewiesenen Aktivitäten keine weiteren Informationen preisgaben. Während der Untersuchungshaft wurde zumindest einer der Inhaftierten, der jüdische Soziologe Dr. Feibelmann, gefoltert.<sup>448</sup> Feibelmann, welcher zeitweise an der Leipziger Volkshochschule als Lehrer arbeitete<sup>449</sup>, konnte jedoch später das Gericht mit einer geschickten Verteidigungsstrategie überzeugen, indem er als promovierter Soziologe ein wissenschaftliches Interesse an den Verhältnissen der Arbeiterschaft und speziell der Trotzisten vorgab: „Der Angeklagte ist offenbar ein in seinem Fach wissenschaftlich fanatisch interessierter Mann, der bestrebt war, an den Quellen der Geschehnisse Erkenntnisse zu schöpfen, vor allem aber bemüht war, bei den Menschen als geistiger Träger einer Anschauung die Motive ihrer Einstellung zu erkennen und zu erleben. Der Senat glaubt dem Angeklagten, daß er aus diesem Grunde die persönliche Fühlung mit den Anhängern der KPOL (Bezeichnung der Ermittlungsbehörden für die trotzkistische Organisation; d. Verfasser) gesucht hatte und nicht, weil er ihre Bestrebungen sich zu Eigen gemacht und sie fördern wollte.“<sup>450</sup>

Obwohl Herbig freigesprochen wurde<sup>451</sup> und die restlichen Angeklagten zu relativ kurzen Haftstrafen verurteilt wurden und diese im Falle Feibelmann und Elitzer durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten, kann nicht mit Sicherheit von einer Freilassung der Trotzisten ausgegangen werden. So galt es als eine gängige Praxis, ausgemachte Widerstandskämpfer nach ihrer Gefängnisstrafe in „Schutzhaft“ zu überführen, was den Transport in ein Konzentrationslager bedeutete.<sup>452</sup> Von weiteren Aktivitäten der Angeklagten nach Ende ihrer offiziellen Haftzeit existieren keine weiteren Hinweise.

---

<sup>448</sup> Vgl. Institut für Zeitgeschichte München, „Widerstand als Hochverrat 1933-1945“, Anklageschrift des Verfahrens 8J1734/33, S. 15-33

<sup>449</sup> Feibelmann agierte unter den Trotzisten unter dem Decknamen „Struck“. Vgl. SAPMO NJ 15904, Schreiben der Staatsanwaltschaft Leipzig an das Reichsjustizministerium vom 30.09.1933, S. 9

<sup>450</sup> Institut für Zeitgeschichte München, „Widerstand als Hochverrat 1933-1945“, Urteilschrift des Verfahrens (8J1734/33) – 1H7/35, S. 26 (Schreibweise lt. Original)

<sup>451</sup> Vgl. SAPMO NJ 15904, Urteilschrift in der Strafsache gegen Herbig, Stary, Feibelmann, Elitzer und Wolle, S. 2

<sup>452</sup> Vgl. Alles, Wolfgang (FN 3), S. 243

Die 1933 vollzogenen Festnahmen bedeuteten eine Schwächung der Leipziger Gruppe der LO/IKD. So wurde das mühsam etablierte Materialverteilungssystem der Trotzisten ausgehoben bzw. zumindest zeitweise unterbrochen und wohl im Zuge dieser Festnahmen von der Magdeburger Gruppe weitergeführt.<sup>453</sup> Gleichfalls ist es wahrscheinlich, dass die Festnahmen und Aburteilungen ihre abschreckende Wirkung auf die Aktivitäten der Leipziger LO/IKD nicht verfehlten und zumindest bei einem Teil der Mitglieder zu Passivität und Rückzug führten. Aus den verwendeten Quellen ergaben sich keine Hinweise einer eventuellen Fortführung der Widerstandsarbeit der Leipziger Trotzisten nach den Gerichtsverhandlungen, jedoch geht aus Dokumenten der Ermittlungsbehörden zumindest hervor, dass die Berliner Reichsleitung bis Ende 1934 Kontakte zur Leipziger IKD hielt<sup>454</sup> und ein Magdeburger Trotzist zu diesem Zeitpunkt die organisatorischen Strukturen der westsächsischen Gruppe bereits für sehr schwach hielt<sup>455</sup>.

Im Jahr 1936 geriet die Leipziger Gruppe der IKD wiederholt unter den Verdacht der staatlichen Ermittlungsbehörden. Im Juni wurde Erna Herbig, die Schwester des bereits erwähnten Waldemar Kurt Herbig, während ihrer Reise von Bodenbach (ČSR) nach Leipzig festgenommen. Nachdem sie 1933 mit Samuel Hundert nach Paris emigrierte, siedelte sie Anfang 1936 in die ČSR über, wo sie laut Ermittlungsprotokollen Kontakte zu dort aktiven sowie innerdeutschen Widerstandsgruppen aufnahm.<sup>456</sup> Obwohl ihre Reise nach Leipzig führen sollte, kann das Ziel einer möglichen Kontaktaufnahme zu dort eventuell verbliebenen Trotzisten vermutet, jedoch nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden.

Die westsächsische Gruppe der LO/IKD geriet also im Reichsmaßstab als eine der ersten lokalen trotzkistischen Organisationen unter den Druck der staatlichen Ermittlungs- und Justizbehörden. Die im Sommer 1933 vollzogenen Maßnahmen bedeuteten dahingehend eine große Schwächung, da das etablierte Materialverteilungssystem unterbrochen wurde und damit ein wichtiges organisatorisches Bindeglied in Form der Exilzeitung „Unser Wort“ sowie anderer Publikationen zumindest zeitweise verloren ging. Weiterhin geben die vorhandenen Gerichts- und Archivadokumente Grund für die Annahme, dass die Widerstandsaktivitäten der Leipziger Trotzisten nach den Festnahmen

---

<sup>453</sup> Ein genauer Zeitpunkt dieser Übernahme durch Magdeburg ist nicht mehr zu rekonstruieren. Vgl. SAPMO NJ 1465, Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft Dresden an Volksgerichtshof vom 21.10.1936, S. 4

<sup>454</sup> Vgl. ebd., S. 5

<sup>455</sup> Vgl. ebd., S. 13

<sup>456</sup> Vgl. ebd., S. 2-5

stark abnahmen. Unter Berücksichtigung der Emigration der Führungskräfte der westsächsischen Gruppe (Ackerknecht, Schüssler, Hundert) und der aus den Anforderungen der Illegalität abgeleiteten Organisationsstruktur der LO/IKD war eine zentrale Koordination und Führung der Gruppierung nicht mehr möglich. Aus dem somit vorhandenen Erkenntnisstand ist das Ende trotzkistischer Widerstandsaktivitäten in Leipzig spätestens in den Jahren 1934/ 1935 zu vermuten.

## **6. Spurensuche: Das weitere Schicksal der Leipziger Trotzlisten**

Am 21. November 1949 fand in Leipzig eine Sitzung des Sekretariats des Kreisvorstandes der SED statt. Das lokale Gremium der staatstragenden Partei der DDR stand an diesem Tag vor der Aufgabe, sich mit dem Auftreten sowie der Zersetzungsarbeit trotzkistischer Gruppierungen und Personen und „anderer feindseliger Elemente“<sup>457</sup> in Massenorganisationen, Verwaltung sowie innerhalb der eigenen Reihen auseinander zu setzen. Wiederholt war es im Raum Leipzig zu Vorfällen gekommen, die auf eine Agententätigkeit systemfeindlicher Kräfte zurückgeführt wurden. Aus diesem Anlass wurde die Kaderabteilung des Kreisvorstandes der SED mit der Untersuchung dieser Fälle beauftragt. Die Nachforschungen, die sich hauptsächlich auf Materialien der nationalsozialistischen Justiz- und Ermittlungsbehörden stützten, ermöglichten eine relativ umfangreiche Rekonstruktion der Strukturen der westsächsischen sowie gesamtdeutschen trotzkistischen Organisation vor 1939. Unter anderem führten die Untersuchungen zu einer Namensliste, bei welcher mit 29 Mitgliedern ein großer Teil der Leipziger Gruppe der LO/IKD benannt wurde.<sup>458</sup> Eine Verbindung des aufgelisteten Personenkreises mit den erneut in der westsächsischen Metropole aufgetretenen und als trotzkistische Zersetzungsarbeit eingestuften Vorfällen konnte jedoch nicht hergestellt werden.

Die individuellen Lebenswege der Mitglieder der Leipziger Gruppe waren über diesen Weg nicht nachvollziehbar. Ebenso wenige Anhaltspunkte ergab die Überprüfung der Personenakten der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Inwiefern und wie viele der Anhänger Trotzki in Westsachsen die Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus überlebten, konnte aus den sicherlich begrenzten Nachforschungen nicht rekonstruiert werden. Somit beschränkt sich die Aufarbeitung der persönlichen Schicksale auf die Darstellung der Geschichte der Führungskräfte der Leipziger Trotzlisten sowie der stalinistischen Agenten Well und Senin, welche aus forschungsbiographischen Arbeiten nachvollzogen werden konnten.

Erwin Ackerknecht ging nach dem durch seine ablehnende Haltung gegenüber der Entrismustaktik bedingten Ausschluss aus dem Auslandskomitee der IKD 1935 zur SAP, wo er als Vertreter des linken Flügels seine Aktivitäten vor allem auf die Bekämpfung der Volksfrontpolitik in Frankreich lenkte. Nach politischen Auseinandersetzungen in der Partei schloss er sich 1937 der Exilorganisa-

---

<sup>457</sup> SAPMO RY 2/3/164, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Kreisvorstandes Leipzig der SED vom 21.11.1949, S. 1

<sup>458</sup> Vgl. ebd., S. 1 ff.

tion „Neuer Weg“ an.<sup>459</sup> Obwohl er politisch mit dem Trotzismus bereits gebrochen hatte, unterstützte er Trotzki Sohn Leo Sedow während der Moskauer Schauprozesse in seiner Verteidigungsschrift „Rotbuch über den Moskauer Prozess“, indem er mit seiner Zeugenaussage eine der konstruierten Anschuldigungen der Anklage entkräftete.<sup>460</sup> Eine tiefgreifende Zäsur bedeutete die wahrscheinliche Ermordung seines langjährigen Freundes Sedow im Jahr 1938.<sup>461</sup> Die einschneidende Erfahrung der bis zur physischen Vernichtung seiner Gegner agierenden Terrormaschinerie des Stalinismus führte zum Rückzug aus allen politischen Aktivitäten und zum Bruch mit dem Marxismus. Nach einem abgeschlossenen Studium der Ethnologie und Anthropologie in Paris war Ackerknecht nach Ausbruch des II. Weltkrieges für einige Monate in der französischen Armee tätig und emigrierte schließlich 1941 in die USA. Nach Anstellungen als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Medizingeschichte in einem renommierten Institut sowie als Assistenzkurator im „American Museum of Natural History“ erhielt er 1947 eine Professur für Medizingeschichte an der Universität von Wisconsin. Von 1957 bis 1971 führte er den gleichnamigen Lehrstuhl an der Universität Zürich. Er gilt bis heute als ein anerkannter Spezialist mit weltweiter Reputation auf den Gebieten der Ethnologie, Anthropologie sowie Medizingeschichte. Erwin Ackerknecht verstarb 1988 in Zürich im Alter von 82 Jahren.<sup>462</sup>

Otto Schüssler, der nach dem Abgang Ackerknechts zu einer der führenden Persönlichkeiten der deutschen trotzkistischen Auslandsorganisation avancierte und an der Konstituierung der IV. Internationale beteiligt war, verließ Ende 1938 Europa und war anschließend als Sekretär bei Trotzki in Mexiko tätig: „He went to live with Trotsky for more than eighteen months and was the only one of his veteran helpers who was present at the time of assassination.“<sup>463</sup> Nach dem ersten, gescheiterten Attentat auf die Führungspersönlichkeit der IV. Internationale im Mai 1940 wurde er inhaftiert und kam erst durch die Intervention Trotzkis wieder frei. Nach dessen Ermordung im August desselben Jahres war Schüssler weiterhin in der mexikanischen trotzkistischen Bewegung aktiv und erwuchs zu einer der Führungspersönlichkeiten der Grupo Socialista Obrero, bei welcher er unter dem Pseudonym Julian Suarez aktiv war. Er trat für eine Revision des Trotzismus in seinem Ver-

---

<sup>459</sup> Vgl. [http://www.trotskyana.net/Trotsky...collection/Trotskyists/Miscellanies/bio-bibl\\_ackerknecht.pdf](http://www.trotskyana.net/Trotsky...collection/Trotskyists/Miscellanies/bio-bibl_ackerknecht.pdf)

<sup>460</sup> Vgl. Sedow, Leo: Rotbuch über den Moskauer Prozess, Hamburg 1971, S. 75

<sup>461</sup> Sedow verstarb im Februar 1938 nach einer Blinddarmoperation in Frankreich. Die Umstände seines Todes waren zumindest sehr umstritten, so dass Trotzki einen Mord der GPU vermutete. Vgl. Deutscher, Isaac (FN 49), S. 365

<sup>462</sup> Vgl. [http://www.trotskyana.net/Trotsky...collection/Trotskyists/Miscellanies/bio-bibl\\_ackerknecht.pdf](http://www.trotskyana.net/Trotsky...collection/Trotskyists/Miscellanies/bio-bibl_ackerknecht.pdf)

<sup>463</sup> <http://www.marxists.org/history/etol/revhist/supplem/schussle.htm>

hältnis zur Sowjetunion ein, in deren Charakter er einen stetig wachsenden bürokratischen Imperialismus erblickte. Der Ausschluss der GSO aus der IV. Internationale 1948 führte schließlich zum Bruch mit der Bewegung. Danach arbeitete Schüssler unter anderem bei der in Großbritannien und Deutschland veröffentlichten Zeitschrift „Dinge der Zeit“. Er lebte Ende 2003 immer noch in Mexiko. Anfragen zu seiner politischen Vergangenheit lehnte er ab.<sup>464</sup>

Samuel Hundert, der nach Ackerknechts Emigration die Leipziger Gruppe führte und für den Aufbau des Materialverteilungssystems verantwortlich war, kehrte zu einem nicht bekannten Zeitpunkt von Paris in seinen polnischen Heimatort Stanislawo zurück. Dort wurde er zusammen mit der gesamten jüdischen Bevölkerung durch deutsche militärische Verbände 1941 ermordet.<sup>465</sup>

Das Geschwisterpaar Sobolevicius geriet im trotzkistischen Lager schnell in Vergessenheit. Der sowjetische Geheimdienst vergaß sie nicht. Adolf Senin emigrierte 1933 zunächst in die SU und war dort als Mitarbeiter bei verschiedenen Zeitungen sowie für die Presseabteilung der Profintern aktiv. Während der Moskauer Schauprozesse, bei denen die „Kopenhagener Tagung“ einiger mitgereister Anhänger Trotzki eine Schlüsselrolle einnahm, erwarteten er und Sedow eine Zeugenaussage des ehemaligen Mitglieds der Leipziger LO. Die kleine informelle Konferenz einiger Trotzlisten wurde in Moskau im Sinne einer klassischen Verschwörungstheorie zum „Zentrum einer terroristischen Verschwörung mit dem Ziel der Ermordung Stalins und anderer Parteiführer“<sup>466</sup> umgedeutet. Entgegen den Erwartungen wurde Senin, der mit Ackerknecht am Kopenhagener Treffen teilnahm, nicht als Zeuge für den Prozess herangezogen. Dass an seiner Stelle eine unbeteiligte Person über die Tagung aussagte, kann als starkes Indiz für den hohen Stellenwert, welchen politische Polizei und Geheimdienst ihm beimaßen, gewertet werden.<sup>467</sup>

Zusammen mit Roman Well verließ Senin im Auftrag der GPU 1936 die Sowjetunion. Im Gegensatz zu ihrer Tätigkeit in der deutschen trotzkistischen Organisation zielte ihre Arbeit jedoch nun nicht mehr auf die politischen Ideen des Gegners, sondern auf seine Vernichtung. Well beispielsweise kontaktierte 1937 seinen ehemaligen Leipziger Wegbegleiter Ackerknecht und bot ihm eine aussichtsreiche Chefarztstelle an. Ackerknecht befürchtete eine Falle und lehnte ab. Wenig später

---

<sup>464</sup> Vgl. <http://www.marxists.org/history/etol/revhist/supplem/schussle.htm>

<sup>465</sup> Vgl. Foitzik, Jan (FN 17), S. 284

<sup>466</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 246

<sup>467</sup> Vgl. ebd., S. 246

tauchte Well in Paris auf und unterhielt Verbindungen zum Umfeld jenes GPU-Agenten, der über Jahre in engem Kontakt mit Sedow stand und aller Wahrscheinlichkeit nach an dessen Ermordung beteiligt war.<sup>468</sup>

1941 siedelte das Geschwisterpaar in die USA über. Laut eigener Aussage wurde Senin persönlich vom Geheimdienstleiter Berija mit dem Aufgabenbereich des Aufbaus eines sowjetischen Spionagerings beauftragt. Er ließ sich in New York nieder und betrieb unter dem Namen Jack Soble ein Importgeschäft. Laut Schafranek avancierte er in dieser Zeit in den Vereinigten Staaten zu „Stalins ‚Meisterspion‘“<sup>469</sup>. Dem von ihm aufgebauten Agentenring gehörten beispielsweise Mitarbeiter des OSS, einige bekannte Wissenschaftler sowie auch sein Bruder an, der als Dr. Robert Soble(n) als Psychiater ebenfalls in New York arbeitete. Die geheimdienstlichen Aktivitäten des Soble-Netzwerkes richteten sich hauptsächlich gegen systemfeindlich geltende Einrichtungen oder Personen; beispielsweise besaß der sowjetische Geheimdienst ein reges Informationsinteresse an den führenden Vertretern der Socialist Workers Party, der amerikanischen Sektion der IV. Internationale.<sup>470</sup> Nach mehrjähriger Beschattung durch das FBI gelang es schließlich ab 1947, eines der Mitglieder des Spionagerings „umzudrehen“ und ihn als Doppelagenten agieren zu lassen. Nach weiterer zehnjähriger Beobachtung wurde das Netzwerk 1957 ausgehoben.<sup>471</sup>

Jack Soble alias Senin legte nach seiner Entdeckung ein umfangreiches Geständnis ab und wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, jedoch 1962 vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. Robert Soble(n) alias Well wurde 1960 verhaftet. Obwohl durch die Aussagen seines Bruders schwer belastet, wurde er gegen eine Kautions von 75.000 Dollar freigelassen und floh anschließend nach Israel. Aufgrund eines amerikanischen Auslieferungsbegehrens wurde er 1962 US-Behörden überstellt und verübte während seiner Rückführung bei einer Zwischenlandung in London/ Heathrow Selbstmord.<sup>472</sup>

Die Geschichte der Geschwister Sobolevicius, deren Aktionsradius von der Unterwanderung einer kleinen trotzkistischen Gruppe in Leipzig bis zu einem der spektakulärsten Spionagefälle in den

---

<sup>468</sup> Hierbei handelte es sich um Marc Zborovski alias „Etienne“. Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 246-247

<sup>469</sup> Ebd., S. 248

<sup>470</sup> Vgl. ebd., S. 248

<sup>471</sup> Vgl. Costello, John/ Zarew, Oleg: Der Superagent. Der Mann, der Stalin erpresste, Wien 1993 (2. Auflage), S. 500 ff.

<sup>472</sup> Vgl. Schafranek, Hans (FN 5), S. 248-249

USA reichte, umschreibt in ihrer Entwicklung exemplarisch die Geschichte des Stalinismus, die Schafranek im Kontext der Aufarbeitung der Schicksale von Well und Senin folgendermaßen zusammenfasste: „Damit endete die Karriere zweier Spione, in deren Biographie sich zugleich, Stufe um Stufe, die Umwandlung einer Strömung der Arbeiterbewegung in das Instrument eines totalitären Polizeiapparates widerspiegelte.“<sup>473</sup>

---

<sup>473</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 249



## **7. Schlussbetrachtung**

Als „Ketzer im Kommunismus“<sup>474</sup> unternahm Leo Trotzki den vergeblichen Versuch, eine Alternative zum Stalinismus zu schaffen. Für Enzo Traverso nimmt der russische Marxist und Revolutionär aus diesem Grund einen „Ehrenplatz unter den Besiegten der Geschichte“<sup>475</sup> ein, deren Scheitern mit der Entzauberung der Idee des Sozialismus im Kontext der Erfahrung des totalitären stalinistischen Systems einherging. Das Schicksal des „stummen Propheten“ verkörpert jedoch nicht nur die individuelle Niederlage einer einzelnen Person, sondern steht stellvertretend für das Scheitern einer ganzen Bewegung. Die Strömung des Trotzkiismus erhob den Anspruch, den Kommunismus grundlegend zu reformieren. Auch in Deutschland folgten seine Anhänger bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung dieser großen Zielstellung, ohne ihr wirklich gerecht werden zu können.

Als Ergebnis der Stalinisierung der KPD entstanden in der deutschen kommunistischen Bewegung verschiedene linke und ultralinke Oppositionsströmungen. Die aus früheren Konflikten sowie aus den Lehren der Oktoberniederlage von 1923 resultierende Wahrnehmung Trotzki als „Rechter“ verhinderten jedoch eine frühe Identifikation der Parteilinken mit den Lehren des russischen Revolutionärs. Erst die in der Sowjetunion 1926 vollzogene Zusammenführung der Gruppierung um Kamenjew und Sinowjew, welche in der KPD hohes Ansehen genossen, mit dem kommunistischen „Ketzer“ zur Vereinten Linken Opposition bewirkte eine grundsätzliche Modifikation in dieser Beziehung. Der Trotzkiismus wurde von diesem Zeitpunkt an als integraler Bestandteil des vereinten Blocks wahrgenommen und anerkannt. Die erste bedeutende organisatorische Ausformung der deutschen linkskommunistischen Strömungen bildete sich mit der Gründung des Leninbundes 1928. Obwohl dieser vom Selbstverständnis seiner Mitglieder als Sammlungsbewegung der linken Opposition die Wiedervereinigung des Kommunismus auf der Grundlage des Leninismus vorantreiben sollte, verkörperte seine Konstituierung bereits einen klaren Bruch mit dem Legitimationsanspruch des bolschewistischen Machtmonopols. Als „Sachverwalter des Trockijischen Gedankenguts“<sup>476</sup> in Deutschland entwickelten sich im Leninbund Positionen, die 1930 zum Bruch mit Trotzki und seinen Anhängern führten. Deren Konzeptionen basierten auf dem unbedingten Glauben an die Reformierbarkeit des Kommunismus. Diese Zielstellung sollte aus der Position einer oppositionellen

---

<sup>474</sup> Vorwort von Bergmann, Theodor/ Keßler, Mario, in: Bergmann, Theodor/ Keßler, Mario (Hrsg.): Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993, S. 7

<sup>475</sup> Traverso Enzo: Der „stumme Prophet“ - Trotzki heute, in: Bergmann, Theodor/ Keßler, Mario (Hrsg.): Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993, S. 33

<sup>476</sup> Zimmermann, Rüdiger (FN 16), S. 95 (Schreibweise lt. Original)

Fraktion innerhalb der KPD vollzogen werden. Die sich im Leninbund durchsetzende Haltung, welche die Formierung einer neuen Partei vorsah und der Hoffnung auf die „Gesundung“ der Bewegung jegliche Berechtigung absprach, führte schließlich zur Abspaltung der trotzkistischen Minderheit. Diese schloss sich 1930 mit Teilen der Weddinger Opposition zur VLO zusammen.

In Leipzig vollzog sich diese Entwicklung unter den spezifischen Bedingungen einer die lokale Arbeiterbewegung dominierenden Sozialdemokratie. Die hegemoniale Stellung des linken Flügels innerhalb der SPD führte zu einer klaren Abgrenzungsorientierung von Seiten der KPD, die sich in der innerparteilichen Vormachtstellung der Ultralinken in der westsächsischen Metropole niederschlug. Innerhalb des Stalinisierungsprozesses ab 1927 in die Opposition gedrängt, bildeten die Reste der ultralinken Vogt-Gruppe einen Teil jenes Personenzusammenhangs, welcher 1928 in die „Bolschewistische Einheit“ übertrat. Als eine der ersten sich als trotzkistisch verstehenden, lokalen Zusammenschlüsse wurde diese von einer kleinen Gruppe linkskommunistisch orientierter Studenten und Arbeiter gegründet. Aus ihr gingen führende Persönlichkeiten und Theoretiker der trotzkistischen Bewegung wie Ackerknecht oder Schüssler hervor. Nach der Eingliederung in den Leninbund 1929 trat die „Bolschewistische Einheit“ im folgenden Jahr der VLO bei.

Nach der Gründung der Vereinigten Linken Opposition prägten Stagnation und Fraktionskämpfe das innere Leben der jungen Organisation. Die bedeutende Rolle der Leipziger „agents provocateurs“ ist in diesem Zusammenhang untersucht wurden. Ihre Provokations- und Zersetzungstätigkeiten, innerhalb derer die gesamte westsächsische Gruppierung immer mehr ins Zentrum der Auseinandersetzungen geriet, richteten sich bis 1931 auf die Herausbildung und Forcierung persönlicher und politischer Konfliktsituationen und mündeten in der Abspaltung der Fraktion um Kurt Landau. Im Gegensatz zur Gesamtorganisation konnte die Leipziger Sektion der VLO während dieser Phase einen stetigen, wenn auch relativ geringen strukturellen und politischen Aufstieg verbuchen. In der Zeit von 1931 bis 1933 konsolidierte sich die trotzkistische Opposition auf gesamtdeutscher Ebene weitgehend und konnte auf der Basis einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit geringe organisatorische Zuwächse verzeichnen. In der Endphase der Weimarer Republik gingen die Aktivitäten der Leipziger GPU-Agenten in eine immer offensichtlichere Vertretung stalinistischer Positionen über und fanden ihr Finale in der spektakulären Fälschungsaktion der „Permanenten Revolution“, die den angeblichen Bruch der Linken Opposition mit dem Trotzismus suggerierte.

Die bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung feststellbare rigorose Parteiorientierung der deutschen Linksoption unterlag in dieser Arbeit einer gesonderten Untersuchung. Trotz Parteiausschlüssen und ständiger Diffamierungskampagnen sowie der Anwendung physischer Gewalt von Seiten des KPD-Apparates orientierte die Politik der LO auf die als realistisch eingeschätzte Reformierung der kommunistischen Bewegung. Diese von Schafranek so titulierte, pathologisch zu bewertende „Nibelungentreue“<sup>477</sup> war das Resultat der großen moralischen und politischen Autorität der Führungspersönlichkeit der Opposition, dessen unbedingter Glaube an die Möglichkeit der „Gesundung“ des Kommunismus kaum Handlungsalternativen bot: „Trotzkis Tragik liegt in der Tatsache, dass er an seinem metaphysischen Glauben an die Partei noch festhielt, als deren führende Clique Trotzki längst zu zerstören trachtete. [...] Der theoretisch so brillante Denker Trotzki war in seinem politisch-strategischen Denken weit weniger flexibel als der Realpolitiker Lenin, der am Ende seines kurzen Lebens zu neuen Einsichten über die Perspektiven des Sozialismus kam.“<sup>478</sup> Dieses Denken galt gleichfalls für seine Anhängerschaft, der Victor Serge zuschrieb, dass ihr geistiges und moralisches Niveau dem der Kader der Komintern weit überlegen war.<sup>479</sup> In theoretischen und ideologischen Fragen fest geschult, orientierten sie sich an einem Denksystem, in welchem „klassischer“ Marxismus mit den Lehren Lenins und Trotzkis zusammentrafen. Gemäß der Leninschen Avantgardetheorie gewahrten sie trotz aller Rückschläge und der relativen Erfolglosigkeit ihrer Reformorientierung in der Kommunistischen Partei jene historische Kraft, welche das revolutionäre Bewusstsein in das Proletariat hineinzutragen habe. Die objektive Notwendigkeit der revolutionären Arbeiterorganisation wurde trotz ihrer subjektiven Entartung nicht in Frage gestellt. Ebenso wie der Stalinismus nahm die Linksoption dabei in Anspruch, den wahren Marxismus-Leninismus zu vertreten. Aber gerade dieser Deutungskampf um die wahre Lehre war es, der das Dilemma des Trotzkismus und die Ursache für sein Scheitern verkörperte: „...denn welche prinzipiellen, strategischen Handlungsalternativen bleiben noch offen, wenn man der russischen Bürokratie just das ideologische Arsenal abzutrotzen versuchte, das deren ureigenstes Geschöpf war? Auch wenn man nicht der Auffassung von Willy Huhn zuneigt, dessen Buch den vielsagenden Titel: *Trotzki – der gescheiterte Stalin* trägt, wird man schwerlich umhin können, die Tatsache anzuerkennen, dass der 1929 verfemte Gründer der Roten Armee und viele seiner Gefolgsleute in der in-

---

<sup>477</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 213

<sup>478</sup> Keßler, Mario: Leo Trotzki über Demokratie und Diktatur, in: Kinner, Klaus/Scheler, Wolfgang/Wurl, Ernst (Hrsg.): Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 5. Linkes Denken im 20. Jahrhundert, 2000, S. 55-56

<sup>479</sup> Vgl. Serge, Victor (FN 20), S. 226

ternationalen Arena in wesentlichen Bereichen ihres politischen Selbstverständnisses wie ihrer politischen Praxis zum Teil Gefangene einer Politik blieben, der sie den schärfsten Kampf angesagt haben.“<sup>480</sup> Das Scheitern des deutschen Trotzismus innerhalb dieser historisch bedeutsamen Periode fand also ihren Grund in dem Tatbestand, dass die Bewegung ihren erhofften Anspruch auf die Gewinnung der kommunistischen Massen für den “wahren” Marxismus-Leninismus nicht verwirklichen konnte. Die Zielstellung der Gesundung des Kommunismus war von einer weitgehend isolierten Position und größtenteils außerhalb der Parteistrukturen nicht zu verwirklichen.

Die nach der Zäsur der nationalsozialistischen Machtergreifung eingeleitete Umorientierung im deutschen Trotzismus kam so zu spät. Die Aufgabe der illusorischen Reformhoffnung und die eigenständige organisatorische Ausrichtung fielen in eine Zeit, in der die sich etablierende totalitäre Diktatur in Deutschland mit aller Macht die Zerschlagung der Arbeiterbewegung vorantrieb. Die trotzkistischen Inlandsgruppen leisteten bis zu ihrer Zerschlagung im Rahmen ihrer Möglichkeiten Widerstand. Hervorzuheben ist vor allem die von der LO/IKD initiierte Versorgung mit illegaler Literatur. Im Ausland bildeten sich Exilgruppen, die den Widerstand unterstützten. Das im Gegensatz zu den stalinisierten Organisationen im Trotzismus so typische Element interner Auseinandersetzungen forcierte schließlich einen Differenzierungsprozess, als dessen Ergebnis sich der Großteil der ersten Generation deutscher Trotzkisten nach 1940 von der Bewegung löste.

Die in der Arbeit beschriebenen theoretischen und ideologischen Grundlagen der beiden Strömungen der Arbeiterbewegung nahmen für die jeweiligen realpolitischen Ausrichtungen eine bedeutende Rolle ein. So wies die von Trotzki in seiner Lehre der permanenten Revolution manifestierte internationalistische Perspektive für seine Anhängerschaft keinesfalls nur „platonische“ Züge<sup>481</sup> auf, sondern war Ausgangspunkt und Grundlage ihres Denkens und Handelns. In der Politik der Komintern und der nationalen kommunistischen Parteien erkannten sie die Negierung dieses Internationalismus und die Anpassung ihrer Ressourcen und Möglichkeiten an den Primat des Sozialismus in einem Land in der Sowjetunion. Aus Trotzkis Faschismustheorie entnahmen sie eine weit aus realistischere Analyse der nationalsozialistischen Bewegung sowie der Präsidialregime der späten Weimarer Republik als dies durch die undifferenzierte Stalinsche Sozialfaschismuskonzeption möglich war. Diese Sichtweise schlug sich folgerichtig in der Propagierung einer Einheitsfrontkonzepti-

---

<sup>480</sup> Schafranek, Hans (FN 5), S. 6

<sup>481</sup> Ebd., S. 4

on nieder, die ein Zusammengehen der beiden großen Arbeiterparteien im Kampf gegen die faschistische Gefahr vorsah. Das stalinistische Produkt der „Einheitsfront von unten“ verhinderte hingegen jenes Zustandekommen einer einheitlichen Bewegung der Arbeiterklasse gegen den Nationalsozialismus.

In der Retrospektive scheint Leo Trotzki's deutsche Anhängerschaft in der Betrachtung ihres politischen Kampfes und des Scheiterns ihres Anspruchs einer „Gesundungsfraktion“ des Kommunismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dessen Schicksal eines „stummen Propheten“ zu teilen. Was im Gedächtnis der Generationen erhalten bleibt, ist die historische Erfahrung des Stalinismus, die mit der Diskreditierung der sozialistischen Idee verbunden ist. Erhalten bleibt aber auch, dass trotz ihres Scheiterns eine Gegnerschaft zum stalinistischen System in der kommunistischen Bewegung existierte, deren Andenken mit einer alternativen Vorstellung der gesellschaftlichen Utopie einhergeht: „Trotzki's Scheitern fordert jedoch ebenso künftige Generationen zum Nachdenken über Demokratie und Sozialismus heraus, wie die imponierende Vielschichtigkeit seines Denkens und seine menschliche Größe, angesichts aller Tragik nicht zu verzweifeln.“<sup>482</sup>

---

<sup>482</sup> Keßler, Mario (FN 478), S. 56

## **8. Quellenangaben**

### **Literatur:**

1. Adam, Thomas: Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871-1933, Köln 1999.
2. Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Köln 1994 (2. Auflage)
3. Arndt, Helmut: Ernst Thälmann und die revolutionäre Arbeiterbewegung Leipzigs. Eine Dokumentation zu seinem 100. Geburtstag, in: Museum für Geschichte der Stadt Leipzig (Hrsg.): Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte, Leipzig 1986, S. 7-33.
4. Bahne, Siegfried: Der „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 15. Jg., 1967, Heft 1, S. 56-86.
5. Bahne, Siegfried: Zwischen Luxemburgismus und Stalinismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., 1961, S. 359-383.
6. Behrend, Manfred: Trotzki zum Faschismus, in: Inprekorr, 2004, Nr. 386/387, S. 21-23.
7. Vorwort von Bergmann, Theodor/Keßler, Mario, in: Bergmann, Theodor/Keßler, Mario: Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993, S.7-8.
8. Costello, John/Zarew, Oleg: Der Superagent. Der Mann, der Stalin erpresste, Wien 1993 (2. Auflage).
9. Deutscher Isaac: Trotzki Bd. I. Der bewaffnete Prophet 1879-1921, Stuttgart 1972 (2. Auflage).
10. Deutscher, Isaac: Trotzki Bd. II. Der unbewaffnete Prophet 1921-1929, Stuttgart 1972 (2. Auflage).
11. Deutscher, Isaac: Trotzki Bd. III. Der verstoßene Prophet 1929-1940, Stuttgart 1972 (2. Auflage).
12. Engels, Friedrich/Marx, Karl: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, in: Engels, Friedrich/Marx, Karl: Ausgewählte Schriften, Band I, Berlin 1955, S. 93-103.
13. Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Band 2. Die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus ab 1925, Berlin 1991.
14. Fischer, Ruth/Maslow, Arkadij: Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990.
15. Firsow Fridrich: Stalin und Fragen der Einheitsfrontpolitik, in: Godemann, Viola (Hrsg.): Tödliche Umarmung. Einheitsfront - ein stalinistisches Manöver?, Berlin 1991, S. 27-46.
16. Flechtheim, K. Ossip: Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber, Frankfurt/Main 1969.

17. Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986.
18. Frank, Pierre: Die Geschichte der IV. Internationale, Hamburg o.J..
19. Frank, Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale Band I, Frankfurt/M. 1981.
20. Frank, Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale Band II, Frankfurt/M. 1981.
21. Frank Pierre: Vorwort zu Trotzki, Leo: Das Übergangsprogramm der IV. Internationale. Mit einem Vorwort von Pierre Frank, Frankfurt/M. 1974.
22. Herbst, Andreas/Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004.
23. Keßler, Mario: Leo Trotzki über Demokratie und Diktatur, in: Kinner, Klaus/Scheler, Wolfgang/Wurl, Ernst (Hrsg.): Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 5: Linkes Denken im 20. Jahrhundert, 2000, S. 31-57.
24. Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band I. Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.
25. Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Leipzig der SED (Hrsg.): In der Revolution geboren. In den Klassenkämpfen bewährt. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Leipzig-West Sachsen, Leipzig 1986.
26. La Porte, Norman: The German Communist Party in Saxony, 1924-1933, Bern 2003.
27. Lenin, Wladimir I.: Vorschlag für den Entwurf zum Bericht der Delegation der KPR (B) in der Komintern, in: Lenin, Wladimir I.: Gesammelte Werke Ergänzungsband 2, Berlin 1973, S. 431-432.
28. Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling bis Hitler, Berlin 1984 (3. Auflage).
29. Luks, Leonid: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1985.
30. Mandel, Ernst: Einleitung/Trotzkis Faschismustheorie, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 7-12.
31. Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Engels, Friedrich/Marx, Karl: Ausgewählte Schriften Band 1, Berlin 1955, S. 222-318.
32. Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Engels, Friedrich/Marx, Karl: Ausgewählte Schriften Band 1, Berlin 1955, S. 446-518.

33. Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, in: Engels, Friedrich/Marx, Karl: Ausgewählte Schriften Band 1, Berlin 1955, S. 104-221.
34. Moneta, Jakob: Leo Trotzki. Unbewaffneter, bewaffneter, ermordeter Prophet, Berlin 1997.
35. Retzlaw, Karl: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt/M. 1971.
36. Schaller, Karlheinz: Die Bezirksparteiorganisation Sachsens der KPD von ihrer Gründung im Dezember 1929 bis zum 2. Bezirksparteitag im März 1932, Dissertation an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt v. 09.09.1983.
37. Schafranek, Hans: Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988.
38. Schüle, Annegret: Trotzismus in Deutschland bis 1933. „Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehr des Faschismus“; u. Pierre Broué: Die Deutsche Linke und die russische Opposition 1926-1928, Köln (Selbstverlag) 1989.
39. Sedow, Leo: Rotbuch über den Moskauer Prozess, Hamburg 1971.
40. Serge, Victor: Leo Trotzki. Leben und Tod, München 1981.
41. Stalin, Josef W.: Über die Grundlagen des Leninismus, in: Stalin, Josef W.: Werke Band 6, Berlin 1952, S. 62-166.
42. Stalin, Josef W.: Zu den Fragen des Leninismus, in: Stalin, Josef W.: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 134-192.
43. Stalin, Josef W.: Zur internationalen Lage, in: Stalin, Josef, W.: Werke Band 6, Berlin 1952, S. 251-269.
44. Traverso, Enzo: Der „stumme Prophet“- Trotzki heute, in: Bergmann, Theodor/ Keßler, Mario: Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993, S. 32-49.
45. Trotzki, Leo: Bonapartismus und Faschismus. Zur Charakterisierung der heutigen Lage in Europa, in: Trotzki, Leo: Porträt des Nationalsozialismus, Essen 1999, S. 336-343.
46. Trotzki, Leo: Der einzige Weg. 13./14. September 1932, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 203-267.
47. Trotzki, Leo: Die permanente Revolution, Frankfurt/M. 1969.
48. Trotzki, Leo: Die russische Revolution. Kopenhagener Rede/Drei Konzeptionen der russischen Revolution, Frankfurt/M. 1975.
49. Trotzki, Leo: Die Tragödie des deutschen Proletariats. 14. März 1933, in: Dahmer, Helmut



- (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 278-289.
50. Trotzki, Leo: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland. 26. September 1930, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 13-35.
51. Trotzki, Leo: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Frankfurt/ Main 1974.
52. Trotzki, Leo: Porträt des Nationalsozialismus. 10. Juni 1933, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 290-299.
53. Trotzki, Leo: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-1939, Band II 1936-39, Frankfurt/M. 1976.
54. Trotzki, Leo: Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage. 26. November 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 36-54.
55. Trotzki, Leo: Vor der Entscheidung. 5. Februar 1933, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 268-277.
56. Trotzki, Leo: Was nun? – Schicksalsfragen des deutschen Proletariats. 27. Februar 1932, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 67-194.
57. Trotzki, Leo: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? 8. Dezember 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Leo Trotzki. Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus „Schriften über Deutschland“, Frankfurt/M. 1971, S. 55-66.
58. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969.
59. Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1928-1945, Darmstadt 1983.
60. Weinhold, Barbara: Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus, Köln 2004.
61. Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1995 (6. Auflage).
62. Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Phil.

Diss., Darmstadt 1975.

**Internet:**

1. <http://www.marxists.org/history/etol/revhist/supplem/schussle.htm>
2. [http://www.trotskyana.net/Trotsky...collection/Trotskyists/Miscellanies/bio-bibl\\_ackerknecht.pdf](http://www.trotskyana.net/Trotsky...collection/Trotskyists/Miscellanies/bio-bibl_ackerknecht.pdf)

**Zeitschriften:**

1. „Der Kommunist“, Zeitschrift der Vereinigten Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), Berlin 1930-1933.
2. „Permanente Revolution“, Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten/Sektion der Internationalen Linken Opposition), Berlin 1931-1933.
3. „Unser Wort“, Zeitschrift der deutschen Sektion der Internationalen Linken Opposition/ der Internationalen Kommunisten Deutschlands; Prag, Paris, Antwerpen, New York 1933-1940.
4. „Sächsische Arbeiterzeitung“, Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Sachsen/ Verbreitungsgebiet Westsachsen, Leipzig 1920-1933.

**Archivmaterialien:**

1. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO)
2. Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG)
3. Institut für Zeitgeschichte München

**9. Abkürzungsverzeichnis:**

BL	Bezirksleitung
BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
ČSR	Tschechoslowakische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	Gossudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije (Staatliche Politische Verwaltung; Name der sowjetischen Geheimpolizei 1922-1934)
GSO	Grupo Socialista Obrero (mexikanische Sektion der IV. Internationale bis 1948)
IAG	Internationale Arbeitsgemeinschaft
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands
IKL	Internationale Kommunistische Liga
ILO	Internationale Linke Opposition
KAP	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
Kostufra	Kommunistische Studentenfraktion
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPR	Kommunistische Partei Russlands
KPR (B)	Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)
LKI	Liga der Kommunisten-Internationalisten
LO	Linke Opposition
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OSS	Office of Strategic Services
OSP	Onafhankelijk Socialistische Partij (Unabhängige Sozialistische Partei/ Nieder-

	lande)
Profintern	Revolutionäre Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RL	Reichsleitung
RSP	Revolutionair Socialistische Partij (Revolutionäre Sozialistische Partei/ Niederlande)
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SAW	Sächsische Arbeiterwehr
SAZ	Sächsische Arbeiterzeitung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section Francaise de l ' Internationale Ouvrière (Französische Sozialistische Partei)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SU	Sowjetunion
UBL	Unterbezirksleitung
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VLO	Vereinigte Linke Opposition
ZK	Zentralkomitee

---